

Nr. 11 '89

November

Postver-  
triebstück

G 7426 E

Erscheint  
monatlich

20. Jahrgang

Jahresabo  
33,- DM

Einzelpreis  
3,- DM

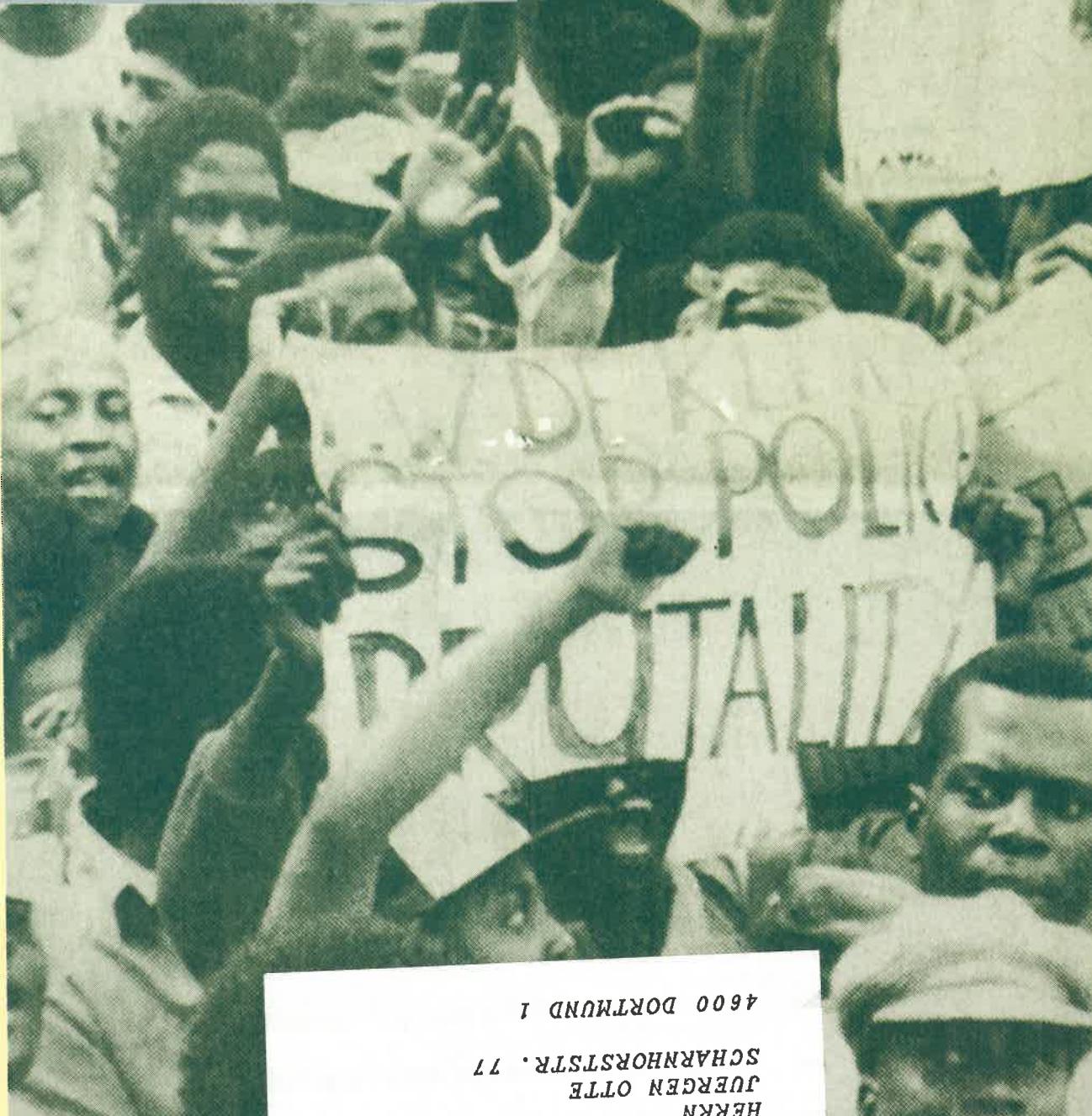
ISSN-Nr.

0936-1405

# AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT

Südafrika

De Klerk unter Druck



4600 DORTMUND 1

HERRN  
JUERGEN OTTE  
SCHARNHORSTSTR. 77

PABL-RUG. GOTTESW. 54 5000 KOELN  
G 7426 E 504802 410

Nicaragua: Wahlkampf

■ Sowjetische Selbstk

Nichtpaktgebundene: Neue Akzente

## Kommentar

Neue Hoffnung und alter Geist

3

## Südafrika

Neuer Präsident, neue Politik?

5

OAU-Komitee zu Verhandlungen

6

ANC-COSATU-UDF: Diskussion über

8

Verhandlungen

11

Interview mit Trevor Manuel (UDF)

12

ANC zur gegenwärtigen Lage

14

Rüstungsgeschäfte mit der Apartheid

## Namibia

Fußfallen für die SWAPO

16

Nachruf auf Anton Lubowski

18

## Angola

ta-Zusammenarbeit mit Südafrika bewiesen ...

19

## Osttimor

Interview mit Mari Alkatiri (FRETILIN)

21

Bischof Belo fordert Referendum

22

## Palästina

Tauziehen um den Mubarak-Plan

23

Mubarak-Plan

24

## Kolumbien

Regierung bekämpft Drogenmafia

25

## Nicaragua

Ortega contra Bush

28

Spenderaufruf für den FSLN-Wahlkampf

30

## El Salvador

Treffen zwischen FMLN und

31

ARENA-Regierung

32

Verhandlungsvorschlag der FMLN

## Nichtpaktgebundene

9. Gipfel in Belgrad

33

## Militärpolitik

Raketen-Rüstungswettlauf

35

Israel-Südafrika: Die Drohung mit der Atomrakete

37

## UdSSR und Dritte Welt

Interview mit Nodari Simonia über die Afghanistan-Lehren

38

## Kultur

Interview mit dem ecuadorianischen Maler Oswaldo Guayasamin

41

## Stichwort

Hamburger

43

## Rezensionen

Von Sandrino zu Fonseca

44

## Leserbrief

44

## Infos zur Solidarität

Entwicklungspolitik, Volksentscheid gegen FCKW, Filme zu Nicaragua und El Salvador, Dritte-Welt-Zeitschrift für Kinder, Iran-Dokumentationszentrum

45

## Kurzinformationen

Belize, Kambodscha, China, Libanon, Panama, Ökologie, Abrüstung

46

**Südafrika**

Mit den weißen Wahlen vom September d.J. wurde die Ablösung des südafrikanischen Präsidenten P.W. Botha durch F.W. de Klerk abgesegnet. Damit will Pretoria die Welt glauben machen, es plane eine schrittweise Abkehr von der Apartheid. In Wirklichkeit ist dem nicht so, sondern das Regime muß dem wachsenden inneren Druck Tribut zollen.

Seite 5

**Nicaragua**

Mit der Aufstellung der KandidatInnenliste und dem Beginn der WählerInnenregistrierung sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen vom 25. Februar 1990 geschaffen. Mit massiver Unterstützung versucht Washington, der zerstrittenen Opposition zu einem Wahlsieg zu verhelfen.

Seite 28

**Nichtpaktgebundene**

Das Gipfeltreffen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, das vom 4.-7. September d.J. in Belgrad stattfand, setzte einige neue Akzente. Die Debatte kreiste um die Frage, wie sich die Bewegung an die veränderte Weltlage anpassen und wie ihr weltpolitischer Einfluß erhöht werden könnte.

Seite 33

**I M P R E S S U M**

DRITTE WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB).

Erscheint monatlich. ISSN-Nr. 0936-1405

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3500 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnér, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Niedt, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulf.

Redaktion: Wolfram Brönnér (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapke, Hanne Denk, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp. Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ríbera, Günter Schucher, Martin Schuck, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Aleks F. Arndt, Detlev Reichel, Giv von Koerber, Michael Voregger.

Redaktionsschluß: 6. Oktober 1989. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Titel: Gestaltung Udo Tremmel.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 08 68, 5000 Köln 51, Teletex 2 214 284 pahl.

Vertrieb: Telefon 0 21-3 60 02/0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird, verlängert es sich um 1 Jahr.

Satz: Die Feder, Wetzlar.

Druck: Plameck &amp; Co, Neuss.

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtsparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).

Anzeigehleitung: Joachim Vranken,

Tel. 02 21-3 60 02/28.

Anzeigen: EPN, Rotbuch-Verlag, Dietz-Verlag, Magazin-

Verlag, Infobüro Nicaragua, Kritische Aktionäre.

Fotonauschweis: Newsweek, Time, El País,

B. Korovin, International Herald Tribune, D. Reichel,

Jeune Afrique, Wolfram Brönnér.

DRITTE WELT-Archiv.

**KOMMENTAR****Neue Hoffnung und alter Geist**

**MICHAEL VOREGGER**  
Mitglied der IWF-Gruppe  
Gelsenkirchen

mischen Voraussetzungen der Länder vorbei.

Doch von der neuen Hoffnung und dem alten Geist war am Ende der Tagung keine Rede mehr. Selbst die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung konstatierte: „Große Enttäuschung nach der Jahrestagung von IWF und Weltbank“. Und das Handelsblatt sprach von enttäuschten Hoffnungen der hochverschuldeten Länder.

Die Notwendigkeit der Reduzierung ist erkannt, aber für eine wirksame Realisierung fehlen die Voraussetzungen, nämlich zusätzliche Mittel des IWF und die Bereitschaft der privaten Geschäftsbanken, das Programm mitzutragen. Einer Quotenerhöhung des Fonds stimmen inzwischen sogar die USA zu, wobei mit Verweis auf den angespannten Haushalt nur eine Garantiezusage gegeben wurde, ohne die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Eine Veränderung der Quoten führt nicht nur zu zusätzlichen Mitteln der Institution, sondern wirkt sich auch auf Stimmverhältnisse aus. Die Grundlage ist die jeweilige Wirtschaftskraft des Landes, und somit würde der beschränkte Einfluß der Dritten Welt noch weiter reduziert. Die Veränderung würde lediglich die Kräfteverhältnisse im Block der Industrieländer verschieben, d.h. den Einfluß Japans und der BRD erhöhen.

Einer weiteren Ausgrenzung der Peripherie stände nichts mehr im Wege. Die Maßnahmen der internationalen Finanzorganisationen in Form von Anpassungsprogrammen haben nicht zur Stärkung der Ökonomien der Peripherie geführt, sondern sie weiter sozial und wirtschaftlich deklassiert; sie gehen an den ökono-

Aktivitäten der großen privaten Geschäftsbanken. Vor allem die kritisierten Brady, er hätte zu groÙe Erwartungen geweckt, was sich negativ auf die Zahlungsmoral der Schuldner auswirkt und den Wert der Forderungen weiter reduziert. Mehrere Banken haben ihre Kredite kurz vor der Tagung bis zu 100% wertberichtet, was bedeutet, daß die Forderungen gegenüber der Dritten Welt bilanzmäßig aufgegeben wurden. Das ist umso erstaunlicher, da US-Banken keine Möglichkeit haben, wie etwa bundesdeutsche Kreditinstitute, dieses steuerlich abzusetzen. Die Banken lösen sich also zunehmend aus der Verantwortung für das weitere Schuldenmanagement. Dies unterstreichen auch die Erklärungen, daß keine Bereitschaft besteht, neues Geld – fresh money – bereitzustellen.

Die Realisierung weitreichender Schadenerleichterungen ist in diesem Kontext mehr als fraglich, was auch durch die Verschiebung des Brady-Abkommens mit Mexiko auf November d.J. unterstrichen wird. Die Inkarnation des industriellen Reichtums, die westlichen Banken, setzen somit der staatlichen Regulation an dieser Stelle enge Grenzen.

Allerdings erklärte sich die Gemeinschaft freier Völker bereit, den Aufbruch Polens und Ungarns zu marktwirtschaftlichen Prinzipien nach Kräften zu unterstützen. Der Inwertsetzung der osteuropäischen Teilmärkte steht somit nichts mehr im Wege. Daß wirtschaftliche Prinzipien – also auch marktwirtschaftliche – nur begrenzte Haltbarkeit besitzen, macht der innovative Trendsetter Alfred Herrhausen deutlich, denn neues Geld gibt es nur staatlich verbürgt. Das Risiko der Kreditvergabe soll also sozialisiert werden.

Die Verlierer stehen wieder einmal fest, die Menschen in der Dritten Welt. Hinter den abstrakten Zahlen der Schuldendkrise stehen Hunger und Elend. Das Kinderhilfswerk der UNO geht davon aus, daß in den letzten 12 Monaten eine halbe Mio Kinder als Folge von Rezession und Verschuldung gestorben sind. Selbst die Erkenntnis in die Notwendigkeit teilweiser Schuldenreduzierung scheitert an den Interessen und der Macht der Großbanken.

Wovon spricht also IWF-Direktor Cadelessus, wenn er sagt: Wir stehen vor „einer Dekade der Chancen, die ein weiteres Wachstum der Weltwirtschaft sichern und eine gerechtere Verteilung ihrer Erträge unter den Ländern gewährleisten“ kann?

## Entwicklungsländer heute

**Revolutionäre Kräfte im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt**  
Autorenkollektiv  
unter Leitung von Egon Dummer

Herausgeber: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED  
Etwa 270 Seiten · Broschur  
Etwa 12,90 DM + MwSt.  
ISBN 3-320-01382-3  
738 655 3/Entwicklungsländer heute  
III. Quartal 1989

Die Autoren untersuchen die Auswirkungen des Neokolonialismus und der Hochrüstungspolitik auf die Entwicklungsländer und deren Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sie benennen Ursachen für regionale Konflikte und zeigen das Ringen der „dritten Welt“ für eine neue internationale Wirtschaftsordnung.

## Politische Parteien der Welt Nachschlagewerk

Herausgeber: Manfred Uschner  
Aus dem Russischen  
Etwa 350 Seiten · Broschur  
Etwa 15,70 DM + MwSt.  
ISBN 3-320-01355-6  
738 628 9/Polt. Parteien d.Welt  
III. Quartal 1989

## POLITISCHE PARTEIEN DER WELT



### Nachschlagewerk

In nach Ländern geordneter alphabetischer Reihenfolge werden alle politischen Parteien der Welt nach folgenden Schwerpunkten vorgestellt: Gründung der Partei, gesellschaftliche Hauptkräfte, Ziele, Programm und Leitungsspitzen, Mitgliederzahlen und Wählerstimmen bzw. Parlamentssitze, Presseorgane, Vorsitzende und Generalsekretäre.

Fragen Sie in Ihrer Buchhandlung!

**DIETZ VERLAG BERLIN**  
Wallstraße 76–79  
Berlin · DDR - 1020

## Es stand in Konkret\*

# BAYER-Kritiker juristisch mundtot gemacht!

Viel zuviel hat uns der vom BAYER-Konzern aufgezwungene Prozeß schon gekostet. Um weiterhin effektive Arbeit leisten zu können und die Verfassungsbeschwerde finanziell durchzustehen, sind wir dringend auf Spenden angewiesen.

### COUPON

Ich möchte weitere Informationen

- DM 5,- für kleines Infopaket
- DM 20,- für großes Infopaket
- Ich möchte Mitglied werden

Absender: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Coordination gegen BAYER-Gefahren

Achim Schmollach

Hofstraße 27a

5650 Solingen 11

Sonderkonto:

Coordination gegen BAYER-Gefahren  
PostGiroA Essen 4536 85-431

\*) Ausgabe 5/89: Irene Meichsner schrieb über die Verleumdungsklage des BAYER-Konzerns gegen die Coordination gegen BAYER-Gefahren.



Urwaldsterben  
Wo Bäume fallen, können Rinder weiden. Wo Bäume fallen, kann Soja für die Rindermast angebaut werden. So stirbt das tropische Lateinamerika für unseren Fleischverzehr: 140 McDonald's-Hamburger pro Sekunde.

### Probeexemplar anfordern!

# EPN

## DAS DRITTE WELT-MAGAZIN

Abonnement der EPN zum Jahrespreis von  
öS 320.- (Ausland öS 370.-)  
öS 200.- (ermäßigt, Begründung beilegen)  
Einsenden an ÖIE Tuchlauben 8/6/16  
1010 Wien



Demonstration von COSATU-Gewerkschaftern für die Freilassung Mandelas und aller politischen Gefangenen; neuer Premierminister de Klerk beim Treffen mit Sambias Präsident Kaunda (r.).



JÜRGEN OSTROWSKY

# Neuer Präsident, neue Politik?

Mit der Ablösung des südafrikanischen Präsidenten P. W. Botha durch F. W. de Klerk, die mit den weißen Wahlen vom 6. September d. J. abgesegnet wurde, will das Apartheidregime die Welt glauben machen, es plane eine schrittweise Abkehr von der Apartheid.

**C**hupze ist ein hebräisch-jiddisches Wort für eine atemberaubende Form von Dreistigkeit. Definiert wird sie oft mit der fiktiven Anekdote von dem Elternmörder, der vor Gericht um Milde plädiert mit der Begründung, daß er Vollwaise sei. Und jetzt dieses: „Boris Jeltzin bat die Welt, seinem Staatschef eine Chance zu geben, um die Reformen durchzuführen, zu denen er sich verpflichtet hat...“. Dieses Ersuchen gilt für Südafrikas neuen Staatspräsidenten F. W. de Klerk ebenso wie für Jeltzins eigenen Staatschef, Michail Gorbatschow.“

Publiziert wurde diese Prosa vom südafrikanischen Außenministerium. Eine mehrseitige Anzeige in der „International Herald Tribune“ beginnt mit dieser unappetitlichen Anmache – gleich siebenmal auf rund 50 Zeilen muß sich Gorbatschow diese Nachbarschaft gefallen lassen.

Die „Tribune“ ist eine der in der internationalen Geschäftswelt meistgelesenen und wichtigsten Zeitungen. Und die Anzeige, die den „Weg voran“ der südafrikanischen Politik vorzustellen behauptet, ist natürlich der Teil jener Propagandaoffensive des Apartheidregimes, die seit etwa einem halben Jahr auf vollen Touren läuft. Sie wurde vordergründig ausgelöst durch den (durch Präsident P. W. Bothas Erkrankung eingeleiteten) Regierungswechsel in Pretoria und kulminierte in der Amtseinführung des neuen Präsidenten de Klerk Mitte September d. J.

So geht das seit Monaten: Um „eine Chance für die angeblichen Pläne zur Abschaffung der Apartheid, sprich: um Zeit, warb Pretorias Außenminister Rolof „Pik“ Botha im Frühjahr 1989 auf einer Europatournee. Im „Spiegel“-Interview konnte er erklären, ohne daß das Protokoll Gelächter vermerkte, „die weiße Regierung“ – immerhin noch Bothas – möge die Apartheid nicht, „ich selbst sage, daß ich sie nicht mag“. Botha amtiert seit 1977 als Pretorias Außenminister – auch im neuen Kabinett de Klerk.

Eine südafrikanische Tageszeitung brachte in einer Karikatur das Wesen des Wandels auf den Begriff, den Klerk mit seinem „Fünf-Jahres-Plan“ angestrebt und für den sein Außenminister auf Verkaufstour ging. Sie konfrontierte de Klerks Bitte um „fünf Jahre Zeit“ mit dem, was ein Amtsvoigänger, der als Inkarnation des sturen Burenums geltende John Balthasar Vorster, 1974 geäußert hatte: Man möge ihm sechs Monate Zeit geben und werde sich dann wundern, wie sich Südafrika verändert haben werde.

Nichts Neues also – zum einen. Zum anderen: Auch wenn sich das, von der seit 1948 an der Macht befindlichen Nationalen Partei

propagierte Neue wieder einmal als renovierte Fassung des Alten entpuppt – die PR-Kampagne und der ihr zugrunde liegende Personenwechsel an der Staatsspitze sind Ausdruck einer veränderten Gesamtlage. Sie gehorchen dem Druck, den – in neuer Qualität – die Krise des Systems erzeugt, die mit dem Aufstand von 1984 offenkundig wurde.

Neben den politischen Krisensymptomen ist es vor allem die wirtschaftliche Lage, die den Apartheidstrategen Sorgen bereitet: das Ausbleiben von Auslandsinvestitionen, Kapitalabzug u.a. durch das „Desinvestment“ namentlich US-amerikanischer Konzerne sowie durch Schuldentilgung. Und dies angesichts versperrter Zugänge zu internationalen Krediten.

Seit 1985 hat Südafrika keine nennenswerten Anleihen mehr auflegen oder Kredite aufnehmen können. Im Gegenteil, es hat größte Mühe, die fälligen Tilgungen alter Kredite zu bringen. 1987 konnte nur ein Moratorium Pretoria quasi vor dem Offenbarungseid bewahren. Damals wurden von den insgesamt aufgelaufenen Schulden große Teile der fälligen Rückzahlungen „umgeschuldet“ – mit längerer Rücklaufzeit, aber auch zu höheren Zinsen.

Zur Zeit beträgt die Gesamtverschuldung rund 21 Mrd \$. Von diesen sind etwa 9 Mrd „umgeschuldet“ – allerdings läuft dieses Abkommen am 30. Juni kommenden Jahres aus. Das ist der magische Zeitpunkt, an dem sich Südafrikas außenpolitische Strategie wesentlich orientiert.

Zwar ist nicht zu erwarten, daß die Gläubigerbanken zu diesem Zeitpunkt unverzüglich ihre Gesamtforderung beglichen sehen wollen: Südafrika würde seine Zahlungsunfähigkeit erklären, die Tilgungen einstellen (wie 1986 schon einmal gehabt) und die Banken sähen keinen Cent. Doch zum einen würde sich Pretorias Lage dadurch ebenfalls in keiner Weise verbessern. Gegenwärtig beträgt der Überschuß in der Außenwirtschaftsbilanz gerade 2,3 Mrd Rand (etwa 1 Mrd \$). Zur Abdeckung des Kapitalabflusses, also auch der Rückzahlungen, sind jedoch nach Berechnungen der Federal Reserve Bank an die 4 Mrd Rand Überschuß nötig.

Es ist also absehbar, daß sich Südafrikas außenwirtschaftliche Lage dramatisch verschlechtern kann. Zusätzlicher Streit mit den internationalen Kreditgebern ist das Letzte, was Pretoria in dieser Lage brauchen kann. Zum anderen würde sich durch Nichterfüllung der laufenden Verpflichtungen die Stel-

lung Südafrikas allgemein weiter verschlechtern. Auf dem Index, der die Kreditwürdigkeit von Ländern angibt, kommt Südafrika gegenwärtig von maximal 100 Punkten nur mehr auf magere 32, womit es z.B. hinter Indien und China liegt.

**A**m 10. März 1980 hieß es in einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) aus Südafrika: „Botha: Durch Wandel im Inneren die äußere Einkreisung durchbrechen“. Es ist wieder einmal soweit. Ein Paket von Reformen innerhalb des Apartheidsystems soll „Stabilität“ zurückgewinnen, die Basis des Systems durch Einbeziehung glaubwürdiger schwarzer Politiker als der bisherigen Quislinge stärken und somit den internationalen Erwartungen entgegenkommen, die Reformen als Voraussetzung für die Aufhebung der Isolation ansehen.

Da der notwendige neue Reformschub mit dem alten Staatspräsidenten Botha nicht durchzuführen war, die Zeit jedoch drängt, mußte dieser de Klerk weichen. Nichts an dessen Äußerungen und ebensowenig irgend etwas in seiner bisherigen politischen Laufbahn spricht dafür, daß damit ein wirklicher Wandel eingeleitet wurde.

De Klerks Konzept geht weiter von der Auffassung aus, daß in Südafrika verschiedene „Gruppen“, sprich Rassen, existieren und sich weiterhin getrennt „entwickeln“ können müßten. Die Umgewichtung gegenüber Botha liegt darin, daß – vorerst – weniger auf repressive, sondern verstärkt auf integrative Methoden gesetzt wird. Dazu gehört der beschleunigte Abbau etlicher „petty Apartheid“-Schranken (z.B. nach Rassen getrennte Strände, öffentliche Transportmittel, Krankenhäuser u.ä.) ebenso wie die Formulierung allgemeiner Verhandlungsofferten an oppositionelle Kräfte, die „friedliche Lösungen“ befürworten. Der westlichen Welt zumal wird dieser „neue Kurs“ mittels der genannten PR-Kampagne nahegebracht.

## OAU-Komitee zum Südlichen Afrika Der Weg zu Verhandlungen

Auf einer Tagung des Komitees zum Südlichen Afrika der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Harare wurde am 21. August d.J. eine „Politische Erklärung“ angenommen, in der Position zur Frage von Verhandlungen bezogen wird. Wir dokumentieren unter Weglassung der Nummerierung den Teil, der sich mit diesem Problem befaßt.

### Prinzipienerklärung

Wir glauben, daß die bestehenden Bedingungen – sofern das Pretoria-Regime den eindeutigen Willen hat, wirklich und ernsthaft an Verhandlungen teilzunehmen – die Möglichkeit bieten können, das Apartheidregime durch Verhandlungen zu beenden. Eine solche Möglichkeit könnte Ausdruck des Weges sein, nach dem sich die Mehrheit der Menschen in Südafrika immer gehofft hat, um eine politische Regelung zu erreichen.

Daher ermutigen wir die Menschen in Südafrika, im Rahmen ihres umfassenden Kampfes ihre Reihen zu schließen, damit sie über die Beendigung des Apartheidregimes verhandeln und sich auf alle notwendigen Maßnahmen verständigen können, um ihr Land in ein demokratisches und nicht rassistisches zu verwandeln. Wir unterstützen den Standpunkt der Mehrheit der Menschen in Südafrika, daß dies die Zielsetzung von Verhandlungen sein muß und nicht Veränderungen oder Reformen am Apartheidregime.

Wir stimmen mit ihnen überein, daß ein solcher Prozeß ein Verfassungssystem als Ergebnis haben sollte, das u.a. auf den folgenden Prinzipien beruht:

- Südafrika sollte ein einheitlicher, demokratischer und nichtrassistischer Staat werden.
- Alle seine Menschen sollten die gleichen staatsbürglichen Rechte genießen ohne Ansehen von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht oder Reli-

In Interviews „Pik“ Bothas mit der „Welt am Sonntag“ am 4. Juni d.J. („... kündigt das Ende der Apartheid in seinem Land an“) sowie mit dem „Spiegel“ nahm sich das, was de Klerk in seinem Fünf-Jahres-Plan vorschlug, so aus: „Im allgemeinen“ akzeptiere die Regierung, „daß alle Südafrikaner an der zentralen Regierung teilnehmen müssen“. „Den Rassismus“ werde man „auf jeden Fall abschaffen“, andererseits verlange man „die Chance, ein System aufzubauen und zu konsolidieren, das den spezifischen Gegebenheiten unseres Landes voll Rechnung trägt“.

Das ist nichts anderes als die von jeher zur Rechtfertigung der Rassentrennung benutzte Formel, und so heißt es denn auch in den Worten des Außenministers: Angesichts des Vorhandenseins „viele unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, sozialen Systemen und Lebensweisen“ müßten diese „Gruppen“ spezifische Rechte genießen – von individuellen, allgemeinen und gleichen Rechten ist nicht die Rede. Ergebnis: „eine Struktur, die der weißen Vorherrschaft beziehungsweise der Vorherrschaft irgendeiner anderen Bevölkerungsgruppe ein Ende (!) setzt“.

Was sich dahinter verbirgt, ist ein System von selten bizarre Struktur. Kurz gefaßt, würden die einzelnen „Gruppen“ – bei einem jeweils formal gleichen Wahlrecht – auf der Basis von Kriterien wie Hautfarbe, Wohnlage (etwa in Townships) oder politischer Zuordnung zu einem der „Homelands“ innerhalb einer Föderation repräsentiert. Gipfel des Absurden: Für Angehörige aller Bevölkerungsgruppen, die nicht in den ihnen eigentlich zugewiesenen Gebieten leben möchten, ist eine zusätzliche „Gruppenbestimmung“ vorgesehen – denn die Registrierung nach „Rassen“ soll bestehen bleiben.

Selbst innerhalb eines derart verschachtelten (und extrem kostspieligen, weil alle Institutionen vervielfachenden) Systems ist je-



Polizeieinsatz gegen Demonstrantinnen in Kapstadt im September d.J.

Klerk unter Wandel versteht, und dem, was die schwarze Mehrheit sich darunter vorstellt. Es gibt, so heißt es in einer Analyse der Londoner Tageszeitung „The Independent“ vom 26. September d.J. sogar „Grund zur Annahme, daß weder de Klerk noch die einflußreichen Personen im herrschenden Afrikaner-Establishment glauben, dies reiche aus, um Südafrikas Probleme zu beheben.“

So kommt eine vertrauliche Analyse des „Broederbonds“, jenes halbgeheimen Männerbundes, dem bislang fast alle maßgeblichen Politiker und Wirtschaftsgrößen der Nationalisten angehören, zu dem Schluß, das eigene Überleben hänge von beträchtlichen Konzessionen an die schwarze Bevölkerung ab.

In diesem Rahmen müsse das Staatsoberhaupt „nicht notwendigerweise ein Weißer sein“ und auch die Regierung nicht mehr länger eine weiße.

Doch auch diese Studie kommt nicht über die Ablehnung der „majority rule“ (Mehrheitsherrschaft) hinaus, wie sie das Ergebnis allgemeiner Wahlen auf der Basis einer einzigen nationalen Wählerschaft wäre. Des Weiteren wird festgehalten an der These, „zu rascher Wandel“ werde – das schlechte Gewissen der von ihren eigenen Wahnvorstellungen eingeholten weißen Minderheit – zu „umgekehrter Apartheid“ führen. Das Dilemma der Arpartheidsreformer bleibt mithin erhalten.

Erstens reicht auch das, was de Klerk verspricht, nicht aus. Es ist weit entfernt von der Forderung der schwarzen Mehrheit und eines langsam, aber stetig zunehmenden Teils demokratischer Weiße, einen demokratischen, nichtrassistischen Einheitsstaat Südafrika zu schaffen. Schon die Kontinuität des Kabinetts de Klerk verweist darauf, daß von einem Neubeginn keine Rede sein kann. Der FAZ-Korrespondent in Südafrika bemerkte schon im Februar d.J. zu dem Gezerre um Bothas Rücktritt vom Parteivorsitz sowie vom Präsi-



### Die Atmosphäre für Verhandlungen

Wir und der Rest der Welt glauben, daß es wichtig ist, eine angemessene Atmosphäre für die Durchführung von Verhandlungen zu schaffen. Es ist die dringliche Verpflichtung des rassistischen Regimes dieser universellen Forderung in einer realistischen Art und Weise zu entsprechen und folgerichtig diese Atmosphäre zu schaffen.

Ausgehend von dieser Prämisse sollte das gegenwärtige Regime mindestens das Folgende tun:

- Es sollte alle politischen Gefangenen und Häftlinge bedingungslos freilassen und darauf verzichten, ihnen irgendwelche Einschränkungen aufzuzwingen.
- Es sollte den Bann und die Einschränkungen aller gebannten und eingeschränkten Organisationen und Personen aufheben.
- Es sollte alle militärischen Divisionen aus den verschiedenen Gebieten zurückziehen.
- Beendigung des Ausnahmezustands und Widerruf jeglicher Gesetzgebung, welche der Einschränkung politischer Aktivitäten dient, einschließlich des Gesetzes über innere Sicherheit.
- Beendigung aller politischen Prozesse und Hinrichtungen.

Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Bedingungen vorzubereiten, die eine abzuhalrende freie politische Debatte erlauben würden. Dies ist eine wichtige Bedingung, um die Beteiligung der Menschen am Prozeß des Neuaufbaus ihres Landes sicherzustellen. Deshalb müssen die o.g. Maßnahmen der Führung von Verhandlungen vorausgehen.

### Richtlinien für den Prozeß der Verhandlungsführung

Wir unterstützen die Ansicht der Befreiungsbewegungen in Südafrika, daß, sobald diese Bedin-

gungen erfüllt sind, der Verhandlungsprozeß in Übereinstimmung mit den folgenden Richtlinien beginnen kann:

- Es müssen Diskussionen zwischen den Befreiungsbewegungen und dem südafrikanischen Regime stattfinden, um die Angriffsaktionen auf beiden Seiten durch die Einigung auf einen gemeinsamen und bindenden Waffenstillstand zu beenden.
- Dann sollten Verhandlungen beginnen, indem die Grundlage für die Annahme einer neuen Verfassung, u.a. durch die Einigung auf die o.g. Prinzipien geschaffen werden.

Nach einer Einigung auf diese Prinzipien müssen die Parteien über den notwendigen Mechanismus zur Formulierung einer neuen Verfassung verhandeln.

- Die Parteien sollen definieren und Einverständnis darüber erzielen, welche Rolle die internationale Gemeinschaft einnehmen muß, um eine erfolgreiche Übergangsphase zu einem demokratischen System zu garantieren.
- Die Parteien sollen sich auf die Bildung einer provisorischen Regierung einigen, um den Prozeß der Formulierung und Annahme einer neuen Verfassung zu überwachen; um das Land zu verwalten und zu regieren; und auch, um von der Übergangsphase in ein demokratisches System überzuleiten, was die Abhaltung von Wahlen einschließt.
- Alle bewaffneten Aggressionsakte sollen nach der Annahme der neuen Verfassung offiziell für beendet erklärt werden.
- Die internationale Gemeinschaft soll ihrerseits die Sanktionen, die über das rassistische Südafrika verhängt wurden, aufheben.
- Das Neue Südafrika wird die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der OAU erfüllen.

(QUELLE: Facts and Reports, Amsterdam, Nr. Q/1.9.1989)

dentenamt richtig, daß Botha „die Fortsetzung seiner Politik wichtiger ist als bloßer Machterhalt“.

So sitzen neben Außenminister Rolof Botha auch im neuen Kabinett zwei Hardliner der alten Regierung: Adriaan Vlok, als Minister für Law and Order (das Amt heißt wirklich so) verantwortlich für Ausnahmezustand, Massenfestnahmen und Pressezensur, sowie Magnus Malan, als Verteidigungsminister Vertreter des sog. Sicherheitsestablishments, das bisher die politischen Akzente nach dem Motto setzte: Verhaften, Einsperren, Niederschießen – mit dem gutwilligen Rest machen wir dann Reform. Hier hat lediglich eine Umgewichtung stattgefunden.

In diesem Zusammenhang beeindrucken auch die kleinen Reformen im täglichen Leben nicht, die überdies auch in der Absicht beschlossen wurden, der seit August d.J. laufenden „Defiance“-Kam-

rald Tribune“ zitierte einen schwarzen Buspendler: „Es ergibt nicht viel Sinn, integrierte Buslinien in weiße Stadtviertel zu haben, wenn Schwarze dort nach wie vor nicht wohnen dürfen.“

Zweitens: Die Widersprüche zwischen Reform- und Gesprächsankündigungen und politischem Handeln sind auch unter de Klerk eklatant. So erteilte der neue Staatspräsident eine Ausnahmegenehmigung für mehrere Demonstrationen Anfang September d.J., begleitet von Kommentaren über „ordentlich“ und derlei mehr als Bedingung. Der Begriff Ausnahmeverlaubnis sagt bereits alles, zudem jedoch: Selbst wenn de Klerk, wie in Betracht gezogen wird, den Ausnahmezustand aufhebe, blieben die Repressionsmöglichkeiten des Regimes, etwa das berüchtigte Gesetz über die innere Sicherheit, unangetastet.

Von den zur Zeit Inhaftierten ist der größere Teil Opfer dieses Gesetzes und der damit eröffneten Willkür der Polizei. Und: Statt ein Zeichen zu setzen und, entsprechend der humanitären Forderung nach Einstellung der Hinrichtungen in Südafrika, zum Tode Verurteilte zu begnadigen, wurde kurz nach dem Amtswechsel erstmals Mitte Juli d.J. wieder die Falltür in Pretorias Zentralgefängnis betätigt. Gehenkt wurden ein wegen Mordes verurteilter 30jähriger Farbiger und der wegen eines politisch motivierten Mordes bereits 1985 zum Tode verurteilte, 35jährige Farbige Jeffrey Boesman, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC).

Drittens jedoch gibt es für de Klerk kaum ein Zurück, es sei denn zu erneuter blutiger Repression und damit zu unkalkulierbaren Entwicklungen. Das Wort „Verhandeln“ zumal ist gefallen und aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr zu verdrängen. Abgesehen von unangebrachter Euphorie bedeutet das Eingehen der Regierung auf die damit inhaltlich vorgezeichnete Ebene nolens – volens ein Einverständnis: Daß sie als Gegenüber die Demokratische Massenbewegung und damit, nach deren Selbstverständnis, die Befreiungsbewegung akzeptiert – allen Windungen und Manövern zum Trotz.

## DIE UMGEWICHTUNG DER POLITIK UNTER DE KLERK BESTEHT DARIN, DAß VORERST WENIGER AUF REPRESSIVE ALS VERSTÄRKT AUF INTEGRATIVE METHODEN GESETZT WIRD.

pagne der Demokratischen Massenbewegung (MDM) den Elan zu nehmen. So votierte Johannesburgs weiße Bevölkerung dafür, fortan sämtliche öffentlichen Einrichtungen für alle Personen gleichermaßen zugänglich zu machen. Die Regierung erwägt, sämtliche Strände zu öffnen.

„Es ist unmöglich, furchtbar hochgestimmt über etwas zu sein, das in einer normalen Gesellschaft von jeher so hätte sein sollen“, kommentierte Cassim Salojee, ein Führungsmitglied der Vereinigten Demokratischen Front (UDF). Und die „International He-



Protestdemonstration gegen die fortgesetzten Hinrichtungen des Apartheidregimes in Kapstadt

Das Regime mag Illusionen hegen, seine Wählerschaft sich davon täuschen lassen, in Wahrheit reagiert es auf eine Entwicklung, die es nicht mehr vollständig kontrolliert. Professor Sampie Terreblanche, profiliertes Analytiker aus dem Afrikaner-Elfenbeinturm der Stellenbosch-Universität und vormaliger Berater Präsident Bothas, sieht in de Klerks Konzept weiter die Obsession wirken, daß „sie, unter Ignorierung der internationalen Veränderungen und der Unausweichlichkeiten der demographischen Entwicklungen in Südafrika, den Lauf der Geschichte bestimmen und die Gesellschaft nach einer Vorstellung formen könnten, die sie, eine kleine Minderheit, für angemessen erachten“.

Was sich mit der Regierung de Klerk darstellt, sei nichts weiter als „eine neue Generation von Sozialtechnikern an ihren Schreibtischen“. Ihr Scheitern ist programmiert.

Andres als noch vor wenigen Jahren ist dies jedoch nicht nur aus objektiven Gründen, den immanenten Widersprüchen eines jeden rassistischen Modells also, der Fall. Das Regime, dessen politische Basis sowohl nach links, zur Demokratischen Partei hin, als auch nach rechts, zu den faschistoiden Apartheidverteidigern der Konservativen Partei und ihres terroristischen Umfelds hin, erodiert, sieht sich heute einer breiteren und stärkeren Widerstandsfront gegenüber als je zuvor. Seit knapp zwei Jahren hat sich für diese der Ausdruck Demokratische Massenbewegung (MDM) einzubürgern begonnen. Ihre Existenz ist der lebende Beweis für das Scheitern des Regimes.

Selbst das Verbot von rund 30 demokratischen Organisationen allein 1988, selbst – oft mehrfache – Verhaftung von an die 40.000 Angehörigen des Widerstands unter dem seit Juni 1986 herrschenden Ausnahmezustand hat, entgegen ersten Befürchtungen, den Widerstand nicht entscheidend getroffen. Wesentlicher Grund hierfür: Die seit etwa 1983/84 entstandenen Organisationen der demokratischen Bewegung erfaßten buchstäblich alle Bereiche des Lebens: Townships wie ländliche Regionen (auch wenn es in Letzteren Schwächen gibt), Gewerkschaften wie Kirchen und Frauenverbände, Jugend wie Eltern, Schwarze wie Weiße. Und diese wurden vielfältig miteinander verknüpft.

So widerstanden Straßen- und Stadtviertelkomitees den Verbots- und Festnahmewellen allein schon dadurch, daß sie zwar Führungsstrukturen herausbildeten, aber ihrer Vielzahl wegen nicht mehr polizeilich kontrollierbar waren. Verhaftete wurden meistens ersetzt – in den Auseinandersetzungen wachsen Persönlichkeiten mit Führungsqualitäten heran. So kann Titus Mafolo, ein früheres Leitungsmitglied der UDF, darauf verweisen, daß die demokratische und auf die aktive Teilnahme der Massen setzende MDM sich darauf stützen kann, daß die „Leute ihre eigenen Geschicke in Straßen-, Häuserblock- und Gebietskomitees wie in Ausschüssen be-

## ANC-COSATU-UDF Diskussion über Verhandlungen

Bei einem zweitägigen Treffen zwischen dem Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU), Führungsmitgliedern der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und dem Nationalen Exekutivkomitee des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Anfang Juni d.J. in Lusaka (Sambia) wurde u.a. die Frage möglicher Verhandlungen mit dem Apartheidregime erörtert. Der folgende Text vom 6. Juni d.J. ist der offizielle Bericht der Beratungen und dient als Studiendokument für die Demokratische Massenbewegung (MDM).

Das Treffen befaßte sich mit den Schlüsselfragen unseres Kampfes. Die Tagesordnung umfaßte folgende Themen:

1. Lageeinschätzung
2. Verhandlungen (für eine politische Lösung)
3. Der Weg vorwärts (Kampagne).

### 1. Lageeinschätzung

Eine Einführung der Demokratischen Massenbewegung (ANC, UDF, COSATU usw.) behandelte die Frage der Krise des Regimes, seine Unfähigkeit einen Weg zu finden, um aus der Krise herauszukommen, und die wachsende Einheit und das gestiegene Selbstvertrauen der Demokratischen Massenbewegung. Einige Schwächen der Demokratischen Massenbewegung (MDM) wurden auch erörtert, nämlich unsere mangelnde Fähigkeit, Aktionsprogramme wirksam umzusetzen; ineffektive Kommunikation mit der Basis; unsere Abhängigkeit von äußerer Finanzierung; unser Versagen, günstige Bedingungen auszunutzen; und unsere Unfähigkeit, der feindlichen Propaganda wirksam entgegenzuwirken.

Zusammenfassend schlußfolgerten wir zu diesem Punkt, daß unsere strategische Perspektive

die offensive Aktion gegen das Regime bleibt und daß das „vulkanische Material“ eines Aufstands sich ansammelt. Wir müssen deshalb sicherstellen, daß unser Aktionsprogramm in der Lage ist, die Vorstellungskraft der Menschen zu beflügeln und die Aktionen auf ein immer höheres Niveau zu heben.

### 2. Verhandlungen

Unsere Diskussionen über diesen Punkt hatten folgende allgemeine Perspektive zum Ergebnis.

Als 1987 die Frage von Verhandlungen international stark beachtet wurde, machte der ANC seinen Standpunkt klar: keine Verhandlungen ohne die Erfüllung bestimmter Vorbedingungen. Zum Beispiel müßten politische Gefangene freigelassen, der Ausnahmezustand aufgehoben werden usw. (Siehe AIB 3/1988, S. 22 f.; d. Red.) Das Apartheidregime war zu keinerlei Bewegung bereit, und die ganze Angelegenheit von Verhandlungen verschwand in der Versenkung.

Seit kurzem jedoch ist das Verhandlungsthema wieder hochgekommen, als Resultat des steigenden Drucks, der von allen Seiten auf das Regime ausgeübt wird, und als Resultat von Initiativen,

die die imperialistischen Kräfte gestartet haben. Es gibt klare Anzeichen dafür, daß das Regime diesmal positive Schritte unternehmen wird – in Richtung auf Verhandlungen und auf Erfüllung der 1987 gestellten Vorbedingungen.

Folgerichtig ist es für uns notwendig, gemeinsam unsere Position zu Verhandlungen zu überprüfen. Unsere Perspektive besteht dabei darin, für die Abwehr dieser Initiative die angemessene Antwort zu finden:

- die nicht Verwirrung und Uneinigkeit in unseren Reihen stiftet;
- die nicht zur Demobilisierung der Massen führt;
- die nicht zu irgendeinem Nachlassen des Drucks der internationalen Arena führt;
- die dazu führt, daß wir die Initiative gegen das Regime behalten.

Es ist auch notwendig, die Perspektive beizubehalten, an allen Fronten die Massenaktionen und den Widerstand im allgemeinen fortzusetzen, da die Diskussion um Verhandlungen nicht als ein alternatives Herangehen an den Kampf gesehen wird.

### Information zu den Verhandlungsinitiativen

**2.1. Britische.** Großbritannien hat sich auf P.W. Bothas Abgang vorbereitet und Kontakte mit Schwarzen, weißen Liberalen, Geschäftsleuten usw. gepflegt. Das Außenministerium möchte außerdem Verbindungen zur Demokratischen Massenbewegung und dem ANC, die Premierministerin aber glaubt, eine Lösung könne ohne den ANC gefunden werden.

**2.2. USA.** Die Amerikaner wollen einen Prozeß von „Kontakt, Dialog und Verhandlungen“ initiieren. Sie sind der Ansicht, daß die Ziele eines solchen Verhandlungsprozesses sich im Laufe

von Treffen entwickeln werden. Ihrer Ansicht nach ist genau das in den Verhandlungen um Angola und Namibia passiert.

**2.3. Treffen zwischen Pik Botha und Thatcher.** Pik Botha hat Frau Thatcher mitgeteilt, die „Reformer“ hätten im Kabinett die Oberhand. Die Basis von F.W. de Klerk in Transvaal sei geschrumpft, daher sei er stärker auf die „Reformer“ angewiesen. Die „Reformer“ wollen, daß Frau Thatcher die Afrikaner beeinflußt, daß sie am Wahlprozeß teilnehmen usw.

**2.4. Idee einer Kontaktgruppe.** Großbritannien unterstützt keine weitreichenden Veränderungen. Es zieht die Bildung einer neuen Kontaktgruppe in Betracht. Eine solche Kontaktgruppe sollte aus Vertretern der Großmächte bestehen. Als die Initiative der Gruppe hervorragender Persönlichkeiten (EPG) in die Wege geleitet wurde, erklärte der ANC, daß das Regime nicht zu Verhandlungen bereit sei. Nichtsdestotrotz, obwohl es Druck gab, kam die EPG dennoch nach Südafrika.

Die Frage, welche unsere Antwort auf eine Initiative dieser Art sein kann, muß wiederum im Licht der gegenwärtigen Bedingungen betrachtet werden.

**2.5. F.W. de Klerks Plan für ein „repräsentatives Forum“.** De Klerk arbeitet an einem Vorschlag für Verhandlungen ohne den ANC. Er plant eine Art „repräsentatives Forum“ aller rassistischen Gruppen, das vermutlich sehr bald eingerichtet wird. In dem Augenblick, wenn dieses Forum gebildet wird, läßt sich vorhersagen, daß Frau Thatcher einen Vorstoß unternehmen wird, um Südafrika Zugang zur Welt zu verschaffen. Ihrer Ansicht nach sollten wir auf langsame Bewegung vorbereitet sein und Modifikationen des Status quo als einen Ausgangspunkt akzeptieren.

**2.6. Frontstaaten.** Sambia ist auf Verhandlungen eingestellt und hat schon den Wunsch geäußert – sollte Südafrika seinen guten Willen demonstrieren –, dieses zu einem Treffen der Frontstaaten einzuladen. Mosambik und Südafrika unterhalten jetzt schon intensive Kontakte, und Genosse Eduardo Dos Santos (Staatspräsident von Angola; d. Red.) hat auf die Ansicht, wir müßten vor dem Einstieg in Verhandlungen in einer Position der Stärke sein, geantwortet, daß „wir möglicherweise nicht die Zeit haben, um diese Position der Stärke zu entwickeln“.

Es gibt Anzeichen dafür, daß den Frontstaaten umfangreiche finanzielle Hilfe zum Wiederaufbau ihrer Wirtschaft versprochen wurde, sollte die „südafrikanische Frage“ gelöst werden. Ein Faktor, der dies momentan verhindert, ist die andauernde Destabilisierung durch Südafrika. Der Druck, den dies auf die Frontstaaten ausübt, jegliche Art einer politischen Lösung zu befürworten, ist offensichtlich.

Es ist wichtig, sich der Rolle zu erinnern, die die Frontstaaten gespielt haben, indem sie sicherstellten, daß die Simbabwes sich an die Lancaster-House-Vereinbarung hielten (Vereinbarung im Jahr 1979 mit Großbritannien über die Unabhängigkeit Simbabwes, die u.a. Sonderrechte für die Weißen vorsah; d. Red.).

Zum Teil diente die kürzliche Reise Thatchers ins Südliche Afrika dem Ziel, von den Frontstaaten Unterstützung für ihre geplanten Initiativen zu bekommen.

**2.7. Andere Verbündete.** Auf einem Treffen zwischen den Chinesen und unseren Genossen haben die Chinesen kürzlich unterschieden zwischen dem Ende der Apartheid und dem Ende der Herrschaft der Weißen. Ihrer Ansicht nach sollten wir auf langsame Bewegung vorbereitet sein und Modifikationen des Status quo als einen Ausgangspunkt akzeptieren.

Aus der Sowjetunion gibt es Anzeichen zur Bereitschaft, für eine friedliche Lösung der Südafri-

kafrage Seite an Seite mit dem Westen zu arbeiten.

Die Kontaktgruppe, die von Thatcher vorgeschlagen wird, könnte einige unserer engsten Freunde mit einschließen.

**2.8. Wahrscheinliches Szenario.** Nach den Septemberwahlen wird der Ausnahmezustand aufgehoben werden, Genosse Mandela und andere hochrangige politische Gefangene werden freigelassen werden (wir erwarten, daß Genosse Walter Sisulu schon sehr bald, noch vor den Wahlen, freikommt), vom Parlament wird eine Gesetzgebung beschlossen werden, die schwarze Abgeordnete ermöglicht, und ein Schwarzer könnte sogar ins Kabinett aufgenommen werden. Derzeit ist in ihren Zirkeln schon eine Person dafür im Gespräch. Zur gleichen Zeit wird de Klerk alle Südafrikaner formell zu einer Open-end-„Indaba“-Konferenz einladen, um eine neue Regelung für Südafrika zu finden.

Auf dem Commonwealth-Treffen in Malaysia in der zweiten Oktoberhälfte hofft Thatcher, einen politischen Lösungsprozeß ankündigen und zu einem Ende der Sanktionen aufrufen zu können. Das würde den ANC unter Druck setzen, an diesem Prozeß teilzunehmen und den bewaffneten Kampf zu stoppen.

**2.9. Unsere Perspektiven.** Verhandlungen sind wieder ein Gegenstand der Diskussion, und zwar wegen der Manöver der Imperialisten, die von unseren langjährigen Freunden einige Unterstützung bekommen. Die Imperialisten wünschen, daß eine modifizierte/reformierte kapitalistische Gesellschaft das gegenwärtige Apartheidregime ersetzt. Das unterscheidet sich sehr von dem, wofür wir gekämpft haben . . .

Alternativ dazu, wie antworten wir oder steigen wir in den geplanten Prozeß ein?

Wir müssen die Bedingungen des Wandels diktionieren. Nichts soll in Gang kommen, wogegen wir

trieblicher Vertrauensleute selber bestimmen.“

Die Verbindung betrieblicher Aktivitäten mit solchen in den Townships ist eine der Leistungen des Gewerkschaftsbundes COSATU, eines tragenden Pfeilers der MDM. Eine bedeutende Rolle spielen auch Südafrikas große Kirchengemeinschaften, namentlich der Kirchenrat SACC und die Katholische Bischofskonferenz. Der wesentliche Aspekt ihrer Politik ist dabei, daß sie keine Vorstellungen und Ziele außerhalb derer propagieren, welche die Massenbewegung selber zur Orientierung genommen hat: die Grundsätze der Freiheitscharta des ANC aus dem Jahr 1955.

Die darin aufgestellten Forderungen haben eine Sogkraft entfaltet, die inzwischen dazu führte, daß erstmals die Vertreter des Konzepts des „Black Consciousness“, die den „Charteristen“ ablehnend gegenüberstanden, mit der MDM gemeinsam eine Konferenz veranstalteten (Anfang Oktober d.J.; über Stattfinden und Ergebnisse lagen bei Abschluß des Artikels noch keine Informationen vor). Eine analoge Entwicklung spielt sich im gewerkschaftlichen Bereich mit der Annäherung zwischen der bislang ebenfalls „konkurrierenden“ Dachorganisation NACTU und der wesentlich größeren COSATU ab.

Schritt für Schritt haben die Massenbewegung und der ANC zumal Vorstellungen erarbeitet, wie auch eine Verhandlungslösung zuwege gebracht werden könnte (siehe Dokument von ANC, UDF und COSATU). Prinzipiell überhaupt nichts Neues – der ANC arbeitete schon 1962 auf einer Exilkonferenz Vorstellungen dieser Art aus, „obwohl“ das Regime die Befreiungsbewegung zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes gezwungen hatte – veröffentlichte die ANC-Führung im Oktober 1987 eine Positionserklärung zur Verhandlungsfrage (siehe AIB 3/1988, S. 22/23). Ein weiterer, be-

deutender Schritt war dann im Sommer vorigen Jahres die Vorlage von „Richtlinien“ für eine Verfassung des befreiten Südafrika (siehe AIB 10/1988, S. 30/31). Schließlich liegen in verschiedenen Dokumenten die Positionen vor, die sich auf die Voraussetzungen beziehen, unter denen überhaupt verhandelt werden könnte (das „Klima“), sowie über die Inhalte solcher Verhandlungen. An deren Ende kann allein die Abschaffung der Apartheid stehen, so die Befreiungsbewegung insgesamt (siehe dazu auch die Erklärung der OAU).

Die Regierung de Klerk mag sich dem Glauben hingeben, durch Teilkonzessionen, Hinhälften, Ausgrenzen (keine Gespräche mit denen, die Gewalt anwenden) und Kooperieren (etwa den Inkatha-Führer Buthelezi) sowie „Appeasement“ im nationalen und internationalen Rahmen Zeit zu gewinnen und sein Reformwerk durchzuführen zu können. Interessierte westliche Regierungen mögen solche Manöver – wieder einmal – als ausreichende Demonstrationen eines Willens zum Wandel akzeptieren und erneut zur Tagesordnung übergehen, womit sie sich mitschuldig machen an der Fortsetzung der rassistischen Unterdrückung und Ausbeutung und an allen möglicherweise verheerenden Folgen.

Auf der anderen Seite hat die demokratische, die Befreiungsbewegung eine Stärke erreicht, daß sie und ihre Forderungen nicht mehr zu übergehen sind. Der Befreiungskampf hat eine Dynamik angenommen, die das Regime unter Zugzwang setzt. Herauskommen könnte dabei, daß ausgerechnet eine Regierung de Klerk in die Situation geraten könnte, Schritte zu unternehmen, die sie eben hat vermeiden wollen sprich: Agentin, Vertragsteilhaberin einer wirklichen Veränderung zu werden, die Südafrikas Befreiung bedeutet.

sind. Unser Kampf besteht darin, Kontrolle über den Prozeß zu erlangen und sicherzustellen, daß Verhandlungen, wenn sie einmal zustande kommen, echt und ernsthaft sind.

Aus diesem Grund ist folgendes wichtig:

- daß wir alle dieselben vereinbarten Positionen haben, inner wie außerhalb Südafrikas;
- daß wir eine Strategie besitzen, um die Kontrolle zu behalten, so daß diejenigen, die intervenieren, sich mit unserer Position auseinandersetzen müssen;
- daß unsere Position diejenige ganz Afrikas wird. Das ist ganz wichtig für unsere Fähigkeit, den Rest der Welt zu beeinflussen. Die Frontstaaten haben dabei eine entscheidende Rolle.

Zu diesem Thema müssen wir Vorschläge entwickeln, bevor der Rest der Welt etwas anderes vorbringt. Die Welt muß sich mit unserem Vorschlag beschäftigen, statt daß wir uns mit einer anderen Initiative auseinandersetzen müssen. Das würde uns einen Vorteil verschaffen und es möglich machen, daß wir den Prozeß kontrollieren und dirigieren. Wir müssen Wege finden, die Frage von Verhandlungen zu benutzen, um die herrschende Klasse weiter zu entzweien und zu spalten, statt daß diese Frage uns spaltet.

Wenn wir zu einem annehmbaren Vorschlag kommen, müssen wir sicherstellen, daß wir nicht den falschen Eindruck erwecken, das Regime sei bereit, ernsthaft zu verhandeln. Wir müssen auch sicherstellen, daß wir die Massen nicht demobilisieren und daß eine weitreichende Beratung in unserem Volk stattfindet.

**2.10. In Richtung eines Vorschlags.** Wir müssen ein Konzept formulieren, das nicht unsere politische Strategie der Machtergreifung auf gibt und das keine politische Lösung ablehnt.

Wir müssen fragen, ob die Vorbedingungen ein ausreichendes Maß sind, um mit diesen Initiativen umzugehen. Ausgehend von der Einschätzung der wahrscheinlichen Entwicklung besteht die Strategie des Imperialismus darin, das Regime unter Druck zu setzen, damit es die Vorbedin-

gungen annimmt. Deshalb bedarf es der Ausarbeitung eines detaillierten Plans, an dessen Anfang eine Liste der Vorbedingungen steht.

Einige Ideen, mit dieser Lage umzugehen, beinhalten den Vorschlag, Verhandlungen über die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung abzuhalten, die die Vollmacht haben würde, eine Verfassung auszuarbeiten.

- Wer würde das Land führen, während eine solche verfassungsgebende Versammlung tagt?
- Wie würde eine solche Versammlung zusammen gesetzt sein?
- Wie verhandeln wir über die Bildung einer solchen Versammlung?

Dies sind einige Fragen, denen wir uns stellen müssen.

Es gibt eine andere Idee, die mit der Idee einer verfassungsgebenden Versammlung einhergeht. Das/die Parlament(e) sollte(n) suspendiert und eine Übergangsregierung gebildet werden. Dies würde detaillierte Überlegungen erfordern und könnte Teil eines Verhandlungsvorschlags sein.

Eine Frage, der sich der ANC zuwenden sollte, wäre die Forderung nach Aussetzung des bewaffneten Kampfes und wie auf diesen Aufruf im Rahmen einer Verhandlungslösung zu reagieren wäre.

Ein anderer Punkt ist der eines „Unparteiischen“. Brauchen wir einen für die Zwecke eines Vorschlags?

Es gibt noch keine endgültigen Antworten auf all diese Fragen, und sie müssen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes diskutiert werden, um ein gemeinsames Herangehen zu erreichen.

Zum Schluß erhebt sich die Frage: Wie dringend ist dies für unseren Kampf? Klar scheint, daß eine Anzahl von Treffen auf hohen Ebenen stattfindet. Wir müssen daher rasch handeln und alles einbeziehen, was oben gesagt wurde.

Der Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vom 29.–31. Juli ist daher entscheidend für die Formulierung einer einheitli-

chen Position Afrikas über die Frage eines möglichen verhandelten Arrangements in Südafrika. Wenn wir jeder anderen Initiative zuvorkommen wollen, müssen wir bis zu diesem Datum für unsere Position Unterstützung gewinnen, sobald diese ausgearbeitet ist (siehe Kasten zu OAU-Erklärung; d. Red.).

### 3. Der Weg vorwärts

Diskussionen über den Weg vorwärts führen zu folgenden Schlüssefolgerungen:

- 3.1. Aufbau und Konsolidierung.
  - Wir müssen die Organisationen der Demokratischen Massenbewegung umstrukturieren.
  - Wir müssen die Einheit mit der Demokratischen Massenbewegung und mit breiteren Kräften aufbauen.
- Die Diskussion über die Verfassungsrichtlinien muß vertieft werden.

- Die Verhandlungsfrage muß diskutiert werden.

- Die Anstrengungen, eine Friedensbewegung in Natal aufzubauen, müssen fortgesetzt und verstärkt werden.
- 3.2. Kampagnen.

- Eine Kampagne des zivilen Ungehorsams mit Massencharakter muß durchgeführt werden, um unsere Kampagnen derart zu vertiefen, daß sie eine Herausforderung für das Regime darstellen.
- Die Kampagnen zur Bildung und zum Arbeitsgesetz (Labour Relations Act) können verbunden werden. Die Möglichkeit weitgestreuter Massenaktionen und besonders eines Generalstreiks (Fabrikbesetzungen) muß im Auge behalten werden.

- Andere Kampagnen, auf die wir uns konzentrieren müssen, schließen ein: Wohnen, Namibia, die September-Wahlen.

Schließlich müssen wir uns auf den „aktionsorientierten“ Arbeitergipfel im August und unsere Septemberaktionen, die sich gegen die feindlichen Aktionen richten, konzentrieren.

(QUELLE: Front File, London, Special, Juli 1989)



UDF-Veranstaltung am 20.8.1989 in der St. George's Kathedrale von Kapstadt mit Trevor Manuel (3.v.r.) und Murphy Morobe (4.v.r., UDF-Nationalleitung)

## INTERVIEW MIT TREVOR MANUEL (UDF)

# Losungen reichen nicht aus

Trevor Manuel ist Sekretär der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) in der Kapprovinz. Mehrere Monate nach Verhängung des Ausnahmezustandes im Juni 1986 in Haft, kam er Anfang d.J. nach dem Hungerstreik der politischen Gefangenen frei. Seitdem ist er gebannt, d.h. er darf von 18-6 Uhr das Haus nicht verlassen, nicht öffentlich auftreten und muß sich täglich bei der Polizei melden. Detlev Reichel sprach mit T. Manuel eine Woche nachdem die Demokratische Massenbewegung (MDM) am 20. August d.J. mit einer Veranstaltung in der St. George's Kathedrale von Kapstadt den Bann gegen Organisationen und Personen für aufgehoben erklärte. Stunden nach dem Interview wurde er erneut festgenommen.

**F**RAGE: Der Ausnahmezustand ist jetzt im vierten Jahr. Im ganzen Land entwickelt sich eine breite Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen Apartheidsgesetze (defiance campaign). Auf welchem Stand ist die demokratische Bewegung heute verglichen mit dem im Juni 1986?

**T. MANUEL:** Die ersten Jahre des Ausnahmezustandes waren tatsächlich ein Rückschlag für uns. Über die vielen Verhaftungen und die Verbote gegen unsere Organisationen hinaus sind die Strukturen und Vernetzungen schwer beschädigt worden.

Als die UDF 1983 gebildet wurde, waren viele von uns, die in führende Positionen kamen, noch sehr jung. Wir hatten nicht die Erfahrungen der 50er Jahre. Der Aufbau eines nationalen Netzwerkes war für uns also eine sehr wichtige Erfahrung. Die erste Unterdrückungswelle traf uns 1985. Leute wurden verhaftet, es gab den ersten Hochverratsprozeß. Nicht nur, daß führende UDF-Leute eingesperrt wurden. Es war auch enorm schwierig zu reisen, und die Kommunikation über Telefon war unmöglich. Folglich entwickelte sich die Bewegung sehr ungleich.

Vor dem Ausnahmezustand betrachteten wir beispielsweise die östliche Kapprovinz als führend, was Organisationsformen angeht. Wie sie dort in Straßen- und Gebietskomitees Keimzellen einer partizipativen Demokratie aufbauten, war lehrreich für den Rest des

Landes. Aber gerade diese Region wurde vom Ausnahmezustand am härtesten getroffen.

Dann gab es wieder Regionen, die keine Tradition des politischen Kampfes hatten, wie z.B. die westliche Kapprovinz. Das machte es schwierig, weil man das Gefühl hat, daß die Menschen Angst haben. Die Umzingelung und Festnahme von rund 300 Menschen in einer Kirche in Elsies River gleich zu Beginn des Ausnahmezustandes (im Juni 1986) wirkte sich lähmend aus.

Die Aktivisten, die draußen blieben, versuchten trotz aller dieser Schwierigkeiten die Organisation wiederaufzubauen. Die Massenbasis war nicht mehr die gleiche, neue Methoden des Kampfes mußten gefunden werden.

Zum heutigen Zeitpunkt erleben wir die Entstehung einer sehr starken Welle des Widerstandes. Im Unterschied zu früher sind aber die Gemeindeorganisationen (civic organizations) nicht mehr auf der Höhe des Widerstandes. Daher hat der Widerstand ein besonders junges Gesicht. Das ist gut so. Besser wäre es aber, wenn sich die Bewegung auf die Fabriken und die Wohngebiete insgesamt ausweiten würde, so daß wir größere Teile der Bevölkerung in diese Widerstandskampagne einbeziehen könnten.

Die wichtigste Herausforderung ist für uns im Augenblick also der Wiederaufbau der Organisationsstrukturen. Die „defiance“-

Kampagne bietet uns hier gute Voraussetzungen. Einfache Menschen spüren wieder, daß wir uns nach vorn bewegen, sie bekommen wieder Zuversicht. Wir konnten den Staat in eine Auseinandersetzung verwickeln, die von den Menschen akzeptiert wird und an der sie sich beteiligen können. Wir haben deutlich machen können, daß wir die moralische Überlegenheit besitzen, und das gibt uns einen ungeheuren Aufschwung.

**FRAGE:** Sprichst Du jetzt nur über die westliche Kapprovinz oder trifft das auf das ganze Land zu?

**T. MANUEL:** Meine Einschätzung wird sehr stark von der Situation im Westkap geprägt, da ich (wegen des Bans) lange Zeit nicht reisen konnte und daher auch wenig direkten Kontakt mit anderen Teilen des Landes habe. Ich denke aber, die Bedingungen unterscheiden sich von Region zu Region.

Während man im Westkapland den Eindruck einer neuen Dimension des Kampfes bekommt, scheint sich das Ostkapland noch im Stadium der Erholung von den schweren Schlägen des Ausnahmezustandes zu befinden. Dort war die gesamte regionale Führung sehr lange in Haft.

In Natal wiederum sind wir gezwungen, uns mit dem Krieg von Buthelezi Inkhatwa gegen die demokratische Bewegung zu beschäftigen. In Transvaal verläßt man sich, meiner Meinung nach, auch in den Gemeinden zunehmend nur noch auf die Gewerkschaftsstrukturen.

**FRAGE:** In Deiner Rede in der St. George's Kathedrale sagtest Du, wir müssen uns von den Freuden des Toyi-Toyi (ein Tanz zu rhythmisch gesprochenen politischen Texten; d.R.) und des Skandierens von Losungen hin zur harten Arbeit des Wiederaufbaus der Straßenkomitees bewegen.

**T. MANUEL:** Ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Der Toyi-Toyi spielt eine wichtige Rolle. Aber ich habe Angst, daß unser Kampf oft nur in Losungen und Liedern stattfindet. Wir müssen vielmehr unsere politischen Wurzeln ausbreiten und vertiefen.

Um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Lösung: „Long live the spirit of no-compromise“ (Hoch lebe der Geist der Kompromißlosigkeit) ist eine besonders attraktive und populäre Lösung. Aber was bedeutet das? Beantwortet diese Lösung Fragen, die auftauchen werden, wenn wir eine Situation haben, in der wir verhandeln können?

Ich will keinen Ausverkauf, und ich habe großes Vertrauen in den Prozeß, der sich zur Zeit entfalten könnte. Aber die Frage von Verhandlungen ist zugleich eine Frage von Kompromissen. Die Frage nach dem Inhalt von Kompromissen muß gestellt werden.

Entscheidend ist die ideologische Klarheit der Bewegung und die Stärke ihrer Massenbasis. Geben wir uns aber mit Lösungen und Liedern zufrieden, führt das schließlich zur Verwirrung der Massen und bereitet letztlich der Konterrevolution den Boden.

**FRAGE:** Der neue Präsident F.W. de Klerk hat sich noch vor den Wahlen sehr bemüht, das Bild Südafrikas im Ausland aufzupolieren. Wie wird es nach den Wahlen aussehen?

**T. MANUEL:** De Klerk befindet sich in einer echten Zwickmühle. Er muß nach zwei Seiten zugleich spielen: für die internationale Gemeinschaft und die Weißen im Land. Beide Seiten haben sehr unterschiedliche Anforderungen an ihn. Mit der „defiance“-Kampagne versuchen wir einen Keil zwischen diese beiden Seiten zu treiben. Und wenn man den Baum kräftig genug rüttelt, wird die Frucht fallen, fragt sich nur, auf welche Seite des Zauns. Wir entschuldigen uns aber nicht dafür, daß wir versuchen, de Klerk das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Über das Treffen mit Präsident Kaunda hat de Klerk es zum Bruch mit P.W. Botha kommen lassen. De Klerk muß sich mit Kaunda treffen, um ihm mitzuteilen, daß Verhandlungen bei ihm irgendwo auf der Tagesordnung stehen. Mehr als das wird er allerdings nicht sagen können. Er muß diesen Schritt tun, damit im nächsten Jahr die Schulden Südafrikas im Ausland gestundet und die Aussicht auf neue Sanktionen minimiert werden.

Die Drohung neuer Sanktionen ist sehr real bei dem Druck der OAU, der UNO, des Commonwealth und vielleicht auch der EG auf Thatcher, die eine wichtige Rolle in dieser Frage spielt. Für uns ist es wichtig, daß de Klerk gezwungen ist, auf eine bestimmte Art und Weise zu handeln.

**FRAGE:** In der kurzen Zeit meines Aufenthalts in Kapstadt habe ich eine sehr kämpferische Atmosphäre miterlebt. Man konnte den Eindruck bekommen, der Kampf um die Macht dauert nicht mehr lange. Zuversicht und Hoffnung sind wichtige Komponenten in der Bewegung, aber ist da nicht auch die Gefahr, daß bei Rückschlägen Illusionen zerstört werden, was zur Resignation führen kann?

**T. MANUEL:** Deshalb betone ich immer wieder die Frage des



Aufbau solider Strukturen an der Basis.

Hoffnung ist eine sehr, sehr wichtige Sache. Sie hält die Menschen aufrecht, bewahrt sie vor Desillusionierung. Wenn wir den Massen nicht verdeutlichen können, daß wir die Sieger sein werden, haben wir nichts. Ja, unsere Organisation und unsere Disziplin müssen besser sein als die des Gegners, wir müssen viel mehr Zuversicht ausstrahlen als der Gegner.

Was hat die andere Seite schon zu bieten? F.W. de Klerk bestreitet diese Wahlen ja nur, weil er nicht anders kann. Er weiß, daß das Dreikammerparlament für die Ziele seiner Partei nutzlos geworden ist. Was er braucht, ist eine Art afrikanische Mitarbeit. Die Leute, die ihm dafür zur Verfügung stehen, sind aber diskreditiert. Auch Gatsha Buthelezi ist diskreditiert, doch sogar der sagt, daß er sich nur beteiligt, wenn Mandela dabei ist.

Was macht de Klerk? Er vermittelt den Eindruck, als werde er Mandela freilassen. Aber wenn Mandela sagt, beteiligt euch nicht, werden sogar die diskreditierten Individuen, die sich bereits zur Verfügung gestellt haben, sich wieder zurückziehen.

Das Regime hat keine politische Vision, es kann nichts mehr beweisen. Und das gibt uns große Möglichkeiten, die wir selbstbewußt nutzen müssen, um mehr Menschen in unseren Kampf einzubringen.

beziehen und unsere Organisationen wieder aufzubauen.

**FRAGE:** Nach Beratungen mit der MDM im Lande hat der ANC der OAU einen Fahrplan für den Weg zu Verhandlungen vorgelegt. Die OAU hat diesen Plan angenommen (siehe Kasten zur OAU-Erklärung; d. Red.). Dies war auch in allen südafrikanischen Medien zu lesen und zu hören. Wie wertest Du diesen Vorgang?

**T. MANUEL:** Meiner Meinung nach ist für uns der Zeitpunkt nicht günstig, die Frage von Verhandlungen aufzuwerfen. Der Zeitpunkt ist mehr im Interesse der Regierung, vor allem aber im Interesse des Imperialismus. Aber die allgemeine ökonomische Lage sowie der Grad der Zerstörung, die Südafrika durch Krieg und Destabilisierung den Wirtschaften der Länder im Süden Afrikas zugefügt hat, geben dem Imperialismus einen Hebel, über den er Druck auf den ANC ausüben kann.

Der ANC war noch nie gegen Verhandlungen. Sogar nach seinem Verbot, bei der All-in-Konferenz 1961 gab es die Forderung nach einer nationalen Versammlung (national convention). Erst als diese Forderung unerfüllt blieb, kam der Ruf nach internationalen Sanktionen. Auch in den Jahren danach habe ich keine ANC-Position gegen Verhandlungen entdecken können. Wir müssen nur dafür sorgen, daß die Bedingungen für Verhandlungen geschaffen werden. Und hier unterstreiche ich noch einmal, daß eine gut organisierte Basis gewiß in unserem Interesse ist.

Ich denke, daß besonders in der Endphase des Kampfes die ideologische Auseinandersetzung immer schärfer wird. Der Staat braucht eine starke Wirtschaft, um die Mittel für das aufzubringen, mit dem er glaubt, die Herzen und Hirne der Menschen gewinnen zu können. Wir setzen dem bestimmte ideologische Grundsätze und Ziele entgegen. Das ist für uns eine unvermeidbare Situation, die eine gut organisierte Basis verlangt, sowohl in den Fabriken als auch in den Wohngebieten, in den Bildungseinrichtungen usw. Wenn wir also sagen, wir wollen mehr legalen Spielraum, so tun wir dies, um unsere Basis zu stärken.

Ich kann mir aber vorstellen, daß diese Situation noch sehr lang dauern wird. Die Verhandlungen über Vietnam dauerten von 1968 bis 1976, eine Zeitspanne, in der nicht nur geredet, sondern zugleich hart gekämpft wurde. Unser Kampf kann den gleichen Weg gehen wegen der strategischen Bedeutung Südafrikas für den Imperialismus.

die all jene zusammenführt, die das Prinzip „Eine Person, eine Stimme“ in einem vereinigten, demokratischen Südafrika unterstützen, ist jetzt umso dringlicher. Eine solche Front sollte sich um ein gemeinsames Sofortprogramm zusammenschließen, das u.a. fordert:

- Die bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen!

- Das Ende des Ausnahmezustands!

- Den Abzug aller Truppen aus den Townships!
- Die Aufhebung des Bans über den ANC, die SACP (Südafrikanische Kommunistische Partei) und alle anderen Volksorganisationen!

- Die Aufhebung aller politisch repressiven Gesetze!

- Die bedingungslose Beendigung aller politischen Prozesse und Hinrichtungen!

- Die bedingungslose Freilassung aller politischen Häftlinge!

- Rettet das Leben der Patrioten, die gegenwärtig von einer Hinrichtung bedroht sind!
- Zerschlägt das Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen!

Den Kern einer solchen Front sollten die Vereinigte Demokratische Front, die COSATU und die anderen demokratischen Gewerkschaften und Gemeinschaftsorganisationen der Unterdrückung bilden. All jene, die sich zu den Prinzipien und Zielen der Vereinigten Front bekennen, unabhängig von ihren früheren Mitgliedschaften, sollten auch einen Platz in ihren Reihen finden.

## Erklärung des ANC

# Über die gegenwärtige Lage

Auf einer Tagung in Lusaka (Sambia) befaßte sich das Nationale Exekutivkomitee des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) mit der aktuellen Lage nach den Wahlen und dem Regierungsantritt de Klerks. Am 22. September d.J. verabschiedete das Gremium folgende Erklärung.

Die Botschaft, die unserem Land und der Welt durch die kämpferischen, landesweiten Aktionen gegen die Drei-Kammern-Wahlen, gegen das Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen (labour relations amendment act), den Ausnahmezustand und das gesamte System der rassistischen Herrschaft übermittelt wurde, lautet: Die Apartheid muß zerstört, nicht verbessert werden.

Die Drei-Kammern-Wahlen von 1989 werden nicht wegen der Rückschläge, die die Nationale Partei bei der Abstimmung erlitt, in Erinnerung bleiben, sondern wegen der Streiks, der Boykotte und der Barrikaden am 5. und 6. September. Was auch immer am 6. September geschehen sein mag, die überwältigende Mehrheit der Südafrikaner hat mit ihren Füßen für Freiheit, Demokratie

und Nichtrassismus gestimmt.

Die landesweite Arbeitsniederlegung von mehr als 3 Mio Arbeitern, die Massenkampagne des zivilen Ungehorsams (mass defiance campaign) die ihr vorausging, die beeindruckenden Straßendemonstrationen, bei denen Tausende unserer Menschen hinter ANC-Fahnen vereint waren, die Demonstrationen an Stränden und Krankenhäusern, der Klassenboykott von Millionen Schülern – all dies zeigte die Entschlossenheit unseres Volkes, das Apartheidregime zu beenden. ( . . . )

Die großmäulige Rhetorik de Klerks bei seiner Amtseinführung bestätigt einmal mehr unsere feste Überzeugung, daß ein weißes Minderheitsregime weder über den Willen noch die Fähigkeit verfügt, eine grundlegende Veränderung Südafrikas herbeizuführen. Die Versprechungen, während seiner fünfjährigen Amtszeit Veränderungen durchzusetzen, sind ebenso leer wie unverträglich. Noch bevor de Klerk den Amtseid ablegte, hatte der Sprecher des Regimes wiederholt deutlich gemacht, daß alles, was sie zu tun beabsichtigten, die Verschönerung der Apartheid ist,

die unter dem Deckmantel von Gruppenrechten ihren wesentlichen Inhalt bewahren wird. Die Rede des rassistischen Präsidenten ist vor allem an die internationale Gemeinschaft und Verbündete der Apartheid gerichtet, von denen er einen Zeitaufschub erhofft mit der Bitte, daß er eine Chance brauche, um seine Versprechen zu erfüllen.

Die Massaker, mit denen de Klerk seine Amtszeit einläutete und seine unverhohlene Drohung, eine Unterdrückungspolitik gegen das Volk beizubehalten, bezeugen die Gewalt, die dem System innewohnt, welchem er vorsteht. Er hat deutlich erklärt, daß er dem ausgetretenen Pfad seiner Vorgänger folgen wird – Reden und immer Reden über Veränderungen, zusammen mit massiver Unterdrückung zu Hause und von Aggressionsakten gegen Südafrikas Nachbarn.

Wir wiederholen, daß diese unnachgiebige Haltung uns keine andere Möglichkeit läßt, als unsere vielfältige Offensive, einschließlich ihrer bewaffneten Komponente, kontinuierlich zu steigern, um das System der rassistischen Tyrannie zu stürzen.

Obwohl de Klerk von einer „Botschaft der Hoffnung“ spricht, ist die seines tatsächlich eine Botschaft der Verzweiflung, die die tiefe und unüberwindbare Krise des Apartheidregimes widerspiegelt. Die undemokratischen Wahlen vom 6. September haben daran nichts geändert und können das auch nicht.

Das Kampffeld, auf dem wir uns dem Feind

ABDUL S. MINTY

## Illegal Rüstungsgeschäfte mit der Apartheid

**Die BRD ist immer dabei!**

„Keine Geschäfte mit Apartheid!“ So lautete das Motto eines Kongresses in Kiel vom Juni d.J., der vor allem neueren Informationen zur U-Boot-Affäre der Firmen HDW/IKL nachging. Der Südafrikaner Abdul S. Minty, Direktor der „Weltkampagne gegen militärische und nukleare Kollaboration“ in Oslo, war einer der Hauptredner. Er kam auf das bindende Waffenembargo der UNO gegen das Apartheidregime zurück.

**D**as Waffenembargo wurde schon 1963 von den Vereinten Nationen verhängt. Weitere Entscheidungen dazu fielen 1964, 1970 und in den folgenden Jahren fast jährlich. Dieses Embargo wurde aber von vielen Staaten nicht eingehalten. Deshalb konnte der südafrikanische Militärapparat schnell wachsen.

Als die Krise in Südafrika dann zunahm und das südafrikanische Militär echte Kriege gegen Angola, Mosambik und Simbabwe führte, wurde der Ruf nach einem bindenden Waffenembargo entsprechend der Charta Nr. 7 der UNO so groß, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 1977 ein verbindliches Embargo verhängte. Die Bundesrepublik war zu diesem Zeitpunkt Mitglied des UN-Sicherheitsrates und hat die Resolution mitentworfen.

Es herrscht internationale Übereinstimmung darüber, daß dieses Waffenembargo gegen Südafrika mit die wichtigste Entscheidung im Kampf gegen die Apartheid war und ist. Und wenn wir die westlichen Staaten wegen ihrer Kollaboration mit Südafrika anklagen, verweisen sie oft auf das Waffenembargo und sagen uns, daß sie es unterstützen.

Das Waffenembargo von 1977 ist aber nicht so gut, wie viele von uns sich das wünschen. 1977 verwies ich vor der UNO schon darauf, daß noch weitere 14 Punkte von diesem Embargo eingeschlossen werden müßten.

Aber selbst dieses schwache Embargo, wenn es nur eingehalten würde, könnte den südafrikanischen Militärapparat buchstäblich lähmeln und die meisten südafrikanischen Waffensysteme unbrauchbar machen. Aber dieses Embargo wird von vielen westlichen Ländern und von Israel, Chile und Taiwan laufend verletzt.

Der Handel mit Waffenprodukten von Regierungen wird heimlich erlaubt und die genaue Zahl und Art dieser Lizenzen wird natürlich nie veröffentlicht. Wenn wir eine Verletzung des Embargos herausfinden und die betreffende Regierung, wie die Bundesregierung in Bonn, darauf ansprechen, hören wir oft die folgenden Antworten:

„Dies ist ein Mehrfach-System, das zivil und militärisch genutzt werden kann.“ Oder: „Dies ist ein ausschließlich ziviles System.“ Oder: „Dies ist ein System, das ursprünglich nicht für den militärischen Gebrauch entworfen wurde.“ Oder: „Wir haben eine Erklärung aus Südafrika, daß sie dieses Waffensystem nicht für militärische Zwecke gebrauchen werden.“

Und dann verkaufen sie dieses Waffensystem ganz offen und sozusagen legal. Die U-Boot-Pläne gehören nicht zu dieser Kategorie, da der Verkauf niemals lizenziert worden ist.

Wir finden die bundesdeutschen Gesetze im Zusammenhang mit dem U-Boot-Skandal sehr merkwürdig. Als wir an Dr. Genscher und die Bonner Regierung schrieben, bekamen wir Briefe zurück, die das U-Boot-Geschäft ganz klar als illegal bezeichneten. Daraus konnte man schließen, daß die Regierung der Bundesrepublik, die diese Geschäfte als illegal und als Verstoß gegen Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats einstuft, irgendeine Art von Strafverfolgung erwägt. Aber dann zeigten uns die Regierungsvertreter in Bonn Gesetze, die besagen: Wenn illegale Geschäfte dieser Art passieren,



BRD-Kritiker Abdul Minty; Unimogs, bundesdeutsche Rüstungsexportgüter für den Apartheidsstaat

die nicht direkt die Sicherheit der BRD bedrohen, dann muß nachgewiesen werden, daß sie die Außenbeziehungen der BRD schädigen, damit eine Strafverfolgung einsetzen kann.

Es reicht also nicht aus, daß eine kriminelle Tat stattfindet. Um sie verfolgen zu können, muß der BRD auch ein Schaden zugefügt worden sein. Ob ein solcher Schaden vorliegt, entscheidet die Regierung oder der Staatsanwalt. Dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird da scheinbar nicht getraut. Die Bundesrepublik ist das einzige Land der Welt mit einem solchen Gesetz.

Es gab also keine offizielle Strafverfolgung. Viel später, 1988, bekamen wir dann einen weiteren Brief von Genscher, in dem stand, daß das ganze Geschäft eigentlich nicht so illegal gewesen sei. Was also vorher illegal war, war jetzt plötzlich rechtens. Wenn man diesen U-Boot-Fall genau studiert, merkt man, wie weit die Behörden und die Regierung bereit sind, die bestehenden Gesetze zu missbrauchen, um nicht die Schuldigen bestrafen zu müssen, die gegen das UN-Embargo verstößen haben.

In den 80er Jahren, bei den Unruhen in Soweto, hat die Bundesregierung zugelassen, daß MBB-Hubschrauber direkt an die südafrikanische Polizei und an die Homelands verkauft wurden. Daimler-Benz verkauft nicht nur fertige Unimogs, sondern hilft auch dabei, militärische Güter in Südafrika zu produzieren.

Im letzten Jahr hat die Regierung der BRD sogar erlaubt, drei Multi-Sensor-Plattformen von MBB zu exportieren. Zwei konnten wir stoppen, eine wurde tatsächlich verkauft. Das Problem war, daß die Bundesregierung mal wieder sagte, dabei werde nicht gegen ein

Gesetz verstößen, der Handel sei also legal.

Die Hubschrauber sind ein klarer Beweis dafür, daß gegen die UN-Resolution verstößen wurde, weil diese im Wortlaut sagt, daß paramilitärische Polizeiausrüstung unter das Embargo gegen Südafrika fällt. Man hätte leicht verstehen können, daß die südafrikanische Polizei diese Hubschrauber zu paramilitärischen Zwecken braucht. Die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm weiß ganz genau, wozu die Helikopter gebraucht werden. Auch die Regierung in Bonn weiß das.

Wenn wir sie aber darauf ansprechen, bekommen wir einen Brief zurück, in dem steht, die Hubschrauber seien zivile Transportmittel. Wenn ihre Gesetze so ausgelegt werden, daß diese lebenswichtigen Dinge an das Apartheidregime geliefert werden können, dann kollaboriert die BRD nicht nur militärisch mit Südafrika, sondern trägt auch direkt dazu bei, daß die Apartheid gegen die Kinder Südafrikas durchgesetzt wird. Diese Hubschrauber werden nämlich als Kampfhubschrauber gegen die Menschen in den Ghettos eingesetzt.



Keine Firma, keine Person, keine Regierung wird von der UNO aufgefordert, diese mörderischen Dinge zu liefern. Wir bräuchten also eigentlich kein Embargo, das besagt, man solle Mörder nicht helfen. Die Vereinten Nationen sollten Ihnen nicht sagen müssen, was richtig ist. Es sollte normal sein, Verbrechern nicht zu helfen. Wir brauchten aber ein solches Embargo, weil es eben leider normal war, Waffen nach Südafrika zu liefern.

Noch etwas wichtiges für die Bundesrepublik: Seit den 60er Jahren baut Südafrika langsam eine eigene Waffenindustrie auf. Alle Untersuchungen haben klar bewiesen, daß es vor allem die Firmen der Bundesrepublik Deutschland sind, die dabei helfen. Die westdeutsche chemische, technische und elektronische Industrie hat sich über Jahre systematisch in Südafrika eingeschlichen. Der militärisch-industrielle Komplex Südafrikas könnte ohne die bundesdeutschen Firmen nicht bestehen. Siemens, Daimler und viele andere sind wirklich Partner des Apartheidregimes geworden. Und sie wußten ganz genau, was sie da taten. Obwohl sie sagen, es sei legal gewesen, haben sie den Militärapparat Südafrikas wesentlich mitaufgebaut.

Sie wissen, daß mindestens 100 000 südafrikanische Soldaten in Namibia waren. Angola war teilweise militärisch besetzt. Nun müssen sie sich nach Angola auch aus Namibia zurückziehen. Man könnte erwarten, daß die Militärausgaben Südafrikas nun geringer werden, zumal das Budget ohnehin knapper wird.

Aber während Südafrika seit 12-18 Monaten viel vom Frieden redet, während Kohl und Thatcher und Reagan davon sprachen, daß

nun endlich Frieden komme in der Region, weil es eine neue Entwicklung in Südafrika gebe, währenddessen hat das Regime unbemerkt massiv aufgerüstet.

Im letzten Jahr haben wir bei der Commonwealth-Konferenz in Kanada allen Außenministern eine deutliche Warnung mitgegeben. Wir haben von einer neuen Aufrüstung Südafrikas gesprochen und die Dringlichkeit eines wirklichen Waffenembargos betont. Niemand hat uns geglaubt. Jetzt, im März 1989, sahen wir die neuen Zahlen für das Militärbudget in Südafrika schwarz auf weiß: Von 8 Mrd Rand im Vorjahr ist es auf 10 Mrd Rand für das laufende Jahr angestiegen. 22 % Anstieg, obwohl sie sich aus Angola und Namibia zurückziehen müssen.

Im letzten Jahr wurden 70 % dieses Budgets für eigentliche Militäroperationen ausgegeben. Es blieb also wenig Geld übrig, um Waffen zu kaufen, sogar die aus der eigenen südafrikanischen Produktion. So kam insbesondere die Luftwaffe in Schwierigkeiten. Es wurde also 1988 beschlossen, daß 62 % des Militärbudgets für die Anschaffung neuer Ausrüstung gebraucht werde, für die Luftwaffe sogar 74 %. Das wiederum hieß, daß für das Kriegsführen weniger Geld zur Verfügung stand, weil nämlich gleichzeitig auch keine neuen Kredite auf dem Weltmarkt zu bekommen waren.

Diese militärische Krise, dann die zunehmende Übermacht der angolanisch-kubanischen Truppen und die Tatsache, daß sie keine Kredite mehr bekamen, hat dann zur Aufgabe Angolas und Namibias geführt. Es war eine erhebliche Niederlage für das Apartheidsystem.

Das Waffenembargo, so schwach wie es ist, hat dabei eine große Rolle gespielt. Jemand, der am Frieden im Südlichen Afrika interessiert ist, sollte also dieses Embargo noch stärken. Aber das geschieht nicht, und Südafrika bereitet schon einen noch größeren Krieg vor. Sie rechnen sich aus, daß nach der Unabhängigkeit Namibias und nach dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola die Region wieder militärisch destabilisiert werden kann.

Was sind die Pläne? Die Luftwaffe wird vor allem mit israelischer Hilfe modernisiert. Vor Walvis-Bay fand die größte Seeübung der Geschichte Südafrikas statt, wobei erstmalig auch die Landung von Seetruppen zur Besetzung eines Landes geprobt wurde. Die U-Boote werden gebraucht, um Angriffe gegen afrikanische Länder zu starten, die alle keine gute See-Verteidigung haben. Dies insbesondere gegen Länder wie Tansania, die unsere ANC-Mitglieder aufnehmen.

Im Februar 1989 mußten wir die Regierung Simbabwes darüber informieren, daß die neuen Cheetah-Kampfflugzeuge der südafrikanischen Luftwaffe direkt an der Grenze stationiert worden waren. Die Nachbarländer sind bedroht.

Der gesamte militärische Bereich in Südafrika ist von bundesdeutschen Firmen durchsetzt. Bei Militär-Konferenzen in Südafrika ist die Bundesrepublik immer stark vertreten.

Südafrika ist nicht unabhängig bei der Waffenproduktion. Der Militärapparat braucht für die komplizierten Waffensysteme unbedingt ausländische High-Tech-Teile. Diese werden einzeln aus dem Ausland beschafft und in Südafrika zusammengebaut. Dann behaupten sie, es sei eine südafrikanische Produktion. Da diese Importe aus dem Ausland und damit die Abhängigkeiten zwangsläufig zunehmen, da die Produktion immer moderner wird, wird Südafrika aber auch immer empfindlicher gegen ein Waffenembargo.

Südafrika hat auch die Atombombe, und auch dabei ist die Bundesrepublik beteiligt. Der Weltfrieden ist also von Südafrika bedroht. Dagegen müssen wir etwas tun. Und das kann nur durch die Beendigung des Apartheidsystems geschehen. Wir sind in einer entscheidenden geschichtlichen Phase in Südafrika. Wenn wir die Regierung Südafrikas empfindlich treffen, und das ginge sehr gut durch ein militärisches Embargo, können wir nicht nur die Bedrohung der Nachbarstaaten verringern, sondern wirklich einen Beitrag zur Abschaffung der Apartheid leisten.

Die meisten von Ihnen sind gegen Apartheid, unterstützen die Frontstaaten, unterstützen den ANC, wollen Sanktionen, aber das zu wollen ist nicht genug. Sie müssen mobilisieren und durch Aktionen eine Allianz mit den Friedenskämpfern des Südlichen Afrikas bilden. Nur Taten werden dieses Bündnis begründen und die Apartheid zu einem schnellen Ende bringen.

MARIANNE KOLTER

Wahlgang in die Unabhängigkeit

# Fußfallen für die SWAPO

Vom 7.-11. November d.J. soll in Namibia gewählt werden. Das Wahlergebnis wird spätestens drei Tage nach der Wahl bekanntgegeben.

Auf dieses Vorgehen einigten sich der südafrikanische Generaladministrator für Namibia, Louis de Pienaar, und die UN-Hilfsgruppe UNTAG Ende September d.J. Damit ist eines der vielen Hindernisse auf dem Weg zu „freien und fairen Wahlen“ für eine verfassungsgebende Versammlung für Afrikas letzte Kolonie hinfällig.

Die südafrikanische Wahlvorstellung hatte keinen Termin für die Bekanntgabe des Wahlergebnisses vorgesehen. Auch andere Bestimmungen zur Wahldurchführung (zentralisierte Auszählung der Stimmen, Kenntlichmachung der Wahlumschläge durch die Registrierungsnummer der Wählenden, mangelnde Beobachtung der Wahl und der Stimmenauszählung durch die UNTAG und die Parteien) konnte Südafrika nicht durchsetzen. Der südafrikanische Generaladministrator hat immerhin das Recht zur Gesetzes- und Erlassvorlage für alle jetzt in Namibia stattfindenden Vorgänge um die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung sowie die Verwaltungshoheit über das Land. Allein diese Merkwürdigkeit macht deutlich, wie weit die Verhandlungsparteien dem Apartheidstaat entgegengekommen sind, um einen Weg zur Umsetzung der UN-Resolution 435 aus dem Jahr 1978 zu finden.

Der Generaladministrator nutzt seine weitgesteckten Kompetenzen weidlich aus. Zur Verwunderung zahlreicher BeobachterInnen des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia legte er u.a. ein Gesetz vor, das die zu wählende verfassungsgebende Versammlung an Rechtsvorstellungen Südafrikas binden soll (Proklamation Nr. 91 vom 21.7.1989). In diesem Gesetz behielt er sich das Recht vor, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verfassung von seiner Zustimmung abhängig zu machen.

Auch die erste Einberufung der zu wählenden Versammlung, deren Vorsitz bis zur Wahl eines Präsidenten oder einer Präsidentin sowie weitere Rechte innerhalb der Versammlung will der Generaladministrator für sich. Auf die Verwaltungshoheit will er nicht verzichten bis zum Inkrafttreten der Verfassung. (1)

Der Ausgang der Auseinandersetzung um diese südafrikanischen Vorschläge ist

noch offen. Da sie in weiten Teilen der UN-Resolution 435 widersprechen, müßte der Beauftragte der UNO, Martti Ahtisaari, Südafrikas Ansprüche hier zurückweisen.

Die Registrierung der WählerInnen (bis zum Stichtag 23.9.1989 hatten sich etwa 700.000 Wahlberechtigte eingeschrieben (2)) bot vielen Anlaß zur Kritik an der UNO und ihrem Sonderbeauftragten. Boten doch die, ebenfalls von Südafrika entwickelten Kriterien zur Zulassung zur Wahl ausrei-

**MIT EINER POLITIK DER NATIONALEN VERSÖHNUNG WILL DIE SWAPO DIE IM KRIEG UNTER DER NAMIBISCHEN BEVÖLKERUNG AUFGERISSENEN WUNDEN SCHLIEßen HELFEN.**

chend Möglichkeiten, Menschen zu NamibierInnen zu erklären, deren wahre Interesse an diesem Land gering oder gar nicht vorhanden ist.

Wahlberechtigt ist, wer mindestens vier Jahre in Namibia lebt, ein namibisches Elternteil hat oder in Namibia geboren und 18 Jahre alt ist. Diese Kriterien gelten zum Teil auch für die SüdafrikanerInnen, die als Angehörige der kolonialen Verwaltung und Armee in Namibia waren oder sind. Es gibt zahlreiche Berichte, daß interessierte Gruppen in Südafrika Sonderzüge oder Busse in die Grenzgebiete Namibias organisierten, die „Wahlberechtigte“ zur Registrierung und Anfang November zur Wahl bringen. Es sollen auch Angehörige der Contraorganisation UNITA aus Angola als Wahlberechtigte zugelassen worden sein.

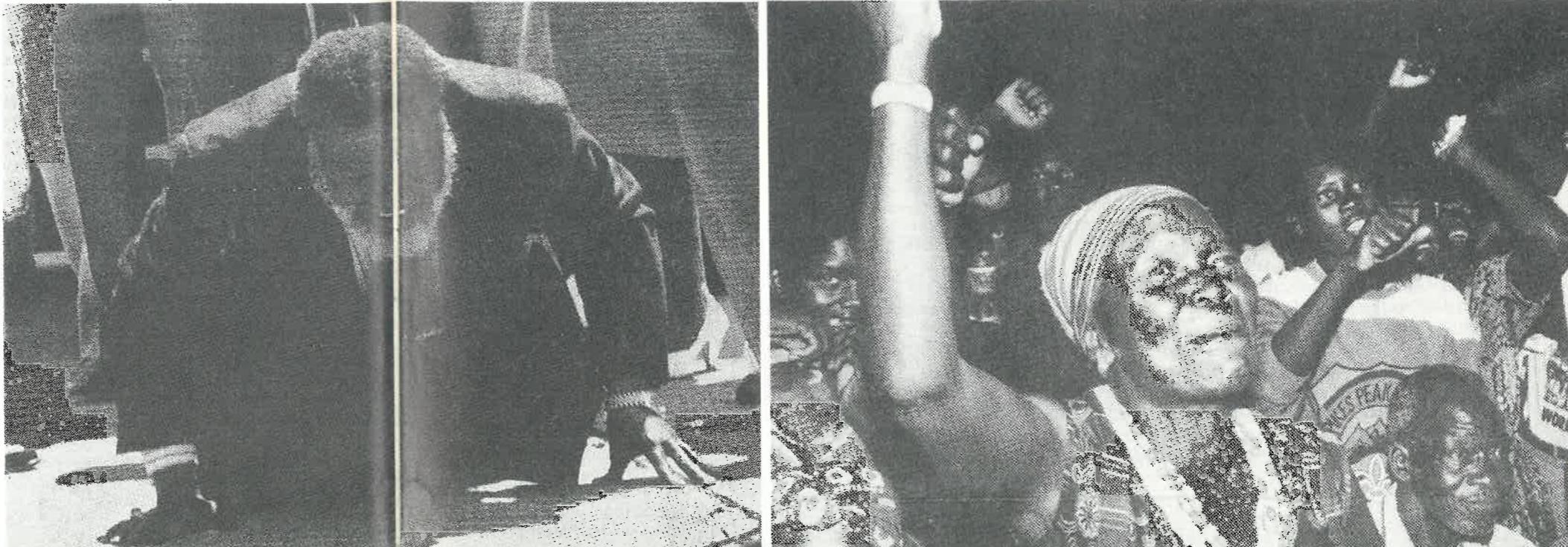
Dieser großzügigen Handhabung der Zulassung zur Wahl stehen andererseits von der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) immer wieder genannte Behinderungen und Einschüchterungen der namibischen Bevölkerung gegenüber. Die BewohnerInnen der Walvis Bay, die Südafrika völkerrechtswidrig als Teil seines Territoriums auffaßt, werden an der Registrierung behindert.

Aus dem Norden des Landes hielten sich bis zum Ende der Registrierung am 22.9.1989 Berichte über direkte Einschüchterungsversuche durch die Südwestafrikanische Polizei, der entgegen den Bestimmungen der Resolution 435 noch im Frühjahr 1989 die berüchtigten Koevoet-Sondereinheiten der Armee eingegliedert worden waren. Koevoet war und ist für die meisten NamibierInnen ein Synonym für Terror.

Angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung des Landes mit Polizei und Koevoet die jahrzehntelange Unterdrückung verbindet, kann es kein Zufall sein, daß die Wahllokale vor allem im Norden des Landes in die Nähe von Polizeistationen gelegt wurden. Gleiches gilt dafür, daß sich in ihrer Nähe bewaffnete Polizeieinheiten aufhalten, obwohl von der Befreiungsbewegung und KirchenvertreterInnen gefordert wurde, diese Registrierungsstellen sollten in die Nähe von Kirchen oder Schulen gelegt werden. Dies ist nichts anderes als psychologische Kriegsführung.

Vor den Registrierungsstellen bildeten sich lange Schlangen. Viele mußten länger als einen Tag warten, bis sie ihre Papiere erhielten. Es gab Ablehnungen, die nicht be-

SWAPO-Vorsitzender Nujoma, küßt nach seiner Rückkehr am 16.9.1989 auf dem Winhuker Flughafen namibischen Boden



gründet waren. Und es wurden Papiere ausgestellt, die nicht korrekt waren, so daß die Betroffenen von den Wahlbeamten zurückgewiesen werden können. Dies ist angesichts der hohen Analphabetenrate ein ernstes Problem, da viele die Korrektheit ihrer Papiere gar nicht überprüfen können.

Die SWAPO hat den UN-Beauftragten auf die schleppende Registrierung, auf die Einschüchterung durch die Polizei und einzelne Fälle von direkter Gewalt gegen NamibierInnen seit Beginn des Unabhängigkeitsprozesses aufmerksam gemacht. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit UNTAG wirft sie den UNO-Truppen Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit gegenüber einer wirklich freien Wahlvorbereitung vor.

Die zahlreichen Berichte lassen allerdings den Schluß zu, daß die Verantwortlichen der UNTAG vielerorts den Weg des geringsten Widerstandes gehen. Unter namibischen Verhältnissen bedeutet dies, Auseinandersetzungen mit den südafrikanischen Stellen aus dem Wege zu gehen.

Als Reaktion auf die Vorwürfe gegen Südafrika, einen ordnungsgemäßen Fortlauf des Unabhängigkeitsprozesses zu behindern, hat der UN-Sicherheitsrat am 29.8.1989 in einer Resolution (3) noch einmal die Grundsätze der Resolution 435 unterstrichen und ihre strikte Einhaltung gefordert. Um die Möglichkeiten der UNTAG-Truppen zur Überprüfung zu verbessern, wurde eine nochmalige Aufstockung auf 1500 beschlossen. Die erste Aufstockung von 500 auf 1000 hatte u.a. dazu geführt, daß 50 Angehörige des Bundesgrenzschutzes in die UNTAG-Gruppen eingegliedert wurden. Der Schritt der Bundesregierung, der UN-Forderung nach Beteiligung an der UNTAG nachzukommen, war von Seiten der GRÜNEN und der Anti-Apartheid-Bewegung abgelehnt worden.

Der Wahlkampf der Parteien hat wie die Registrierung am 23.6.1989 begonnen. Zugelassen waren bis zum 2. Oktober 11 Parteien, die die geforderten 2.000 Unter-

schriften und 10.000 Rand (etwa 7.000 DM) beibringen konnten.

Zu den zugelassenen Parteien gehören die SWAPO, die Demokratische Turnhallenallianz (DTA) sowie Bündnisse kleinerer Parteien.

Die DTA unter ihrem Vorsitzenden Dirk Mudge hat laut einer Umfrage des Arnold-Bergsträßer-Instituts/Freiburg (4) etwa 20% der Wahlberechtigten hinter sich, allerdings 70% der Weißen. Unter den Schwarzen versucht die Partei, die bereits an den Interimsregierungen von Südafrikas Gnaden beteiligt war, nach dem Motto „Wes Brot ich freß, des Lied ich sing“ Einfluß zu gewinnen.

Auf ihren Veranstaltungen gibt es Essen und Trinken und die TeilnehmerInnen gehen mit einem kleinen Geschenk nach Hause. Finanzielle Hilfen aus Südafrika und dem westlichen Ausland in Millionenhöhe ermöglichen ihr diesen Aufwand. Daß er sich lohnt, darf bezweifelt werden.

Der Wahlkampf der SWAPO, die nach der o.g. Untersuchung mit 60% der Stimmen rechnen kann, wird durch gesetzliche und illegale Mittel behindert. In den Medien, insbesondere im Rundfunk und Fernsehen, denen in einem Land mit etwa 50% AnalphabetenInnen eine besondere Bedeutung kommt, wird die SWAPO benachteiligt.

Wahlkampfveranstaltungen müssen drei Tage vorher angemeldet werden, der zuständige Polizeikommandant entscheidet über Zustimmung und Ablehnung. Spontane oder nicht genehmigte Veranstaltungen können aufgelöst werden. Nach einer „angemessenen Zeitspanne“ darf die Polizei Schußwaffen gebrauchen. Ben Amathila, Wirtschaftssekretär der SWAPO, berichtete am 2. Oktober d.J. in Bonn, daß auf einer spontanen Versammlung zu seiner Begrüßung die Polizei die Zerstreuung der Menschen innerhalb von fünf Minuten angeordnet hatte.

Die SWAPO legte ein Wahlprogramm (5) vor, das als Ziel ein einheitliches Namibia

vorsieht. Sie fordert soziale Gerechtigkeit. Zur Wirtschaftspolitik legte sie bereits im November letzten Jahres ein Positionspapier (6) vor, in dem eine gemischte Wirtschaft angestrebt wird, die insbesondere Anstrengungen zur Diversifizierung der Produktion (in Namibia gibt es fast keine verarbeitende Industrie, es ist ein reines Rohstoffexportland) unternehmen muß. Zur Umsetzung des Ziels einer gerechteren Verteilung der Einkommen wird eine Agrarreform angestrebt, die u.a. die Enteignung von ausländischem Farmbesitz sowie von Zweit- oder Drittfarmen vorsieht.

Südafrikas Strategie ist es offensichtlich, eine 2/3-Mehrheit der SWAPO zu verhindern. Erst mit dieser Mehrheit in der verfassungsgebenden Versammlung wäre die SWAPO in der Lage, auf Koalitionen mit anderen Parteien zur Verabschiedung einer Verfassung zu verzichten. Von einem absoluten Ausschluß der SWAPO aus der zukünftigen Regierung des Landes kann niemand ausgehen, doch hat Südafrika verschiedene Gründe, der Befreiungsbewegung soviele Schwierigkeiten wie möglich zu machen.

Aus innenpolitischen Gründen kann die Regierung de Klerk nicht an einem triumphalen Sieg der SWAPO interessiert sein. Zu deutlich wird die Erinnerung an den psychologischen Wert der Siege der Befreiungsbewegungen in anderen Staaten des Südlichen Afrika für den Widerstand innerhalb Südafrikas sein. Eine SWAPO-Regierung böte ferner wenig Hoffnung auf eine neokoloniale Bindung Namibias an die ehemalige Besatzungsmacht.

Gleichzeitig ist eine neokoloniale Lösung des Namibia-Problems für Südafrika billiger als der bisherige Zustand. Die Besetzung des Landes, der Unterhalt der Verwaltung belasten Südafrika, das von einer anhaltenden Wirtschaftskrise gebeutelt wird. Zudem hat die militärische Besetzung Namibias den Sanktionsdruck auf den Apartheidstaat vor allem in den USA verstärkt. Hier verspricht sich Südafrika wohl einen posi-



## Nachruf auf Anton Lubowski

Am 12. September d.J. wurde in Windhuk Anton Lubowski erschossen.

Lubowski war Rechtsanwalt. Er gehörte dem Zentralkomitee der SWAPO an und war stellvertretender Wahlkampfleiter der SWAPO. Außerdem fungierte er als Schatzmeister und juristischer Berater der Anfang der 80er Jahre reorganisierten Gewerkschaften, als Verteidiger in zahlreichen Prozessen gegen ApartheidsgegnerInnen in Namibia und Südafrika, zuletzt der in Südafrika zum Tode verurteilten 14 von Upington.

Seine Fähigkeiten als Jurist brachte er ein in die Diskussion über Gesetzes- und Verfassungspläne für ein freies, unabhängiges Namibia. Vielleicht wäre er Mitglied einer zukünftigen Regierung des Landes gewesen.

Anton Lubowski war weiß. Er war Mitglied der SWAPO, weil er in ihr die Zukunft seines Landes sah, frei von Apartheid und Besatzung. Für diese Überzeugung gab er vieles auf. In den Jahren nach seinem Eintritt in die SWAPO begegnete er der Ablehnung von vielen Weißen, die ihn meiden, seine Anwaltspraxis boykottierten, Freundschaften aufkündigten. Er erhielt Morddrohungen und entkam 1986 nur knapp einem Attentat.

Mit der Ermordung Anton Lubowskis verliert die SWAPO einen Mitstreiter, der Brücken hätte bauen können zwischen Schwarz und Weiß.

ven Effekt, wenn es den Unabhängigkeitsprozeß nicht weiterhin vollständig sabotiert, sondern mit den verbleibenden Männern Einfluß auf den Ausgang der Wahlen und auf die spätere Regierungsbildung zu nehmen versucht.

Die SWAPO versucht, mit einer Politik der nationalen Versöhnung Südafrika die Grundlagen für spätere Einflußnahmen auf Teile der namibischen Bevölkerung, insbesondere unter den Weißen und den Angehörigen der Verwaltungs- und Sicherheitsapparate, zu nehmen. Diese Politik der nationalen Versöhnung soll der Tatsache des jahrelangen Krieges Rechnung tragen, an dem sich nahezu alle NamibierInnen auf einer der beiden Seiten beteiligt bzw. unter dem sie gelitten haben.

Eine große Abrechnung, die Wunden aufreißen und das Land in ein Chaos stürzen würde, soll es nicht geben. Diese Herangehensweise soll das Werden einer namibischen Nation sichern, die bei allen unterschiedlichen Interessen sich letztlich dazu bekennt, ein unabhängiges, nicht nach rassischen oder ethnischen Kriterien geteiltes Land aufzubauen.

In diesem Rahmen sieht die SWAPO auch die Umgehensweise mit den schweren Vorwürfen, die von ehemaligen Gefangenen der Befreiungsbewegung in den Flüchtlingslagern in Angola und anderen afrikanischen Staaten gegen sie erhoben werden.

Im Laufe der Monate Juni/Juli d.J. wurden mehr als 200 Gefangene entlassen und kehrten nach Namibia zurück. Viele von ihnen berichteten von Folterungen in den SWAPO-Lagern. Sie behaupteten auch, sie hätten noch weitere Gefangene zurückgelassen.

Letztere Behauptung wurde von der SWAPO zurückgewiesen. Sie lud die UNO und internationale Organisationen wie amnesty international und das Rote Kreuz ein, die ehemaligen Lager zu besuchen. Soweit es Anfang Oktober bekannt war, konnte eine Delegation der UNO keine weiteren Gefangenen auffinden.

Die SWAPO versprach, die Vorwürfe wegen Mißhandlungen von Gefangenen zu untersuchen und entschuldigte sich.

Sie schlug jedoch eine öffentliche Untersuchung aus. Theo Ben Gurirab, außenpolitischer Sprecher der SWAPO, äußerte sich zu den Vorwürfen gegenüber der Presse: „Jeder weiß, mit welchem Erfolg die südafrikanischen Sicherheitsdienste die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika infiltriert haben. Aber niemand will heute gelten lassen, daß wir uns während des Befreiungskampfes auch gegen Verräter in den eigenen Reihen haben schützen müssen.“ (7)

Verständlich ist, daß es – insbesondere nach dem Massaker in Cassinga 1978, bei dem es Hunderte von Toten gab und das nur durch Informationen aus den eigenen Reihen, also von SpionInnen Südafrikas, möglich war – in der Befreiungsbewegung das unbedingte Bestreben gab, jede weitere

südafrikanische Infiltration zu verhindern. Die Anwendung von Foltermethoden kann aber durch nichts gerechtfertigt werden. Zudem ist zu befürchten, daß die Gefangenennahme auch Unschuldige getroffen hat.

Einige der ehemaligen Gefangenen erklärten inzwischen, ihr persönliches Schicksal sei für sie nicht der Maßstab, an dem sie die Zukunft des ganzen Landes messen wollten und beantragten Wiederaufnahme in die SWAPO. Die Untersuchung der Vorfälle sowie die Rehabilitierung aller, die unschuldig unter Spionageverdacht gestanden haben, könnten wahrscheinlich den Vertrauensverlust, den die SWAPO inner- und außerhalb Namibias erfahren hat, am ehesten wieder beseitigen.

Der namibische Kirchenrat hat hierzu bereits den Vorschlag gemacht, als Vermittlerin zwischen den ehemaligen Gefangenen und der SWAPO zu wirken, und gemeinsame Gespräche veranlaßt.

### Anmerkungen

- 1) Zu den rechtlichen Auseinandersetzungen vgl. Norman Paech, Wahlen in Namibia 1989, Bericht über eine Beobachter-Mission im Rahmen der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, Hamburg, 25.9.1989
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 23.9.1989
- 3) SWAPO, Nachrichten-Rundbrief, Bonn, September 1989
- 4) Alle Angaben zur Bergsträßer-Umfrage vgl., FAZ, 25.9.1989
- 5) SWAPO, Wahlmanifest in: Nachrichten-Rundbrief, Bonn, Juli 1989; Auszug in: Dritte Welt 10/1989, S. 21
- 6) Wortlaut in: Dritte Welt 5/1989, S. 7-8
- 7) die tageszeitung, West-Berlin, 8.7.1989
- 8) Ebenda, 2.9.1989

## Zeitschriftenschau

### Lateinamerika Nachrichten, Nr. 185/September-Oktober 1989

Schwerpunkt: Kolumbien • Kolumbiens ehrenwerte Gesellschaft • Hinter den Kulissen des Drogenkrieges • Argentinien: Menem ganz neoliberal • Nicaragua: gespalte Opposition • Bolivien: Zamora regiert, Banzer diktiert • Amazoniensolidarität oder Ökoimperialismus • El Salvador: „Alle gegen Arena!“ • Oligarchie gegen „Agrarreform“ • Mittelamerika/USA: Geistliche Kriegsführung niedriger Intensität.

Einzelpreis 5 DM; Abo 55 DM

Bezug: LN, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

### blätter des iz3w, Nr. 160/September 1989

Schwerpunkt: Welthandel mit Beiträgen zu: GATT, Liberalisierung des Weltagrargehandels, Regionalentwicklung, Ökologische Auswirkungen der Agrarordnung, Verhandlungen der Uruguay-Runde u.a. • Länderberichte über: Sri Lanka, Türkei, Thailand, Palastina • Außerdem: Lobbyarbeit oder Basisbewegung? GEPA-Diskussion, Rezensionen, Kurzberichte.

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

### ila, Nr. 128/September 1989

Schwerpunktthema: Coca und Kokainwirtschaft – KOKApitalismus • Der kultur- und sozialgeschichtliche Weg der Cocablätter von den ausgebeuteten Backentaschen bolivianischer Minenarbeiter bis in die Chemielabors der Kokainbarone • Rauschgiftabhängigkeit der Wirtschaften von Peru, Bolivien und Kolumbien • US-Strategien gegen den „Narco-Terrorismus“ • Frauen als schwächste Glieder der Kette im internationalen Kokainhandel • Kolumbien und seine KOKA-Lumpen • Die zwielichtige Rolle des „Leuchtenden Pfades“ im Huallaga-Tal, Peru • Berichte und Hintergründe: Cubas Drogenaffäre im Jahre 30 der Revolution • 100 Tage Christiano (ARENA)-Regierung in El Salvador • Panama und Bolivien nach den Wahlen • Interview mit Bernardo Jaramillo, Vorsitzender der kolumbianischen „Unión Patriótica“ • Nachruf auf den kubanischen Poeten Nicolás Guillén • Länderberichte aus Brasilien, Honduras und der anglophonen Karibik.

Einzelpreis 4 DM, Abo 40 DM

Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

### informationsdienst südliches afrika, Nr. 5/September 1989

Schwerpunktthema: Namibia • Parteidienstlandschaft vor den Wahlen • Wahlprogramm der SWAPO • Wirtschaftslage • Bergbau • Verschuldung • Aktivitäten von NGOs in Namibia • Befreiungsbewegungen und Menschenrechte – zu den SWAPO-Gefangenen • Südafrika: Kampagne des Zivilen Ungehorsams • Positionsmappe ANC-Cosatu • Profitstrategien deutscher Unternehmen: Daimler und Laepple • Zimbabwe: Wilowvale II • Mosambik: 5. Parteikongress der Frelimo • aktuelle Ländermeldungen

Einzelpreis: 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

### Rundbrief Päd. Paulo Freire – bewußt: päd., Nr. 42/1989

Bankierskonzept der Erziehung und zum Konzept einer befreien Pädagogik • Unterdrückte in Europa und A. Boal-Theaterarbeit • Kulturelle Aktion • Rezensionen • viele Tips

Spenderwartung: 3 DM

Bezug: AG SPAK, Adlzeiterstr. 23, 8000 München 2

## ANGOLA

GIV VON KOERBER

Giftgaseinsatz in Angola?

# taz-Zusammenarbeit mit Südafrika bewiesen...

... müßte dieser Artikel heißen, wenn wir die journalistische Sorgfaltspflicht so genau nehmen würden wie Hans Branscheidt. Dies geschah in einem Artikel über den Einsatz sowjetischen Giftgases in der „tageszeitung“ (taz) vom 25. August d.J.

Hans Branscheidt, Mitarbeiter von medico international, bekommt am 25. August von der „taz“ Platz auf der Titelseite und eine weitere ganze Seite, um ein Propagandastück aufzuführen, das den reißerischen Titel „Giftgaseinsatz in Angola bewiesen“ trägt. (1) Danach sollen kubanische Truppen seit mindestens 1986 sowjetisches Giftgas auf zwei Dritteln des angolanischen Territoriums eingesetzt haben. Die Sowjetunion wolle sich damit „einen bedeutenden Vorteil für einen zukünftigen Einsatz von chemischen Kampfmitteln“ sichern.

Keine weitere Zeitung in der BRD hatte bisher etwas auf den Versuch der, von den USA und Südafrika ausgehalten Nationalunion für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA), gegeben, die kubanische Hilfe für Angola auf diese billige Weise zu diskreditieren. Dabei versucht die UNITA schon seit drei Jahren mit Beilagen in allen ihren Pressemappen, die unseriösen Berichte des belgischen Toxikologen Prof. Aubin Heyndrickx (2) an die Weltpresse zu bringen, die sonst schließlich nicht zimplisch im Umgang mit Gerüchten ist. Aber das war anscheinend für alle ein zu starker Tabak – außer für die „taz“ und Herrn Branscheidt.

Der „Spiegel“, auch nicht immer die verlässlichste Informationsquelle, belegt knapp und diesmal genau die Unhaltbarkeit der „taz“-Branscheidt-Unterstellungen. (3) Er zitiert mehrere Experten, darunter André de Leenheer, den Leiter der Genter Pharmazeutischen Fakultät, der das Heyndrickx-Institut untersteht. De Leenheer bezeichnete die Berichte seines Kollegen als „einen Witz“. In ihrer Ausgabe vom 9.9.1989 demonstrierte ein anderer Autor der „taz“, Wieland Giebel – wenn auch etwas halbherzig – die zwei Wochen zuvor aufgestellten Behauptungen. (4) Die „taz“ mußte zugeben, daß das von Heyndrickx bei seinen acht Reisen ins UNITA-Gebiet entdeckte Calciumcyanid auch in Pflanzenschutzmitteln vorkommt. Doch behauptet die taz weiter, daß zumindest ein Giftgaseinsatz, den der Fern-



Gelungener Propagandacoup: Toxikologe Heyndrickx und UNITA-Führer Savimbi (l.)

sehjournalist Andreas Holst untersucht habe, belegt sei. Der UNITA-Geheimdienstchef hatte ihn über einen Giftgasangriff informiert. Und wiederum bestätigte Heyndrickx, daß es sich bei den von Holst gefundenen Stoffen um Cyanid gehandelt habe. Eigentlich könnte damit der Fall zu den Akten gelegt werden, wenn hier nicht Mechanismen deutlich würden, die weiter reichen als der bekannte Journalistenpruch „Die älteste Nachricht der Welt ist die Zeitung von gestern“. Darüber hinaus gab es bisher schon zwei Fernsehsendungen (ARD und WDR III), in denen die Giftgasvorwürfe wieder aufgegriffen wurden.

Zunächst einmal zu den Selbstverteidigungsversuchen des Herrn Branscheidt: Bot er in seinem taz-Artikel noch an, jedem Interessierten das Beweismaterial zuzusenden, so zog er dieses Angebot bei konkreter Anfrage von zwei Seiten mit dem albernen

Hinweis auf „Datenschutz“ zurück. Es seien personenbezogene Daten in den Papieren, die er von Prof. Heyndrickx erhalten habe, und daher könne er sie nicht weitergeben. Diese Papiere waren ohne Schwierigkeiten dann aber bei Prof. Heyndrickx erhältlich. Was sollte das auch für ein Geheimnis sein, das die UNITA in ihren Pressemappen verteilt?

Schließlich räumte Branscheidt ein, falls sich die Behauptungen als falsch herausstellen sollten, müsse es sich um eine der größten Desinformationskampagnen der CIA handeln, da weder UNITA noch Südafrika über die Möglichkeiten verfügten, Giftgas einzusetzen. Wir wollen Herrn Branscheidt nicht das Recht absprechen, sich zu verteidigen, aber gegen solchen Schwachsinn müssen wir uns entschieden zur Wehr setzen. Das Atombombenschwellenland Südafrika soll nicht in der Lage sein, das zu tun,

was in kleinem Maßstab jeder Chemiestudent kann, nämlich Giftgas herstellen?

Soweit zu Branscheidt und der CIA. Vielleicht bekommt Branscheidt das Übergangsgeld, das Hermann L. Gremliza einst ausgesetzt hat für schlechte Journalisten, die bereit sind, einen neuen, ihren Fähigkeiten entsprechenden Beruf zu ergreifen.

Interessanter sind die Originalpapiere des Prof. Heyndrickx, der „Toxikologische Bericht über die zweite Mission, 15.-20. Februar 1988 in Angola (UNITA – Mr. Savimbi)“. Was Branscheidt peinlich versteckt hält, nämlich die Tatsache, daß es sich hier um eine Auftragsarbeit für den Chef der UNITA handelt, wird in den „Reports“ bereits im Titel erwähnt. Prof. Heyndrickx hat zu keinem Zeitpunkt versucht, seine Untersuchungen auf angolanischer Seite zu überprüfen.

Es bleibt die Frage, ob überhaupt Giftgas in Südangola eingesetzt worden ist. Dieser Punkt, so muß an dieser Stelle deutlich gesagt werden, ist bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht eindeutig geklärt, obwohl vieles, nicht nur die von Heyndrickx freundlich-unkritisch übernommenen „Beweise“ aus dem Arsenal des UNITA-Geheimdienstes, dafür spricht. An dieser Stelle wird der Boden schwankend und wir müssen weitere objektive Untersuchungen abwarten.

Bereits mit Datum vom 14. April 1989 erklärte das kubanische Außenministerium in einer Pressemitteilung, daß es seit der Schlacht von Cuito Cuanavale (Januar 1988) keinerlei militärische Konfrontation zwischen der UNITA und kubanischen Truppen gegeben habe und daß Kuba zu keinem Zeitpunkt und nirgendwo Giftgas benutzt hätte. Es habe sich im Gegenteil der weltweiten Ächtung von Giftgas verschlossen. (Die „taz“ mußte also gar nicht so lange auf Antwort warten, um ein kubanisches Dementi zu bekommen, wie sie noch in ihrem letzten Artikel behauptet.)

Wichtiger erscheint uns jedoch eine andere Frage, nämlich die nach dem taktischen Nutzen des behaupteten Giftgaseinsatzes. Der Einsatz von Giftgas, das mußten schon die deutschen Truppen des 1. Weltkrieges an sich erfahren, macht militärisch gesprochen, nur dann Sinn, wenn ausgeschlossen werden kann, daß die eigenen Truppen mit dem Gas in Berührung kommen. Auf eigenem Territorium oder in der taktischen Offensive wäre der Einsatz von Giftgas selbstmörderisch. Das gilt auch für den Fall, daß sich die eigenen Einheiten im Gegenwind befinden oder ein Wechsel der Windrichtung zu befürchten ist.

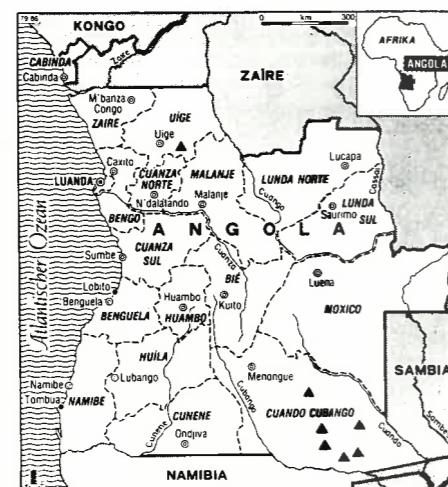
Aus einer von zwei Lagezeichnungen, die Heyndrickx seinem „Report“ beifügt, geht hervor, daß sich die „Enemy forces“, ob es sich dabei um Angolaner, Kubaner oder Guerilleros der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) handelt, ist eigenartigerweise nicht zu erkennen, eindeutig im Augenblick des Giftgaseinsatzes im Gegenwind befinden. Hätten die Gegner der UNITA, wer immer auch sie sein mögen, das Giftgas eingesetzt, müßten sie also

in Kauf genommen haben, selbst davon verletzt zu werden.

Lesen wir die Berichte des belgischen Professors und den Artikel von Branscheidt gegen den Strich und nehmen eine Pressemitteilung aus Angola, die bereits am 2. März 1983 (!) über die Ticker lief, dazu, ergibt sich ein interessantes neues Bild, das zwar immer noch keine Beweiskraft hat, aber zu denken gibt:

„Angolanische Presse Agentur (ANGOP), Harare, 2. März 1983  
Südafrikas Chemiewaffen“

Die rassistischen südafrikanischen Militäreinrichtungen setzen ihre Bemühungen fort, chemische und biologische Waffen für den Gebrauch gegen Nationale Befreiungsbewegungen oder für den Fall „kritischer Konfrontationen“ in Südafrika zu perfektionieren.



Dreiecke markieren die Orte, wo Heyndrickx Giftgasspuren gefunden haben will.

Der Zeitschrift „Resister“ zufolge, einem von Emigranten aus Südafrika publizierten Blatt, wird in verschiedenen geheimen Forschungszentren in Südafrika mit Dringlichkeit die Produktion von Waffen dieses Typs vorangetrieben.

Das Institut für Luftfahrtmedizin in Pretoria ist eines dieser Zentren. In unterirdischen Anlagen arbeitet umfangreiches Personal an geheimen Forschungsprojekten auf dem Gebiet chemischer Kriegsführung, besonders an Anwendungsmöglichkeiten für Sarin, einem hochgiftigen Nervengas. Seit 1978 ist eine geheime Fabrik im Oranje Freistaat damit beschäftigt, chemische Waffen industriell herzustellen.

In nördlichen Zonen von Transvaal, so „Resister“, wurde eine streng geheime Station eingerichtet, um mit chemischen und biologischen Waffen zu experimentieren.

Die Schule für ABC-Verteidigung der Südafrikanischen Marine im Kriegshafen von Simonstown verfolgt ähnliche Ziele.

Pretorias Regierungsstellen haben bereits praktischen Gebrauch von einiger dieser Substanzen gemacht. Verschiedentlich haben südafrikanische Truppen Kampfgase, darunter auch Nervengase, in ihrem Angriffskrieg gegen Angola eingesetzt. Die Wirkung solcher chemischer Substanzen wurde auch in Gefängnissen getestet, in denen namibische Freiheitskämpfer gefoltert werden.“

Interessant: Gerade das hier erwähnte Sarin will Heyndrickx bei seinen Untersuchungen im UNITA-Feldlazarett Mavinga festgestellt haben.

Noch in ihrem Widerruf vom 9.9.1989 will die „taz“ den peinlichen Schauplatz journalistischer Blamage nicht verlassen.

Weiland Giebel springt in die von Branscheidt hinterlassene Bresche, bevor er das Schlußwort wieder Heyndrickx überläßt: „Immerhin wird kaum abzustreiten sein, daß die Kubaner mit Giftgasdetektoren ausgerüstet waren.“ Im Zusammenhang mit der hier zitierten Agenturmeldung ist das eine durchaus verständliche Vorsichtsmaßnahme.

Von südafrikanischer Seite eingesetzt, wäre Giftgas auf angolanischem Territorium durchaus – taktisch gesehen – von Nutzen, zumindest zu einem Zeitpunkt, zu dem nicht davon auszugehen ist, daß Südafrika Angola besetzen kann. Die eigenen, südafrikanischen Truppen wären nicht gefährdet, die UNITA-Einheiten könnten zwar in Mitleidenschaft gezogen werden, würden aber damit das Gewissen von Rassisten auch nicht übermäßig belasten. Leicht kann natürlich etwas schiefgehen – Artillerie muß sich immer erst einschießen, und auch die Trefferquote von Flugzeugabwürfen liegt bekanntermaßen nicht bei 100 %.

Dann läßt sich schließlich mit dem südafrikanischen Giftgas noch eine Pressekampagne starten – vorausgesetzt, man findet leichtgläubige JournalistInnen und Redaktionen. Auch die zurückhaltende Reaktion der USA in dieser Angelegenheit würde sich so erklären: Bei aller heimlicher Freundschaft mit Südafrika gibt es keinen Grund für die USA, sich öffentlich zu deren Kriegsführung zu bekennen – zumal die Lage in Namibia und Südafrika Arbeitsteilung anzeigen sein läßt.

Der Sieg der vereinten Streitkräfte von Angola, Kuba und der SWAPO über die Truppen Südafrikas und der UNITA bei Cuito Cuanavale Anfang letzten Jahres hat zum ersten Mal Südafrika an den Verhandlungstisch gezwungen. Der Grund: Südafrika hatte Angst, der geplante Bau eines Militärflughafens in Südangola würde dazu führen, daß Pretoria die Lufthoheit über dem eigenen Territorium verliert. Das Ergebnis, das „Abkommen zwischen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba und der Republik Südafrika“ vom 22.12.1988, garantiert die Unabhängigkeit Namibias.

Zur Zeit nutzt Südafrika alle zur Verfügung stehenden „Dirty Tricks“, um den Zugriff auf Namibia dennoch nicht zu verlieren. Was liegt da näher, als diejenigen, die Namibias Unabhängigkeit ohne erkennbar eigenen Vorteil betrieben haben, zu diskreditieren? Die Giftgas-Geschichte bleibt sicherlich nicht der letzte Versuch. Schwerer ist es schon, Gutgläubige für die Propaganda von UNITA und Südafrika zu finden.

#### Anmerkungen

- 1) Siehe: Hans Branscheidt, Giftgaseinsatz in Angola bewiesen, in: die tageszeitung (taz), West-Berlin, 25.8.1989
- 2) Siehe: Prof. Dr. A. Heyndrickx, Toxicological Report on the Second Mission, February 15-20, 1988, in: Angola (UNITA – Mr. Savimbi). Manuscript des „Laboratorium voor Toxicologie criminalistiek“ der Rijksuniversiteit Gent
- 3) Siehe: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 36/4.9.1989, S. 169
- 4) Wieland Giebel, Giftgas in Angola: Propaganda oder tödliche Wirklichkeit?, in: taz, 9.9.1989

## OSTTIMOR

INTERVIEW MIT MARI ALKATIRI (FRETILIN)

# Unser Ziel sind Verhandlungen

Mari Alkatiri ist einer der Führer der Unabhängigkeitsfront Osttimors (FRETILIN) und war Premierminister der früheren Exilregierung. Er hat entscheidend zur Bildung der Nationalistischen Konvergenz, eines Zusammenschlusses der FRETILIN mit der Demokratischen Union Timors (UDT), beigetragen. Im folgenden Interview, das Beatriz Bissio führte, äußert er sich zu den diplomatischen Initiativen, die das neue Bündnis unternimmt, um die Unabhängigkeit der seit 1975 von Indonesien besetzten Insel zu erreichen.

**F**RAGE: Was ist gegenwärtig Osttimors diplomatische Stellung?

**M. ALKATIRI:** In der Vergangenheit war es unser vorrangiges Ziel, Portugal von einer Änderung seiner Haltung zu überzeugen. Es gibt gewisse verfassungsmäßige Verbindungen zwischen Portugal und der Osttimorfrage, darunter ein Artikel der portugiesischen Verfassung, der eine enge Beziehung zwischen Portugal und unserem Land begründet. Obwohl unsere Insel von Indonesien stark von wirtschaftlichen Fragen beeinflußt; es ist noch gar nicht lange her, daß die australische Regierung eine Vereinbarung mit Indonesien über die Ausbeutung der Ölreserven Osttimors getroffen hat.

Wir haben unsere Aufmerksamkeit auf die Diplomatie gerichtet, weil wir dachten, daß Portugals Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) dieses in die Lage versetzen würde, Einfluß auf andere Mitgliedsstaaten in Europa zu nehmen.

Wir haben uns jetzt auf drei Ebenen bemüht, die Weltöffentlichkeit über die schwierige Lage Osttimors besser zu informieren und Unterstützung zu gewinnen. In Washington konzentrieren wir uns auf den US-Kongress, in dem es eine wachsende Aufmerksamkeit für das Osttimor-Problem gibt. Etwa 180 Kongreßmitglieder und 40 Senatoren forderten Präsident Bush kürzlich auf, für eine Verhandlungslösung zu vermitteln. In Portugal haben wir begonnen, Pro-Timor-Gruppen zu schaffen, und

In der Vergangenheit, unter der Verwaltung von Ramalho Eanes, hatten wir eine ganze Reihe Probleme mit Portugal. Indessen haben sich unsere Beziehungen mit Lissabon gebessert, nachdem sich das Kräfteverhältnis dort verändert hatte – mit der Errichtung einer zwar rechten, aber stabilen Regierung. Sobald Cavaco Silvas Sozialdemokratische Partei die Mehrheit im Parlament gewonnen hatte, meinten wir, die Zeit wäre reif, unsere Vertretung dort zu verstärken.

Deshalb nahmen wir Gespräche mit der UDT auf, die – anders als die FRETILIN – die einzige politische Organisation ist, die seit langem in Lissabon arbeitet. Ihre ge-

wir arbeiten in engem Kontakt mit dem Parlament in Lissabon, um eine starke Lobby aufzubauen, die die Regierung und Präsident Mario Soares überzeugen soll, sich unserer Sache anzunehmen.

In Australien haben sich 20 000 timoresische Bürger organisiert, während wir versuchen, die Sympathie der Gesetzgeber und der Parteien zu gewinnen. Unglücklicherweise sind Australiens Beziehungen zu Indonesien stark von wirtschaftlichen Fragen beeinflußt; es ist noch gar nicht lange her, daß die australische Regierung eine Vereinbarung mit Indonesien über die Ausbeutung der Ölreserven Osttimors getroffen hat.

Wir haben unsere Aufmerksamkeit auf die Diplomatie gerichtet, weil wir dachten, daß Portugals Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) dieses in die Lage versetzen würde, Einfluß auf andere Mitgliedsstaaten in Europa zu nehmen.

Wir haben uns jetzt auf drei Ebenen bemüht, die Weltöffentlichkeit über die schwierige Lage Osttimors besser zu informieren und Unterstützung zu gewinnen. In Washington konzentrieren wir uns auf den US-Kongress, in dem es eine wachsende Aufmerksamkeit für das Osttimor-Problem gibt. Etwa 180 Kongreßmitglieder und 40 Senatoren forderten Präsident Bush kürzlich auf, für eine Verhandlungslösung zu vermitteln. In Portugal haben wir begonnen, Pro-Timor-Gruppen zu schaffen, und

In der Vergangenheit, unter der Verwaltung von Ramalho Eanes, hatten wir eine ganze Reihe Probleme mit Portugal. Indessen haben sich unsere Beziehungen mit Lissabon gebessert, nachdem sich das Kräfteverhältnis dort verändert hatte – mit der Errichtung einer zwar rechten, aber stabilen Regierung. Sobald Cavaco Silvas Sozialdemokratische Partei die Mehrheit im Parlament gewonnen hatte, meinten wir, die Zeit wäre reif, unsere Vertretung dort zu verstärken.

Deshalb nahmen wir Gespräche mit der UDT auf, die – anders als die FRETILIN – die einzige politische Organisation ist, die seit langem in Lissabon arbeitet. Ihre ge-

ringfügigen Unterschiede außer acht lassen, haben UDT und FRETILIN ihre Kräfte in der Nationalistischen Konvergenz vereint, um unserem gemeinsamen Ziel eines unabhängigen Timor näherzukommen. Dieser Schritt brachte auch Portugal dazu, unserer Sache mehr Unterstützung zukommen zu lassen.

In den letzten Monaten haben wir die Kommunikation mit den Inlandskräften, die mit dem Feind in Osttimor kämpften, wieder aufgebaut. Wir waren so in der Lage, die portugiesische Regierung beständig über die Ereignisse auf der Insel zu informieren. Wenn Portugal jemals Zweifel am Vorhandensein eines lebensfähigen Widerstandes in Osttimor hatte, sind sie jetzt besiegt. Überzeugt davon, daß keine Seite gewinnen kann, startete die portugiesische Seite vor zwei Jahren schließlich eine diplomatische Offensive in der EG. Im Ergebnis unterstützte die EG überwiegend die portugiesische Haltung – die u.a. das Recht des Volkes der Maubere auf Selbstbestimmung und eine Verhandlungslösung für den Konflikt fordert.

**FRAGE:** Was sind Ihre nächsten diplomatischen Schritte?

**M. ALKATIRI:** Wir planen, die verbesserten internationalen Bedingungen, die durch die Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion geschaffen wurden,

Guerilleros der FRETILIN (r.); Interviewpartner M. Alkatiri



zu nutzen. Natürlich wissen wir, daß Osttimor nicht in den Ost-West-Zusammenhang paßt, deshalb hört auch die Welt so wenig über das, was Indonesien unserer Insel anntut. Aber jüngste sowjetische Friedensbemühungen haben ja schon einige Resultate gebracht, etwa die Vereinbarungen, die eine Anzahl regionaler Konflikte beenden sollen. Die von Marokko besetzte Westsahara ist so ein Fall.

Die Timoresische Nationalistische Konvergenz hat eine Volksabstimmung auf der Insel vorgeschlagen, die weitgehend mit der, die für die Westsahara angestrebt wird, übereinstimmt. In einer Übergangsphase sollen Truppen der Vereinten Nationen die Kontrolle über die Situation übernehmen. Internationaler Druck könnte dann auf Indonesien ausgeübt werden, die UN-Resolution 37/80 zu erfüllen, die eine Lösung des

Osttimor-Konflikts durch Verhandlungen zwischen den drei betroffenen Parteien fordert – Portugal als Verwaltungsmacht, Indonesien als Angreifer und die rechtmäßigen Vertreter des Maubere-Volkes.

**FRAGE:** Fordert der Plan nicht den sofortigen Rückzug der indonesischen Truppen?

**M. ALKATIRI:** Der Plan umreißt verschiedene Alternativen für den Rückzug der Besatzungstruppen und sieht die Schaffung einer Übergangsregierung vor, die entweder eine Volksabstimmung oder allgemeine Wahlen oder irgendein anderes internationales anerkanntes Schlichtungsverfahren überwachen soll. Dieser Plan wird gemeinsam mit der UN-Resolution die Grundlage für unsere Arbeit in den nächsten Zukunft bilden.

**FRAGE:** Wurde die australisch-indonesische Vereinbarung über Osttimors Ölreser-

ven in Kraft gesetzt?

**M. ALKATIRI:** Ich glaube, in beiden Ländern haben die Parlamente ihm noch nicht zugestimmt. Aber Indonesiens Marionettenparlament wird ihm sicher zustimmen, wenn die Möglichkeit besteht. Australien ist sehr an unserem Öl interessiert und sieht in Indonesien einen bereitwilligen Partner. Tatsache ist, daß, obwohl wir große Volksunterstützung in Australien genießen, wir nie in der Lage waren, dort einen größeren Erfolg wie in Europa und in den USA zu erringen. Die Regierung in Jakarta ist jedoch von den USA und Europa abhängiger als von Australien, so daß, wenn die richtige Art von Druck auf (Präsident General T.N.I.) Suharto ausgeübt wird, diese Vereinbarung niemals Wirklichkeit wird.

(QUELLE: Third World, Rio de Janeiro, Nr. 21/August 1989, S. 32/33)

## Bischof Belo fordert Referendum

In einem Brief an den UN-Generalsekretär Perez de Cuellar hat der Bischof von Dili, der Hauptstadt Osttimors, Carlos Filipe Ximenes Belo, die Abhaltung eines Referendums über die Zukunft des Landes gefordert. Der Besuch des Papstes in Osttimor am 12. Oktober d.J. bedeutet deshalb eine Desavouierung der Haltung der katholischen Kirche in Osttimor, die sich gegen die indonesische Besatzung stellt. Er begünstigt, so die indonesische Regierung, „die internationale Anerkennung der Integration Osttimors“.

In seinem Brief vom 6. Februar d.J., der auch an den portugiesischen Präsidenten Mario Soares und den apostolischen Nuntius in Djakarta, Mgr. Canalini, geschickt wurde, schreibt Bischof Belo: „Der Entkolonialisierungsprozeß des portugiesischen Timor ist von den Vereinten Nationen noch nicht durchgeführt worden. Man sollte dies nicht vergessen... Indonesien sagt, daß das Volk Timors bereits die Integration gewählt habe. Aber das Volk Timors hat das nie gesagt. Portugal überläßt es der Zeit, das Problem zu lösen. Und wir, wir sind dabei, als Volk und als Nation zu sterben... Es gibt kein demokratischer Mittel, um den obersten Willen des timoresischen Volkes zu erfahren als ein von den Vereinten Nationen organisiertes Referendum.“

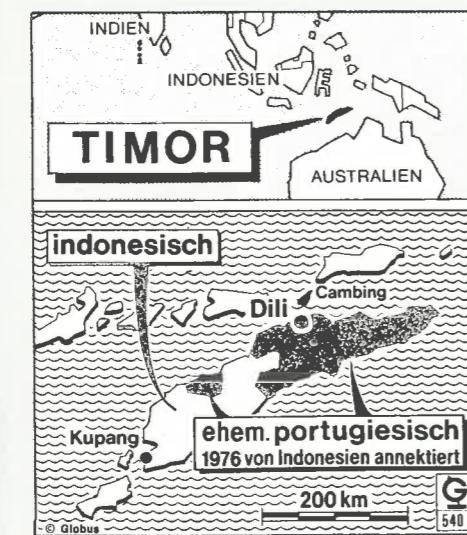
In seinem Brief an den apostolischen Nuntius zählt Belo mehrere Beispiele von Hinrichtungen, Verhaftungen und Folterungen auf. Er führt nur einige Namen auf, denn „es wäre eine lange Litanie von Morden, die im Namen der Sicherheit begangen wurden“. In der Tat, denn aufgrund der Verfolgungen seit dem indonesischen Einmarsch 1975 ist die Zahl der Einwohner nach Angaben der Kirche von 680 000 auf heute 425 000 zurückgegangen.

Um zu verhindern, daß die Forderung nach einem Referendum, die auch gemeinsam von den Befreiungsbewegungen FRETILIN und UDT unterstützt wird, in Osttimor und international an Zustimmung gewinnt, reagierte das indonesische Regime mit einer neuen Verhaftungswelle. Insbesondere in Dili sowie in Baucau wurden Berichten zufolge ca. 80 Menschen zwischen Februar und Juni d.J. vom Militär verhaftet.

Pater Joao de Deus, Sekretär des Bischofs und Angehöriger der salesianischen Kongregation Don Bosco, wurde so schwer gefoltert, daß er ins

Militärkrankenhaus Lahane in Dili verlegt werden mußte, wo er sich bis heute befindet. Da er völlig von der Außenwelt abgeschirmt wird – er darf keinen Besuch empfangen –, wird befürchtet, daß ihn das gleiche Schicksal ereilen kann wie Pater Antonio Maya, der 1983 im Krankenhaus Bobonaro vergiftet wurde. Joao de Deus wird vorgeworfen, als Sekretär des Bischofs den Brief an Perez de Cuellar geschrieben zu haben.

Die Initiative von Bischof Belo stieß in Osttimor sofort auf große Unterstützung. Viele Geistliche stellen sich namentlich hinter ihn. Es heißt, der indonesische Verteidigungsminister, General Benny Murdani, wolle dafür sorgen, daß Belo zurücktrete. Bischof Belo ist in Dili ständiger Kontrolle unterworfen. Das Telefon wird abgehört, und die Post kontrolliert. Belo beklagte sich, daß



(QUELLE: Initiative für die Menschenrechte aller Bürger der ASEAN-Staaten (IMBAS, Postfach 60 04 22, 6000 Frankfurt 60), 25.7.1989, und Le Monde Diplomatique, Paris, September 1989)

wichtige Briefe „verschwänden“ und dadurch selbst humanitäre Hilfe unterbunden werde. Auf diese Weise soll Bischof Belo zermürbt und demoralisiert und somit zum Rücktritt gezwungen werden. Tritt er nicht zurück, besteht zur Zeit groÙe Gefahr, daß er vom indonesischen Geheimdienst ermordet werden bzw. einem „Unfall“ zum Opfer fallen könnte.

Oberst Prabowo Djojohadikusumo, Schwiegersohn des indonesischen Präsidenten Suharto und Kommandant der Bezirke Baucau, Los Palos, Viqueque und Manatuto, erhielt den Auftrag, den bewaffneten Widerstand bis zum Oktober zu brechen. Er bezichtigte die katholische Kirche, ihren Bischof, Priester und Nonnen, Hauptgegner der „Integration“ Osttimors in Indonesien zu sein. Prabowos Hexenjagd zielt jedoch nicht nur auf die Kirche, sondern auch gegen den jetzigen Gouverneur Mario Carascalao.

Carascalao hatte immer wieder gefordert, Osttimor für ausländische Besucher zu öffnen. Obwohl auch die indonesische Regierung die „Öffnung“ Osttimors proklamierte, dürfen nur wenige handverlesene Besucher unter strengster Kontrolle nach Osttimor reisen. Menschenrechtsgruppen ist nach wie vor die Einreise untersagt. Es ist ebenso widersprüchlich, daß Osttimoresen nicht frei aus Indonesien ausreisen dürfen.

Das Verhältnis zwischen Indonesien und der westlichen Welt, als deren treuer Verbündeter es gilt, ist seit der Invasion in Osttimor belastet. Das Europa-Parlament verabschiedete erst kürzlich eine scharfe Resolution, in der Indonesien zum Rückzug seiner Truppen aus Osttimor aufgefordert wurde. Portugal will als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft durch sein Votum alle EG-Beschlüsse verhindern, die Indonesien zugute kommen könnten.

Die Forderung von Bischof Belo, nach einem Referendum Osttimor unter Kontrolle der UNO zu stellen, stürzt all die Diplomaten, die das „Timor-Problem“ ohne Beteiligung der dortigen Bevölkerung lösen wollen, in große Verlegenheit. Alle Versuche der indonesischen Regierung, Osttimor als ein blühendes Paradies darzustellen, werden durch den klaren Wunsch seiner Bewohner nach Freiheit und Unabhängigkeit in Frage gestellt.

## Naher Osten

INGRID EL-MASRY

Neue Bewegung in der Palästinafrage

# Tauziehen um den Mubarak-Plan

Eines hat die 10-Punkte-Initiative des ägyptischen Präsidenten Mubarak zumindest bewirkt: Die Palästinadeiplomatie ist wieder in Bewegung gekommen, nachdem der Autonomie-Friedensplan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vom April d.J. (vgl. DRITTE WELT 8-9/1989) zu einem vorläufigen Stillstand des Verhandlungsprozesses geführt hatte.



Am 2. Oktober traf der ägyptische Präsident Mubarak in Washington mit US-Außenminister Baker zur Beratung über seinen Friedensplan zusammen

**S**hamirs Strategie, im israelisch-palästinensischen Konflikt auf Zeit und auf eine Zerschlagung der palästinensischen Erhebung, der Intifada, zu setzen, scheint einmal mehr gescheitert. Der 10-Punkte-Plan Mubaraks, welcher der israelischen Regierung bereits im Juli d.J. übermittelt, von dieser jedoch zunächst öffentlich ignoriert wurde, enthält nicht etwa einen inhaltlich neuen Friedensplan. Er stellt vielmehr einen Versuch dar, zwischen den sich gegenseitig ausschließenden Positionen Israels und der PLO zu vermitteln,

um auf diese Weise die diplomatischen Bemühungen wiederzubeleben.

Anknüpfend an Shamirs Wahlvorschlag und die grundsätzliche Bereitschaft der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu Wahlen in den besetzten Gebieten, konkretisiert der Plan vorwiegend die

Modalitäten solcher Wahlen als Beginn eines Friedensprozesses. Lediglich drei Punkte, nämlich die Forderung nach einer Beendigung der israelischen Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten, nach einer israelischen Akzeptanz des Prinzips Land gegen Frieden sowie die Beteiligung der Ostjerusalem PalästinenserInnen an Wahlen, stellen inhaltliche Essentials einer Friedensregelung dar (vgl. Kasten).

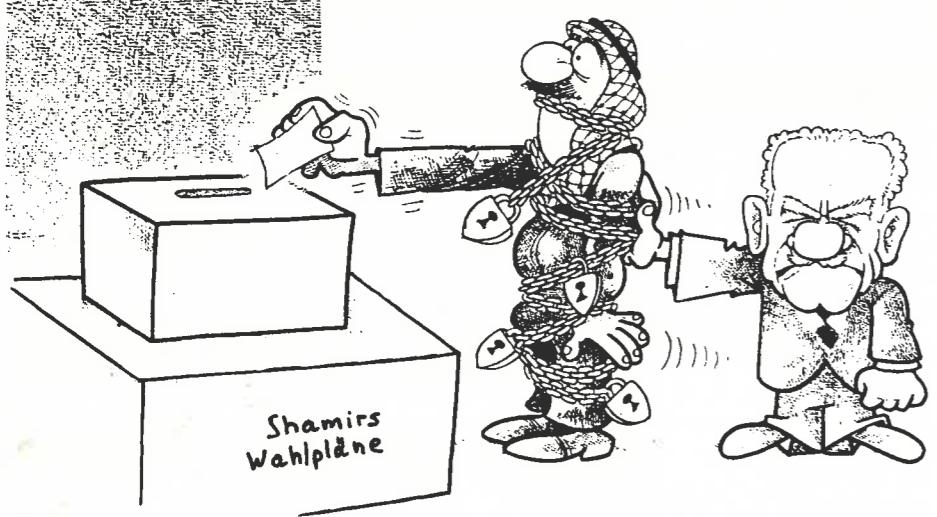
Noch ist offen, welche Chancen die Mubarak-Initiative als erster Ansatz für israelisch-palästinensische Verhandlungen haben kann. Weder von Seiten Israels noch von Seiten der PLO liegt bislang eine endgültige Stellungnahme vor. Wenngleich die Initiative mit dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat abgestimmt sein soll, hat dieser noch keine offizielle Äußerung abgegeben. Dies sicherlich nicht ohne Grund, denn in den

Reihen der PLO gibt es viele, die den Kurs Arafats mit Skepsis und der Befürchtung verfolgen, die Grenzen palästinensischer Kompromißbereitschaft könnten der israelischen Starrheit geopfert werden.

Zwar lehnen nur wenige Stimmen den Mubarak-Plan rigoros ab, doch scheinen sich die Mehrheit der PLO und die Nationale Führung der besetzten Gebiete darin einig zu sein, daß der Plan in seiner ursprünglichen Fassung für die PalästinenserInnen unannehmbar ist. „Es besteht keine Aussicht, daß die ägyptischen zehn Punkte akzeptiert werden, wenn sie sich nicht klar und deutlich auf die Notwendigkeit der gleichberechtigten Teilnahme der PLO am politischen Prozeß beziehen und wenn sie nicht das endgültige Ziel dieses Prozesses, im Einklang mit den gerechten Bestrebungen unseres Volkes und seinem Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen nationalen Staates, formulieren“, kritisiert die Nationale Führung in ihrem Kommuniqué Nr. 46 vom 25. September d.J. (1)

Bereits am 22./23. September d.J. hatte das PLO-Exekutivkomitee auf seiner Tagung in Tunis den Plan wegen seiner Mängel und fehlender Übereinstimmung mit den palästinensischen Forderungen zurückgewiesen, sich jedoch offen für seine Modifikation zugunsten grundlegender palästinensischer Forderungen gezeigt. (2) Unverzichtbare Essentials sind für die PalästinenserInnen das volle palästinensische Selbstbestimmungsrecht, d.h. ein unabhängiger palästinensischer Staat und die Einbeziehung der PLO als Repräsentantin des palästinensischen Volkes in den Verhandlungsprozeß. Weder diese Punkte noch die Forderung nach einer internationalen Friedenskonferenz sind im Plan Mubaraks ausdrücklich enthalten. Radikale Stimmen lehnen den Mubarak-Plan aus diesem Grunde in jeder Hinsicht ab.

Bashir Barghouti etwa, Chefredakteur der Jerusalemer Wochenzeitung Al-Tali'a



(„Die Avantgarde“), wirft Mubarak eine Verletzung der Beschlüsse der Arabischen Gipfelkonferenz von Casablanca (23.-26. Mai d.J.) vor. (3) Dies ist soweit richtig, wie lediglich die expliziten Inhalte des Mubarak-Plans zur Kenntnis genommen werden. Barghouti, andere Persönlichkeiten der besetzten Gebiete wie Faisal Husseini und auch die PLO-Führung befürchten, daß Selbstbestimmungsrecht, Repräsentation und Staatsgründung des palästinensischen Volkes damit zum Verhandlungsgegenstand werden.

Dies aber ist für die PalästinenserInnen völlig inakzeptabel. Eine Garantierung der palästinensischen Rechte kann, so die PLO, nur durch eine internationale Friedenskonferenz erreicht werden. Die Vorbehalte der PLO gegenüber dem Vermittlungsplan Mubaraks sind deshalb verständlich und angebracht.

Auf der anderen Seite übersieht eine radikale Ablehnung des Plans dessen positive Bausteine. Eine Realisierung der Forderungen nach einem Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten im Vorfeld möglicher Wahlen sowie ein Tausch Land gegen Frieden (Punkte 4 und 10) würden den Weg für einen palästinensischen Staat frei machen. Der Mubarak-Plan geht damit über den Shamir-Plan hinaus, welcher von vornherein auf eine Autonomieregelung beschränkt war. Diese Forderungen entsprechen zudem den Beschlüssen der Arabischen Liga, der PLO, den einschlägigen UN-Resolutionen, den Positionen der EG sowie tendenziell der USA, der Sowjetunion ohnehin. Sie können deshalb mit internationaler Unterstützung rechnen.

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schaltete sich am 28. September d.J. am Rande der UN-Vollversammlung in New York in die Vermittlungsbemühungen ein. In einem Gespräch mit Israels Außenminister Arens forderte er Israel zum Dialog und direkten Kontakt mit der PLO auf, ohne deren Beteiligung es keine Lösung des Palästina-Konflikts geben könne. Schewardnadse offerierte die sowjetische Bereitschaft, zwischen Israel und der PLO zu vermitteln sowie ein Treffen in der Sowjetunion vorzubereiten. (4)

Der Mubarak-Plan kann ohnehin nicht mehr als einen ersten Ansatz für israelisch-palästinensische Gespräche bieten. Die Einzelheiten freier Wahlen sollen von einer palästinensischen Delegation ausgehandelt werden, welche auch für ausländische und aus den Gebieten ausgewiesene, von der PLO akzeptierte Delegierte offen sein soll. Israel sollte aufhören „mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen“, so Mubarak in einem überraschenden Aufruf im israelischen Fernsehen am 20. September d.J., und einsehen, daß „ohne ihre Beteiligung (die PLO, d. Red.) es keinen Fortschritt im Friedensprozeß gegen wird“. (5)

Jegliche Beteiligung der PLO oder ihr nahestehender Personen, sei es aus Ostjerusalem oder dem Ausland, an Wahlen oder Verhandlungen gehört jedoch ebenso zu den vier obligatorischen Neins Shamirs wie ein Rückzug aus den besetzten Gebieten oder ein palästinensischer Staat.

Mit Erfolg blockierte die Likud am 25. September d.J. einen Antrag der Arbeiterpartei, im Parlament über den Mubarak-Plan zu debattieren. Führende Vertreter der Arbeiterpartei hatten sich dem Plan gegenüber offen gezeigt. Ihr Vorsitzender Shimon

## Der Mubarak-Plan

1. Israel muß die Ergebnisse der Wahlen, wie auch immer sie ausfallen, akzeptieren.
2. Die Wahlen müssen unter der Aufsicht internationaler Beobachter stattfinden.
3. Den gewählten Palästinensern muß eine Art Immunität zugesichert werden, um sie vor juristischer Verfolgung zu schützen.
4. Die israelische Armee muß sich vor den Wahlen aus den Gebieten zurückziehen.
5. Israel muß sich zu Gesprächen über eine endgültige Regelung bereit erklären, die nach einer vereinbarten Übergangszeit von drei bis fünf Jahren in Kraft treten soll.
6. Einstellung der israelischen Besiedelung der besetzten Gebiete.
7. Recht auf freie Meinungsäußerung für alle Kandidaten.
8. Israelische Staatsangehörige dürfen am Wahltag die besetzten Gebiete nicht betreten.
9. Teilnahme der im Osteil Jerusalems wohnenden Palästinenser an den Wahlen.
10. Israel muß das Prinzip Land gegen Frieden akzeptieren.

(QUELLE: Palästina Bulletin, Bonn, 15.9.1989, S. 12)

Peres bezeichnete ihn als „fair“ und „positiv“.

Mit Billigung der Regierung, aber ohne politisches Mandat, so Shamir, hatte der Arbeiterpartei angehörende Verteidigungsminister Rabin am 18. September d.J. mit Mubarak in Kairo über dessen Vermittlungsplan beraten. Hier wurde grundsätzliche Einigkeit über die Notwendigkeit eines israelisch-palästinensischen Dialogs im Vorfeld von Wahlen in den Gebieten erzielt, nicht aber über die Zusammensetzung einer palästinensischen Verhandlungsdelegation. Für Ministerpräsident Shamir und Likud-Außenminister Arens reichte jedoch bereits dies, um wieder einmal mit einem Bruch der Regierungskoalition zu drohen, falls die Arbeiterpartei vom „Friedensplan“ Shamirs abrücke und auf palästinensische Forderungen eingehe.

Mit dem Austausch heftiger Drohungen ist die seit Monaten schwelende Koalitionskrise über dem Mubarak-Plan wieder offen ausgebrochen. Die israelische Regierungsseite sollte jedoch nicht überbewertet werden. Shimon Peres sprach sich während eines USA-Besuches sogleich für einen Fortbestand der Koalition aus. Einen Bruch der Regierungskoalition scheut letztendlich auch die Arbeiterpartei. Im Falle von Neuwahlen würde sie angesichts des Rechtsstands in der israelischen Gesellschaft – zuletzt demonstriert durch die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom Februar d.J. – ihrer Regierungsbeteiligung riskieren.

Die Herausbildung einer offiziellen israelischen Regierungsposition dürfte unter diesen Bedingungen auf sich warten lassen. Bei einer Tagung des aus 12 Ministern bestehenden inneren Kabinetts Israels am 5. Oktober d.J. wurde keine Einigkeit über den Mubarak-Plan sowie den jüngsten Vorschlag des ägyptischen Präsidenten, ohne weiteren Zeitverlust Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern in Kairo vorzubereiten, erzielt. Dies, obwohl die Arbeiterpartei vorher verlauten ließ, darauf bestehen zu wollen, daß auf der Sitzung eine Entscheidung über die israelische Haltung getroffen werde. Es fragt sich, ob die verbalen Zugeständnisse der Arbeiterpartei nicht lediglich ein Mittel sind, um von der Forderung nach einer Nahostfriedenskonferenz, die breite internationale Unterstützung findet, abzulenken – ein doppeltes Spiel auf Zeit also.

Gewichtig könnte die Haltung der US-Regierung werden, die sich zur Zeit noch indifferent gibt. Bereits am 2. bzw. 5. Oktober waren Mubarak sowie der ägyptische und israelische Außenminister zu Nahostgesprächen in Washington empfangen worden. Auch hier wurden die Verhandlungsaussichten im Schwebzustand belassen.

Anmerkungen  
 1) Palästina-Bulletin, Bonn, Nr. 39/29.9.1989  
 2) Al-Fajr, Jerusalem, Nr. 487/18.9.1989  
 3) Vgl. ebenda, Nr. 486/11.9.1989 sowie Palästina-Bulletin, Nr. 23/9.6.1989  
 4) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 29.9.1989  
 5) Le Monde, Paris, 22.9.1989

## Kolumbien

PETER GARCIA

Regierung bekämpft Drogenmafia

# Ein aussichtsloser Krieg

Zehntausende von Festnahmen, massive Truppen- und Polizeieinsätze, tägliche Bombenattentate – in Kolumbien herrscht Krieg. Ein Krieg, der nicht zu vermeiden war und mit den derzeitigen Methoden nicht zu gewinnen ist.

**K**ombinierte Armee- und Polizeieinheiten Kolumbiens besetzten im August d.J. in einer Blitzaktion 500 Villen und Landsitze der Drogenbarone. Sie fanden dort über 4000 kg Kokain und Coca-Paste, Tausende von Waffen, 20 Jachten, 150 Flugzeuge und Hubschrauber sowie wertvolle Gemälde, massivgoldene Wasserschäfte und ganze Privatzoo's, einschließlich Elefanten.

Die Drogenbosse selbst konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Sie antworteten auf die Armeeaktion mit verstärkten Bombenanschlägen auf Richter, Politiker, Zeitungen, Banken und – mit einem Verhandlungsangebot. Die Regierung lehnte ab und verhängte stattdessen das Kriegsrecht über die Drogenhauptstadt Medellín.

Trotz aller Erfolge der Armee und der Polizei fühlt sich die Drogenmafia, die Tausende von Killern (sicarios) unter Waffen hält, weiterhin stark. Die kolumbianischen Rauschgiftbarone verloren seit Beginn der Armeeaktion kaum ein Zehntel ihres Vermögens. Dieser Verlust läßt sich zudem schnell wieder wettmachen. Denn der Drogenexport in die USA geht weiter – zwar in geringeren Mengen, zum Ausgleich dafür aber zu höheren Preisen (1).

Die offene Schlacht zwischen Regierung und Drogenmafia begann am 18. August 1989 mit der Ermordung des Liberalen Senators und Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán Sarmiento. Gedungene Mörder der Drogenmafia schossen mit Maschinengewehren auf den Politiker, als er auf einer Wahlkundgebung in der Nähe der Hauptstadt Bogotá die Rednertribüne betrat. Obwohl er unmittelbar in ein Krankenhaus kam, konnten ihm die Ärzte nicht mehr helfen. Galán war Führer des „Neuen Liberalismus“, einer Strömung in der Liberalen Partei, die durch die Entmachtung der Bürokratie, Oligarchie und Drogenmafia eine politische Modernisierung Kolumbiens erreichen will.

Die Rauschgiftmafia mordet jedoch nicht erst seit dem Attentat auf Galán. Am Morgen desselben Tages war der Polizeichef der Provinz Antioquia, in der Medellín liegt, von mehreren Schüssen niedergestreckt worden. Zwei Tage zuvor starb in Bogotá der Richter Carlos Valencia García – trotz kugel-

sicherer Weste und Polizeischutz – im Pistolenfeuer der Rauschgift-Killer.

Der Richter war mit der Untersuchung der Morde am Führer der linken Patrioten Union (UP), Jaime Pardo Leal, und am

Direktor der Zeitung „El Espectador“, Guillermo Cano, beauftragt gewesen.

Bei den Untersuchungen hatte sich herausgestellt, daß das Rauschgiftkartell von Medellín hinter diesen beiden Morden gestanden hatte. Das Gericht beschloß daraufhin die Festnahme von Pablo Escobar, dem Boß des Medellín-Kartells (2). Nach der Ermordung Valencia Garcías traten mehr als 4000 kolumbianische Richter in einen Streik, um gegen den mangelnden Schutz durch die Regierung zu protestieren.

Der Liste könnten noch viele weitere Namen von Politikern, Richtern, Landarbeitern und Gewerkschaftern hinzugefügt werden, deren Leben gewaltsam durch die Rauschgiftmafia oder die rechtsextremen paramilitärischen Killerorganisationen beendet wurde. Selbst der Chef des Geheimdienstes DAS, General Miguel Márquez, wurde am 1. Juni Opfer eines Attentatsversuchs der Drogenmafia. Den höchsten Blutzoll bezahlte allerdings die UP. Im März verlor ihr stellvertretender Vorsitz-

Beerdigung L. C. Galans, des von der Kokain-Mafia ermordeten liberalen Präsidentschaftskandidaten



# VANDANA SHIVA

## DAS GESCHLECHT DES LEBENS

### Frauen, Ökologie und Dritte Welt

**Ökologie, die Frauenfrage und Perspektiven für die Dritte Welt sind untrennbar. Nur in diesem Zusammenhang lassen sich die Probleme der sogenannten Entwicklungsländer wirklich begreifen. Bisher fühlten sich allein die westlich orientierten und männlich dominierten Wissenschaften legitimiert, die Zukunft der Dritte-Welt-Länder zu bestimmen. Die Konsequenzen sind Schuldenkrise, Umweltzerstörung und die Vernichtung von Traditionen des Lebens und Produzierens.**

**Vandana Shiva verkörpert in ihrem selbstbewußten Widerstand gegen das herrschende Paradigma westlich-patriarchalischer Besserwissenrei eine feministische Tradition, die es noch zu entdecken gilt.**

Mit einem Vorwort von Susan George aus dem Englischen von Inge Presser  
broschiert, 256 Seiten, DM 19,80

## ROTBUCH VERLAG

Kampfmaßnahmen gegen diese Gruppen gegründet, der die Innen-, Justiz- und Verteidigungsminister sowie die Chefs der Polizei und des Geheimdienstes DAS angehören. Weiter wurde zur Bekämpfung der Todesschwadronen eine Spezialeinheit von 1000 Mann geschaffen. Schließlich untersagte Präsident Barco den Militärs, außerhalb ihres Dienstes Waffen zu tragen (3).

Die Mehrzahl der Guerilla-Organisationen Kolumbiens honorierte inzwischen das Verbot der Todesschwadronen mit der Aufnahme von Friedensgesprächen mit der Regierung. Nur die Nationalen Befreiungsarmee (ELN) setzt seine Sabotageakte gegen die Ölindustrie des Landes uneingeschränkt fort. Bisher entstanden dadurch in diesem Jahr Schäden von umgerechnet 150 Mio. \$.

Die ELN verlangt als Voraussetzung für eine Aufnahme der Gespräche die Vertreibung der ausländischen Ölkonzerne aus Kolumbien (4). Diese Politik wurde von der Gewerkschaft USO, die die Ölarbeiter vertreibt, als „linksextrem“ verurteilt. Die UP versuchte, in der jetzigen komplizierten inneren politischen Situation die ELN zu einer Einstellung der Attentate zu bewegen, um der Armeeführung den Vorwand für die Gleichsetzung von Drogen- und Guerilla-Gewalt zu nehmen – bisher ohne Erfolg.

Dagegen war die Reaktion der Rauschgiftmafia auf das Verbot der Todesschwadronen vorauszusehen: Sie rief zum offenen Krieg gegen die Regierung auf. Während vor diesem Zeitpunkt hauptsächlich linke Politiker, Gewerkschafter, Journalisten und Richter auf der Todesliste standen, erweiterte sich nun der Kreis der Mordkandidaten auf Politiker der Regierungspartei und auf nicht genehme Vertreter der Sicherheitsorgane, wie zum Beispiel den Chef des DAS. Im August veröffentlichte diese nach dem Vorbild des FBI organisierte Geheimpolizei einen Bericht, in dem sie nachwies, daß die sog. „Selbstverteidigungsgruppen“ mit den Todesschwadronen und den Killerbanden der Rauschgiftmafia identisch sind.

Anlaß für diese Veröffentlichung war die Anfang August erfolgte Gründung der Bewegung zur Nationalen Erneuerung (MORENA), hinter der Großgrundbesitzer, Industrielle aus Medellín und – über die reaktionäre Bauernvereinigung Acdegam – das Drogenkartell von Medellín stehen. Auf den Fahnen dieser neuen Partei steht u.a. die Bekämpfung der Agrarreform sowie der Guerilleros und Kommunisten, die als „Aids-Viren“ diffamiert werden.

Auch das ist eine Parallele zu den Aussagen des Medellín-Kartells. Der in Kolumbien bekannte Kolumnist der Tageszeitung „El Espectador“, Manuel Augusto Sarmiento, kommentierte dazu: „MORENA bedeutet die Legalisierung der Drogenhändler in der Politik“ (5).

Die zwiespältige Haltung der kolumbianischen Regierung zu den Drogenhändlern ist zum Teil damit zu erklären, daß etwa ein Drittel der Abgeordneten der Liberalen Partei ständige Verbindungen zur Drogenmafia

unterhält. Auch das Militär spielt eine zweiseitige Rolle, indem es die paramilitärischen Gruppen ausbildet, mit Waffen versieht und teils personell unterstützt. Daß die Regierung den Militärangehörigen verbietet, in der Freizeit Waffen zu tragen, spricht hier Bände. Weitere Beweise sind die vielen richterlichen Verfügungen gegen führende Militärs und der Bericht des früheren kolumbianischen Geheimdienstagenten Ricardo Gómez Mazuera, den er an einem geheimen Ort in Brasilien für die kolumbianische Staatsanwaltschaft verfaßt hat.



Kolumbianische Soldaten beim Einsatz gegen Kokainlabor

Gómez Mazuera, der dem Geheimdienst 12 Jahre angehörte, war mehrere Male Zeuge der Zusammenarbeit zwischen Drogenmafiosen, Industriellen und Militär- und Polizeioffizieren – sowohl bei der Gründung von Todesschwadronen als auch bei der Vergabe von Mordaufträgen. Sein Bericht enthält Namen, Geldsummen und die Zahlen der Opfer.

Delikat sind auch seine Angaben über die illegale Tätigkeit israelischer Botschaftsangestellter. Fünf Ausbilder aus dem Heiligen Land halfen beim Training der Killer (zusammen mit 11 britischen Söldnern). Diese Tätigkeit ist bei dem bisherigen Volumen kolumbianischer Rüstungsaufträge für israelische Waffen und Kfir-Flugzeuge verständlich. Was tut man nicht alles, um weitere Aufträge zu erhalten (6).

Für die Zurückhaltung der kolumbianischen Regierung beim Kampf gegen die Drogenmafia gibt es einen weiteren wichtigen Grund – vielleicht sogar den wichtigsten: die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes. Jährlich bringen die illegalen Drogenexporte in die USA Devisen von mehr als 5 Mrd. \$ – das Dreifache der Kaf-

fee-Exporte (1988: 1,6 Mrd. \$) und fast soviel wie die gesamten legalen Exporte von 5,8 Mrd. \$. Wenn Kolumbien bis heute noch nicht seine Auslandsschuld umschulden mußte, wenn die schreienden sozialen Gegensätze noch nicht wie in anderen Ländern Lateinamerikas zu Tumulten führten, so ist das den Geldern aus dem Drogengeschäft zu verdanken. Jede entschiedene Aktion gegen die Drogenhändler gefährdet diesen goldenen Regen und den sehr prekären sozialen Frieden.

Laut UNO-Menschenrechtsbericht leben 25 % der Kolumbianer in absoluter Armut.

der Nachfrage verhindern größere Erfolge der Regierungen dieser Länder. Nach Zahlen der Interpol hat das Rauschgiftgeschäft weltweit einen Jahresumsatz von 300 Mrd. \$ und vergiftet 48 Mio Süchtige in den westlichen Industrieländern, davon 25 Mio in den USA. Die Gewinne machen über zwei Drittel dieses Umsatzes aus.

Wenn diese Zahlen stimmen, ist Rauschgift mit 9 % am Welthandel beteiligt und liegt damit als „Geschäftsparte“ weltweit an zweiter Stelle – hinter dem ebenso tödlichen Rüstungsgeschäft. Im Vergleich dazu: 1988 erwirtschaftete Kolumbien ein Bruttoinlandsprodukt von 50 Mrd. \$, also weniger als ein Drittel der Gewinne der weltweiten Rauschgiftmafia.

Nach Angaben der Interpol-Experten fließen allerdings nur 10 % dieser Gewinne nach Lateinamerika und Asien. Der Löwenanteil verbleibt in den Verbraucherländern. Die Rauschgiftmafios der USA z.B. stecken sich jährlich etwa 100 Mrd. \$ in ihre Taschen (8). Es drängt sich die Frage auf, warum US-Präsident Bush und seine Vorgänger soviel Aufmerksamkeit auf die lateinamerikanischen Drogenbarone lenken, wo doch im eigenen Land ungleich mächtigere Rauschgiftkönige sitzen.

Unter dem Eindruck dieser Tatsachen und Zahlen erscheint auch die gegenwärtige Kampagne der Regierung Bush gegen das Rauschgift als wenig erfolgversprechend. 65 Mio. \$ Militärhilfe an Kolumbien – das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbst die 8 Mrd. \$ für die gesamte Rauschgift-Bekämpfungskampagne können kaum beeindrucken – weder im Vergleich zum globalen Rauschgiftumsatz noch im Vergleich zum US-Rüstungsbudget von 300 Mrd. \$. Dazu kommt noch, daß die USA durch die Bezahlung ungerechter Preise für kolumbianische Exportprodukte auf der einen Seite wieder nehmen, was sie auf der anderen Seite geben: Anfang September klagte Präsident Barco die USA an, den Zusammenbruch des Internationalen Kaffeeabkommens bewußt herbeigeführt zu haben, um die Preise zu drücken. Der wirtschaftliche Schaden durch den fünfzigprozentigen Preisverfall am internationalen Kaffeemarkt wird dem Land 1989 einen Verlust von 400 Mio. \$ bringen. Dies ist mehr als das Sechsfaache der Drogenbekämpfungshilfe von 65 Mio. \$ (9).

Auch die Landbevölkerung steckt in keiner besseren Lage: Die Bodenreform blieb nach 25 Jahren und der Umverteilung von 9000 qkm kläglich stecken. 3 % der Grundbesitzer verfügen auch heute noch über 65 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Durch die massiven Landkäufe der Drogenbarone hat sogar die Konzentration des Grundbesitzes wieder zugenommen.

Es sind aber nicht nur die Furcht vor der Verschärfung der sozialen Spannungen und die Verflechtung der Oberschicht mit der Drogenmafia, die in den Erzeugerländern eine konsequenter Drogenbekämpfung erschweren. Auch die Dimensionen des internationalen Drogengeschäfts und der Sog

von Millionen von Arbeitsplätzen und menschenwürdigen Existenzbedingungen für die gesamte Bevölkerung gewonnen werden.

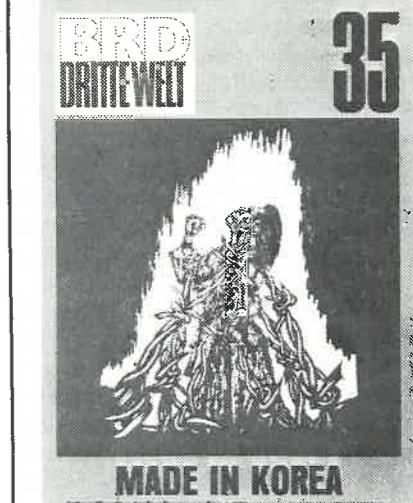
1984, nach der Ermordung des kolumbianischen Justizministers Jaime Lara Bonilla, hatte die Armee des Landes schon einmal massiv gegen die Rauschgiftmafia losgeschlagen. Es wurden die gleichen Mengen an Flugzeugen und Kokain beschlagnahmt und Tausende festgenommen. Die Presse amüsierte sich schon damals über die golddichten Wasserhähne in den Mafiosi-Villen und über die afrikanischen Steppentiere in den Privatzooen. Auch die US-Unterstützung fehlte nicht.

Was heute in Kolumbien geschieht, war im Prinzip alles schon einmal da. An den Ursachen für die Drogenkriminalität wurde auch damals nicht gerüttelt. So spricht alles dafür, daß die jetzige Aktion genauso im Sande verläuft, wie vor fünf Jahren.

#### Anmerkungen

- 1) vgl. El País (EP), Madrid, 3.9.1989
- 2) vgl. ebenda, 18.8.1989
- 3) vgl. ebenda, 22.4.1989
- 4) vgl. Latin American Weekly Report (LAWR), London, 27.7.1989
- 5) vgl. LAW, 24.8.1989 und EP, 7.9.1989
- 6) vgl. EP, 29.8.1989; Financial Times, London, 25.8.1989 und International Herald Tribune, Paris, 30.8.1989
- 7) Angaben nach: DANE Boletín de Estadística, Bogotá, Nr. 429, Dezember 1988
- 8) vgl. UNO, Madrid, Juli 1989
- 9) vgl. EP, 7.9.1989 und Die Welt, Hamburg, 14.9.1989

## MADE IN KOREA



### ADLER-Textilarbeiterinnen wehren sich gegen deutsche Ausbeutung

Juli 1989, 52 Seiten mit Fotos, ISBN 3-925900-61-6, 4,— DM

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6  
2300 Kiel 1

NICO BIVER

Der Wahlkampf hat begonnen

## Ortega contra Bush

Mit der Aufstellung der KandidatInnenlisten und dem Beginn der WählerInnenregistrierung sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen vom 25. Februar 1990 geschaffen. Mit massiver finanzieller Unterstützung versucht Washington, der weiterhin zerstrittenen Opposition zu einem Wahlsieg zu verhelfen.

**A**ls eine der letzten Parteien nominierte die regierende Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) auf einem „Volkskonvent“ am 24. September d.J. ihre KandidatInnen und verabschiedete ein Wahlprogramm.

Vorschläge dafür waren von der Sandinistischen Versammlung – dem höchsten Gremium der FSLN –, die tags zuvor getagt hatte, unterbreitet worden. Sie wurden mit einigen Abänderungen von den 1.700 Delegierten, darunter auch Parteilose, angenommen. Vorausgegangen waren wochenlange Diskussionen an der Basis der FSLN und in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisationen. Bei zehntausenden Hausbesuchen wurden die Ansichten der BürgerInnen über die dringendsten Probleme eingeholt und sie nach möglichen KandidatInnen befragt.

Im Ergebnis fand sich nur noch etwa die Hälfte der bisherigen Abgeordneten und ihrer Stellvertreter auf den KandidatInnenlisten wieder. Neben bekannten FührerInnen aus der Zeit des Befreiungskampfes wie Carlos Nuñez, Dora Maria Tellez oder Omar Cabezas wurden vor allem junge FSLN-KämpferInnen, aber auch Parteilose nominiert.

Zu Letzteren zählen sog. patriotische Unternehmer und landwirtschaftliche Produzenten. Aufgestellt wurde auch Domingo Sanchez, ein bekannter Arbeiterführer und 1984 Präsidentschaftskandidat der vormals kommunistischen Nicaraguanischen Sozialistischen Partei (PSN), die sich mit den Ultrarechten verbündet hat. Zu Kandidaten für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft wurden die bisherigen Amtsinhaber Daniel Ortega und Sergio Ramirez per Akklamation gewählt. (1)

An erster Stelle des Wahlprogramms, das die Politik der FSLN bis 1997 absteckt, steht die vollständige Beendigung des Krieges, die nationale Versöhnung und eine Übereinkunft mit den USA. Nur unter Friedensbedingungen dürfte das ehrgeizige Programm zu realisieren sein. Neben den bekannten sandinistischen Grundsätzen wie Pluralismus, Nichtpaktgebundenheit und gemischte Wirtschaft enthält es auf über 30 Seiten eine Reihe konkreter Vorschläge. So sollen weitere 25.000 Bauernfamilien Land erhalten,

ten, 1.800 km Straßen gebaut und ein Elektrifizierungsprogramm für ländliche Gebiete durchgeführt werden. Geplant ist, die Analphabetenrate, die wieder auf 20% angestiegen ist, auf 6% zu drücken, und die Säuglingssterblichkeit auf 30 pro 1.000 am Ende der Legislaturperiode zu senken. Andere Punkte umfassen konkrete Schritte zur Gleichstellung der Frau sowie Maßnahmen im Ökologiebereich wie die Sanierung des Managuasees oder den Verzicht auf hochgiftige Agrarchemikalien. (2)

Das Bild der Geschlossenheit, Handlungsfähigkeit, das die FSLN bietet, kontrastiert mit dem desolaten Zustand der Opposition. Ihr ist es bisher nicht gelungen, die katastrophale wirtschaftliche Lage für Positionsgewinne zu nutzen. Da die Regierung die Krise aufhalten und die Inflation von 127% im Dezember 1988 auf 7% im August d.J. senken konnte, dürfte dies auch in Zukunft schwer fallen. Ihr einziges Faustpfand ist, daß sie Dank der Unterstützung der Bush-Administration über nahezu unbegrenzte finanzielle Mittel verfügen kann.

Die USA hatten mit ihrer Absicht, die Oppositionsparteien geschlossen gegen die Sandinisten antreten zu lassen, nur teilweise Erfolg gehabt. Nach langem Tauziehen nominierten die 14 von insgesamt 21 Oppositionsparteien, die in der Nationalen Oppositionsunion (UNO) zusammengeschlossen sind, am 2. September die Herausgeberin der Zeitung „La Prensa“, Violetta Chamorro, und den Führer der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI), Virgilio Godoy, für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft. Dieses Duo, das vor allem auf Druck der US-Berater zustandekam, ist für Washington die ideale Konstellation, um Chancen auf einen Wahlsieg zu wahren.

Für Chamorro, die den äußersten rechten Flügel der UNO abdeckt, spricht nicht nur, daß sie über die größere Oppositionszeitung verfügt. Washington hofft, daß sie noch von der Aura ihres Vaters Pedro Joaquín Chamorro profitiert und eine Art Aquino-Effekt eintreten wird.

Godoy, der vor den Wahlen von 1984 Arbeitsminister in der Revolutionsregierung

war, soll die politische Mitte abdecken. Ihm wird allerdings vorgeworfen, daß er Gelder der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung veruntreut habe. Er stieß auf den entzündeten Widerstand der Ultrarechten, die den Ehrenpräsidenten des Unternehmerverbandes, Enrique Bolanos, nominiert sehen wollten und Godoy als Arbeiterfeind und Kommunisten beschimpften. Erst bei einer Krisensitzung in der US-Botschaft konnten Godoys Opponenten zur Raison gebracht werden.

Ähnlich bewegt verliefen Ende September d.J. auch die Diskussionen über die Auf-



D. Ortega (r.) und S. Ramirez wurden vom sandinistischen „Volkskonvent“ erneut ins Rennen um die höchsten Staatsämter geschickt

stellung einer gemeinsamen Liste für das Parlament. Da mehrere Parteien für sich beanspruchen, die stärkste zu sein, konnte keine vollständige Einigung erzielt werden. Die Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC), die ebenso wie die PLI vor den Wahlen von 1984, bei denen sie 6% der Stimmen erlangte, in der Regierung vertreten war, verließ das Bündnis, weil ihr nicht genug Plätze auf der Liste zugestanden wurden.

Sie gesellt sich damit zu vier weiteren Parteien der rechten Mitte, die eigene Präsidentschaftskandidaten aufgestellt haben. Zwei von ihnen zählen zu den einflußreicherer Parteien der Opposition: die Christlich-Soziale Partei (PSC), die der Christdemokratischen Internationale angehört und deren Kandidat Erick Ramirez jetzt auch von der PPSC unterstützt wird, und die Demokratische Konservative Partei (PCD), die 1984 14% der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Links von der FSLN haben drei Parteien Präsidentschaftskandidaten aufgestellt: die Revolutionäre Arbeiterpartei (PRT), die Bewegung der Volksaktion – Marxistisch-Leninistisch (MAP-ML) und die Bewegung der Revolutionären Einheit (MUR), die 1988 von ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei Nicaraguas (PCdEN; Mitglied der UNO), der MAP-ML und der FSLN gegründet wurde. Sie hat Moises Hassan, Mitglied der ersten Regierungsjunta von 1979 und ehemals Bürgermeister von Managua, aufgestellt.

Angesichts dieser Zersplitterung der Opposition haben die Sandinisten guten Grund, von einem überwältigenden Sieg ihrer KandidatInnen auszugehen, zumal bei den Präsidentschaftswahlen eine einfache Mehrheit für den Wahlsieg ausreicht. Bayardo Arce, ein Führungsmitglied der Sandinisten, erklärte, daß es ihr Ziel sei, 70% der

UNO zu ziehen, ist das Ziel der gegenwärtigen US-Politik. Nachdem die Opposition und die Regierung sich am 3. August d.J. auf die Einzelheiten des Wahlprozesses geeinigt und anschließend die mittelamerikanischen Präsidenten die Demobilisierung der Contra beschlossen haben, bleiben Washington kaum noch andere Optionen, als auf einen Wahlsieg der Opposition zu setzen. Deshalb soll jetzt mit allen Mitteln der UNO unter die Arme gegriffen werden. Mitte dieses Jahres hatte der US-Kongress bereits 3,5 Mio \$ bewilligt, die über die Nationale Stiftung für Demokratie (NED) an die UNO-Parteien weitergeleitet werden. Weitere 5 Mio sollen, nach Informationen aus Geheimdienstkreisen, von der CIA eingeschleust werden sein.

Anfang September bewilligte schließlich das US-Repräsentantenhaus weitere 9 Mio \$.

Davon sollen 4 Mio \$ an die UNO gehen (nach dem nicaraguanischen Gesetz wird davon jedoch die Hälfte zur Finanzierung der Wahlen abgezogen). Die restlichen 5 Mio \$ sollen über die NED „nichtparteidibunden“ Projekten zufließen, um angeblich die nicaraguanische Bevölkerung auf die Wahlen vorzubereiten. Die US-Zeitschrift „Newsweek“ schreibt, daß sich allein diese Finanzmittel auf 10 \$ pro Kopf der 1,75 Mio nicaraguanischen WählerInnen summieren. „Der ehemalige Diktator Anastasio Somoza brauchte 30 Cents pro Kopf, um seine Wahlen zu fälschen.“ (4)

Diesmal geht es jedoch nicht darum, die Wahlen zu fälschen, sondern den Sandinisten diese Absicht zu unterstellen und den WählerInnenwillen zu manipulieren. Nutzniederer dieser Gelder ist allein die UNO, die auf Kosten der anderen Oppositionsparteien, welche als Kollaboratoren der FSLN hingestellt werden, an Boden gewinnen soll. Aber die Gelder werden nicht allein zur Eideckung der Bevölkerung mit UNO-T-Shirts benutzt. Mit den „parteidibunden“ Geldern, die nicht zur Hälfte an die Wahlkommission abgeführt werden müssen, werden parteinahe Institute, Presseorgane, Gewerkschaften und Unternehmensverbände ebenso finanziert wie die internationale Medienarbeit und Umfragen. Mit letzteren soll eine Wahlniederlage der FSLN vorausgesetzt werden, um anschließend bei ihrem Sieg von Wahlfälschungen sprechen zu können.

Diesen Manipulationsvorhaben versucht die Regierung vorzubeugen, indem sie eine Reihe von Wahlbeobachtern eingeladen hat. Eine Delegation der Vereinten Nationen wird den Wahlprozeß von Anfang bis zum Ende überwachen. Ähnliches tun Gruppen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), des Europäischen Parlaments und des Rates frei gewählter Staatschefs.

Jimmy Carter, der Direktor dieses Gremiums, erklärte bei einem Besuch in Nicaragua im September: Die Maßnahmen der Regierung „geben uns den Optimismus, daß die Wahlen frei und fair sein werden.“ (5) Offizielle US-Beobachter hat die

Regierung jedoch abgelehnt, solange die Contra-Finanzierung fortgesetzt wird.

Ob die massive Hilfe der USA und ihr entscheidender Einfluß auf die UNO dieser nur zum Vorteil gereichen wird, kann bezweifelt werden. Sie vermittelt damit den Eindruck, daß sie vollständig von den USA abhängig ist und die politische Fortsetzung der Contra ist. Dieses Verhältnis hat Daniel Ortega mit dem Satz: „Mein Herausforderer ist Bush“ treffend auf den Punkt gebracht. (6) Dies ist Grund genug für die USA, sich anderswo um Unterstützung für die UNO zu bemühen. Am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende September d.J. hat US-Außenminister Baker seine bündesdeutschen und japanischen Kollegen Genscher und Nakajima gebeten, die Opposition über Stiftungen und Parteien zu unterstützen.

Genscher mochte Baker keine zustimmende Antwort geben, da dies offiziell

**DIE OPPOSITION KANN ZWAR  
ÜBER UNBEGRENZTE  
WAHLKAMPFGELDER  
VERFÜGEN, IST ABER MIT DEM  
STIGMA BEHAFTET, DER  
VERLÄNGERTE ARM DES  
WEIßEN HAUSES ZU SEIN.**

nicht in der Kompetenz der Bundesregierung liege. Den Partiestiftungen ist tatsächlich untersagt, Wahlkampfhilfe im Ausland zu betreiben. Dies hat sie dennoch nicht daran gehindert, mit Millionenbeträgen Oppositionsparteien in Nicaragua auf dem Umweg über Bildungs- und Forschungsinstitute sowie Presseorgane zu finanzieren und den USA beim Aufbau der inneren Front behilflich zu sein. Diese verdeckte Unterstützung, die hinlänglich belegt ist (siehe DRITTE WELT 6/1989, S. 31 ff.), hat zudem den Vorteil, daß nicht die Hälfte der Spenden vom nicaraguanischen Staat für die Finanzierung der Wahlen abgezweigt werden kann.

Da die FSLN nicht auf ähnlich potente Wahlhelfer zählen kann, hatte eine internationale Konferenz der Solidaritätsgruppen in Nicaragua am 10. Jahrestag der Revolution u.a. beschlossen, eine weltweite Kampagne zur Unterstützung des Wahlkampfes der FSLN durchzuführen. In der Bundesrepublik hat sich auf Initiative des Informationsbüros Nicaragua ein breites Spektrum zusammengefunden, das regelmäßig über die Entwicklung in Nicaragua informiert und zu Wahlkampfspenden für die FSLN aufruft (siehe Anzeige).

### Anmerkungen

- 1) Vgl. Volkszeitung, Düsseldorf, 6.10.1989
- 2) Vgl. ebenda und ANN-Wochenbulletin, Managua/Zürich, 27.9.1989
- 3) Ebenda
- 4) Newsweek, New York, 9.10.1989
- 5) Financial Times, London, 4.10.1989
- 6) Ebenda

# FARBE BEKENNEN! DEN WAHLKAMPF DER SANDINISTEN IN NICARAGUA UNTERSTÜTZEN

Am 25. Februar 1990 werden in Nicaragua **Präsidenten- und Parlamentswahlen** stattfinden. Die in der U.N.O. (Union Nacional Opositora) zusammenge schlossenen Rechtsparteien werden für diese Wahlen jede nur erdenkliche Unterstützung der finanzkräftigen "Demokraten" aus **Washington, Miami und Bonn** erhalten. Die FSLN braucht deshalb die Unterstützung und materielle Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung für ihren Wahlkampf gegen Rechts.

Das Ende der 40-jährigen Diktatur Somozas war der Anfang eines revolutionären Prozesses in Nicaragua, den die Bevölkerung mit Tausenden von Toten in den letzten Jahren gegen die Contra verteidigt hat. Eine ruinierte Wirtschaft und internationaler Boykott sind der Preis für Nicaraguas Versuch, sich von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, und sich dem US-Einfluß zu entziehen.

Es ist der sandinistischen Revolution gelungen, eine Agrarreform und eine Alfabetisierungskampagne durchzuführen, ein Erziehungs- und Gesundheitswesen für die Armen aufzubauen, die Bevölkerung für ihre eigenen Interessen zu organisieren und Formen direkter Demokratie zu entwickeln. Nachdem die US-Strategie, die sandinistische Revolution durch den Contra-Krieg

zu zerstören, gescheitert ist, versucht die Regierung der Vereinigten Staaten nun, ihrem Ziel auf politischem Wege näher zu kommen. Mit dem Aufbau des Parteienbündnisses U.N.O. ist es den USA gelungen, die Contra in ein nationales Oppositionsbündnis zu integrieren. Mit offenen und verdeckten Aktionen arbeiten die USA nun an der **legalen Machtübernahme der Contra** bei den Wahlen.

Am 29.6.89 ermächtigte der US-Kongress den CIA, verdeckte Aktionen während des Wahlkampfes durchzuführen und verabschiedete 3,5 Mio US-Dollar zur Unterstützung der rechten Oppositionsparteien. Das CIA-nahe National Endowment for Democracy kanalisiert diese Gelder, baut damit

verdeckte und offene Parallelstrukturen zum Obersten Wahlrat auf und führt den Wahlkampf der Rechten.

Die **Bundesregierung** boykottiert die sandinistische Revolution seit langem. Bereits die sozial-liberale Koalition stellte 1982 die **Entwicklungshilfe** ein, die Wende-Regierung rief sie endgültig ein.

Während sie in klarer Übereinstimmung mit den USA immer neue Beweise der "Demokratisierung" von den Sandinisten verlangt, folgt sie erneut der US-Strategie. Die parteinahen Stiftungen der Regierungskoalition sponsieren über "entwicklungs politische Vorhaben" mit Geldern der Bundesregierungen das politische Umfeld des Recht bündnisses U.N.O.. Die CDU-nahe **Ade nauer-Stiftung** transferiert seit Jahren Gelder an die "Innere Front" der Contra, wie den Unternehmerverband COSEP und dessen Mitgliedsorganisationen, parteinahen Institute der Christdemokraten, die gelbe Gewerkschaft CTN, den Contra-Freund Obando y Bravo und dessen Infrastruktur sowie die Menschenrechtsorganisation der Opposition CPDH. Ein Großteil der **Günstlinge der CDU** gehören zum derzeitigen Unterstützernetz der U.N.O., über die die US-Regierung und ihr nahestehende Einrichtungen die verdeckte Wahlhilfe an den Rechtsblock kanalisieren.

## F A R B E B E K E N N E N



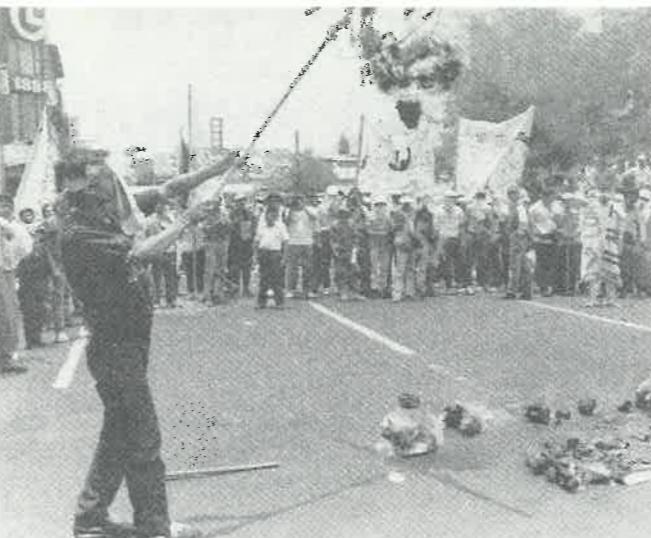
## S P E N D E T F Ü R D I E F S L N

Informationsbüro Nicaragua e.V.  
Sonderkonto FSLN 962 001,  
Stadtsparkasse Wuppertal,  
BLZ 330 500 00 (Spendenquittung nicht möglich)

Adelante e. V. • Alternative Liste West-Berlin • Arbeitskreis Nicaragua Bremer Gewerkschafter • ASTA FU West-Berlin • ASTA TU West-Berlin • Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Frankfurt • ATES, Bremen • Autorenkollektiv Coco Piranhas, West-Berlin • Bundesarbeitsausschuß der SDAJ, Bundesvorstand Die Grünen • Bremer Nicaragua Bündnis • Christliche Initiative Romero, Münster •

Der andere Buchladen, Köln • DKP, Parteivorstand • Dritte Welt • AIB, Marburg • Freunde Martin Niemöllers • Hospital Granada e.V., West-Berlin • Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal • Informationsstelle Lateinamerika, Bonn • Lateinamerika-Nachrichten/FDCL, West-Berlin • Mittelamerika Komitee, Münster • Nicaragua Hilfe Bonn • Nicaragua Komitee West-Berlin • Nicaragua Verein Hamburg • Nicaragua

Initiative der UNI Hamburg • Nicaragua Komitee Hamburg • Nicaragua Koordination Köln • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München • Puerto Morazan e.V., Oberhausen • Redaktion Barricada Internacional, Bonn • Verein Städtesolidarität Bremen-Corinto • VVN-Bund der Antifaschisten, Hamburg • Verein Monimbó, Dietzenbach • Nicaragua Arbeitskreis der DGB-Jugend Hessen



Studenten verbrennen eine Puppe, die Präsident Cristiani darstellt; FMLN-Kommandant J. Villalobos (l.) reicht den Mitgliedern der Regierungsdelegation O. Santamaría (r.) und J. Martínez Varela die Hand



NIGEL BARNES

Treffen zwischen FMLN und ARENA-Regierung

## Erster Schritt zu einer politischen Lösung?

Bei einem Treffen zwischen Vertretern der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und der seit Juni d.J. amtierenden Cristiani-Regierung vom 13.-15. September d.J. in Mexiko-Stadt wurden Verhandlungsrunden im Monatsrhythmus vereinbart, die zu einer politischen Lösung des Konflikts in El Salvador führen sollen.

**D**ie Chancen für einen Dialog in El Salvador waren entscheidend durch den Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten Anfang August d.J. in Tela (Honduras) verbessert worden (siehe DRITTE WELT 10/1989, S. 25 ff.). Die Teilnehmer forderten entgegen der ursprünglichen Absicht des seit 1. Juni d.J. regierenden Präsidenten Alfredo Cristiani von der rechtsextremen ARENA-Partei, die Konfliktparteien zu Verhandlungen auf.

Bereits im Vorfeld des Gipfels hatte die FMLN durch die Großoffensive „Alle gegen die faschistische ARENA-Regierung“ klar gemacht, daß von einer Schwächung ihrer Kampfkraft, wie sie von der Bush-Administration behauptet wird, nicht die Rede sein kann. Damit sollte auch deutlich gemacht werden, daß jegliche Politik, die auf einen militärischen Sieg über die FMLN setzt, wie sie von Teilen der ARENA und der Streitkräfte verfochten wird, illusorisch ist.

Parallel dazu bemühte sich die FMLN mit allen Kräften, die an einer Verhandlungslösung interessiert sind, ins Gespräch zu kommen und leitete eine diplomatische Offensive ein. Sie traf sich mit allen Oppositionsparteien und dem ständigen Komitee des Nationalen Dialogs, in dem 70 Organisationen zusammengeschlossen sind. In verschiedenen Briefen wurden Vorschläge zur Aufnahme des Dialogs den mittelamerikanischen Präsidenten, den Generalsekretären

der UNO und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und Cristiani unterbreitet. Außerdem führte die FMLN Gespräche mit dem costarikanischen Präsidenten Oscar Arias und US-Politikern.

Im Anschluß an den Gipfel stimmte Cristiani schließlich einer Gesprächsaufnahme zu. Zwei Tage vor dem Treffen in Mexiko veröffentlichte die FMLN einen Verhandlungsvorschlag, der denen ähnelt, die sie im Januar und Februar d.J. im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen unterbreitet hatte (siehe DRITTE WELT 3/1989, S. 10 ff. und 4/1989 S. 8 f.). Er ist darauf angelegt, eine möglichst breite Unterstützung unter allen Oppositionskräften zu erzielen (siehe Kasten).

Die FMLN schlägt einen Waffenstillstand zum 15. November d.J. vor, wenn Vereinbarungen u.a. über folgende Punkte erzielt worden sind: Reform des Justizwesens, Ende der Repression, Prozesse gegen Mitglieder der Todesschwadron, Fortführung der Agrarreform der vorherigen Regierung, Selbsteinigung der Armee und Vorziehen der für 1991 geplanten Parlamentswahlen.

Dann will sich die FMLN ins politische Leben eingliedern.

Spätestens bis zum 31.1.1990 sollen die Verhandlungen über eine definitive Beendigung des Konflikts zu Ende gebracht werden. Dies soll die Verabschiedung von Reformen der Verfassung und der Wahlgesetze

sowie eine Reduzierung der Armee einschließen. Auf Forderungen nach Verschmelzung der beiden Armeen und nach einer Machtbeteiligung hatte die FMLN bereits Anfang d.J. verzichtet.

Kommandant Joaquin Villalobos erklärte, daß der Vorschlag „große Risiken“ in sich berge. Aber angesichts der Situation des Dialogs und der Entspannung, die in der Welt vorherrsche, und der Lage in El Salvador – fast die gesamte Gesellschaft fordere den Frieden – sei es an der Zeit, daß beide Parteien damit aufhören, ihre Kräfte „auf militärischem Gebiet“ zu messen. Die Regierungsdelegation, der lediglich zwei Minister und kein Vertreter der Armee angehörten, weigerte sich in Mexiko-Stadt mit den FMLN-Führern Villalobos und Schafik Handal über diesen Vorschlag zu verhandeln. Sie beschränkte sich darauf, in Anwesenheit der Vermittler, von Erzbischof Gregorio Rosa Chavez und Bischof Romeo Tobar Astorga, Verfahrensfragen zu behandeln.

Die Parteien vereinbarten, in einem monatlichen Rhythmus weiterzuverhandeln, „um die bewaffneten Auseinandersetzungen in kürzestmöglicher Zeit auf politischem Weg zu beenden“. Bei den Sitzungen

# FMLN-Verhandlungsvorschlag

Kurz vor den ersten Gesprächen zwischen der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und der Regierung Alfredo Cristianis am 13./14. September 1989 unterbreitete die FMLN den folgenden Verhandlungsvorschlag.

## Vorschlag der FMLN, um Demokratisierung, Einstellung der Feindseligkeiten und einen gerechten und dauerhaften Frieden in El Salvador zu erreichen.

Der Frieden ist die größte Sehnsucht und die Förderung aller Salvadorianer. Jetzt, nach 10 Jahren, hat sich eine klarere Möglichkeit ergeben, auf diese Sehnsucht zu antworten.

Am 24.1.1989 machte die FMLN einen Vorschlag, der wie niemals zuvor die Möglichkeit eines Friedens nahebrachte. Diese Gelegenheit wurde nicht genutzt. Jetzt ist dennoch ein neuer Rahmen für Möglichkeiten eines Friedens entstanden, dies aufgrund der breiten Übereinstimmung der politischen Parteien und der sozialen Kräfte von El Salvador sowie durch die von den Präsidenten Mittelamerikas in Tela, Honduras, unterzeichneten Abkommen, durch die Esquipulas II (Friedensabkommen vom August 1987; d. Red.) bestätigt wurde.

Die FMLN legt mit tiefen patriotischen Gefühlen und internationaler Verantwortung nun einen neuen Vorschlag zur Beendigung des Krieges auf politischem Weg vor. Dies ist die Antwort auf das Streben der gesamten Nation nach Frieden. Es ist eine historische Gelegenheit für die ganze Nation. Von daher erwarten wir ebenso eine konstruktive Mitarbeit der Vereinigten Staaten.

I. Feiereinstellung (vereinbart bis spätestens 15. November 1989) auf der Grundlage der folgenden Punkte:

- a) Beginn eines Reformierungsprozesses des Justizwesens, Ernenntung eines obersten Gerichtshofes und eines Generalstaatsanwalts der Republik in Übereinstimmung der Regierung mit den Oppositionsparteien.
- b) Vereinbarung über alle Maßnahmen, die die Beendigung jeder Form von Repression und die volle Gewährleistung der demokratischen Freiheiten sichern. Diese Maßnahmen sollten durch die UNO und die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) verifiziert werden.
- c) Vereinbarung darüber, einen anständigen Gerichtsprozeß zu führen, der garantiert, daß die Verantwortlichen offengelegt und sowohl die Schuldigen am Mord von Monsignore Romero als auch die Mitglieder der Todesschwadronen verurteilt werden. Während des Gerichtsverfahrens sollen die darin verwickelten Funktionäre von ihren Aufgaben entbunden werden.
- d) Vereinbarung, die von der vorherigen Regierung betriebenen Reformen aufrechtzuerhalten, um die ökonomische Grundlage der sozialen und politischen Konfrontation zu entschärfen. Suspendierung der Rückgabe der durch die Agrarreform betroffenen Ländereien an ihre früheren Eigentümer. Abschaffung der gesetzlichen Hindernisse zur Durchführung der Phase II der Agrarreform. Suspendierung der Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen, insbesonders bei den Preisen für Grundnahrungsmittel für den allgemeinen Konsum.
- e) Vereinbarung über die Selbstreinigung und Professionalisierung der Streitkräfte, was reale Spielräume für die Demokratisierung des Landes eröffnet.
- f) Verpflichtung der Regierung, daß sie der gesetzgebenden Versammlung die als Verhandlungsergebnisse getroffenen Vereinbarungen über die Verfassungsreform zur Genehmigung unterbreitet.

unterbreitet.

g) Vereinbarung über die Beschleunigung der Parlaments- und Kommunalwahlen von 1991 mit dem Ziel, so schnell wie möglich die Verfassungsreform umzusetzen und das Ende des Krieges und einen gerechten und dauerhaften Frieden für unser Land zu erreichen.

h) Beiderseitige Garantien in bezug auf Kampfhandlungen und Ansiedlung der Streitkräfte, die eine effektive Gültigkeit der Feiereinstellung garantieren, ohne daß dies die Integrität des nationalen Territoriums ankratzt.

### II. Die ersten Schritte für die Eingliederung der FMLN in das politische Leben

Wenn spätestens zum 15. November das Abkommen über die Feiereinstellung erreicht wird, ist die FMLN bereit, den ersten Schritt zur Eingliederung in das politische Leben vorzunehmen, was für die FMLN die Integration in die Legalität als politische Partei bedeuten wird, für deren Führer und politisch Aktive genauso wie für ihre Radios und andere Teile des Presse- und Propagandaapparates.

Dies wäre ein bedeutender und historischer Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung. Es ist ein Schritt, der große Risiken in sich birgt. Aber wir sind bereit, diese auf uns zu nehmen und damit unseren deutlichen Willen zu demonstrieren, dies auch dann, wenn die Verhandlungen über die endgültigen Einstellungen der Kampfhandlungen noch nicht zu Ende geführt sind.

### III. Verhandlungen über die definitive Einstellung der Kampfhandlungen und die vollständige Integration der FMLN in das politische Leben

(spätestens zum 31. Januar 1990)

Mit dem Inkrafttreten der Feiereinstellung sollen die Verhandlungen über die definitive Beendigung des bewaffneten Kampfes auf der Grundlage folgender Punkte beginnen:

- a) Verabschiedung des Projektes über die Verfassungsreform durch die aktuelle gesetzgebende Versammlung, das Bestandteil der Verhandlungen ist und zu dem die Erstellung der geeigneten Mechanismen für die Fortentwicklung der Parlaments- und Kommunalwahlen gehört.
- b) Umstrukturierung des Wahlsystems und Reformen am Wahlgesetz unter Beteiligung aller legalen oder sich formierenden Parteien.
- c) Spezialabkommen über die Anerkennung eines einzigen nationalen Heeres und dessen graduelle Verkleinerung auf die tatsächlich notwendige Größe für die Verteidigung der nationalen Souveränität. Auflösung der verschiedenen Sicherheitskräfte und Bildung eines einzigen Körpers unter ziviler Leitung.
- d) Vereinbarung über einen Vorschlag, gerichtet an den Kongress der Vereinigten Staaten, über die Umwandlung der Militärhilfe in einen Hilfsfonds für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau des Landes.

El Salvador, am 11.9.1989  
Schafik Jorge Handal, Salvador Sanchez Ceren, Francisco Jovel, Joaquin Villalobos, Eduardo Sanchez

(QUELLE: Venceremos, deutsche Ausgabe, Bonn, Nr. 1/Oktobe 1989, S. 1-2)

kündigte an, zum folgenden Treffen am 16./17. Oktober d.J. in Costa Rica einen eigenen Verhandlungsvorschlag zu unterbreiten.

Zwar sind damit Grundvoraussetzungen für ernsthafte Gespräche geschaffen, doch wird ihr Erfolg vom Ausgang der Auseinandersetzungen in der ARENA und der Armee abhängen. Die Tatsache, daß die Armee eine 10-tägige Feuerpause der FMLN ab dem 13. September zu einer Offensive nutzte und gleichzeitig 140 Gewerkschafter und andere Oppositionelle verhaftet wurden, deutet darauf hin, daß die Gegner ernsthafter Verhandlungen weiterhin stark sind.

Der Vizeverteidigungsminister Orlando Zepeda hatte sowohl die Gespräche als auch eine Reduzierung der Mannschaftsstärke der Armee und ihre „Selbstreinigung“ abgelehnt. Inzwischen verlangt er aber, daß Militärs an den Verhandlungen teilnehmen, wohl um ihren Erfolg zu verhindern. Die Meinungsverschiedenheiten in der Armee wurden jedoch deutlich, als Verteidigungsminister Humberto Larios eine Woche nach den Gesprächen sich nicht nur mit einer Truppenreduzierung einverstanden erklärte, sondern jene kritisierte, die die Friedensgespräche verurteilt hatten. Nach Aussagen von Schafik Handal müssen angesichts der Widerstände in den Sicherheitskräften, jene Kräfte der ARENA, die für den Dialog eintreten, Unterstützung in der gesamten Gesellschaft suchen. Dies werde einen Kräfteumschwung in der Regierungspartei zur Folge haben.

Bleibt die Frage, welche Position Washington zu den Verhandlungen einnimmt. Eine offizielle Reaktion hat es weder im Januar noch jetzt auf die Vorschläge der FMLN gegeben. Dies ist aber von entscheidender Bedeutung. Denn, so der ehemalige spanische Botschafter in El Salvador, Fernando Alvarez de Miranda, „mehr als jemals zuvor hängt alles von Washington ab, und hier befindet sich einer der Schlüssel des Dialogs, der in Mexiko begonnen wurde.“

## EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

*Waffen für El Salvador*

Postgiroamt Berlin-West  
Sonderkonto  
28859-107  
Bankleitzahl 10010010  
Freunde der alternativen  
Tageszeitung e.V.  
1000 Berlin 61

Kontostand 14.9.89  
**4.241.977,33 DM**

Bisherige UnterstützerInnen:  
AIB - Dritte Welt Zeitschrift, Arbeiterkampf, blätter des iz3w, Cuba Si, Ida - Info, Impkorr, Konkret, Lateinamerika Nachrichten, PROWORO, Radio Dreieckland - Freiburg, Radio 100 - Westberlin, Radio Z - Nürnberg, Euskadi Information



WOLFRAM BRÖNNER

# Einstellen auf neue Weltlage

Das Gipfeltreffen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, das vom 4.-7. September d.J. in Belgrad unter der Beteiligung von über 60 Staats- und Regierungschefs stattfand, setzte einige neue Akzente.

**D**ie Ausrichtung dieses neunten Gipfels der Bewegung der Nichtpaktgebundenen in der jugoslawischen Hauptstadt weckte Erinnerungen. In Belgrad hatte sie sich im Jahr 1961 auch zu ihrer Gründungskonferenz eingefunden, um sich in der Ära des Kalten Krieges als eine eigenständige Kraft neben den Militärblöcken zu folgen haben.

Bleibt die Frage, welche Position Washington zu den Verhandlungen einnimmt. Eine offizielle Reaktion hat es weder im Januar noch jetzt auf die Vorschläge der FMLN gegeben. Dies ist aber von entscheidender Bedeutung. Denn, so der ehemalige spanische Botschafter in El Salvador, Fernando Alvarez de Miranda, „mehr als jemals zuvor hängt alles von Washington ab, und hier befindet sich einer der Schlüssel des Dialogs, der in Mexiko begonnen wurde.“

Aufgaben heraus. Ihr Dilemma: Die beiden Weltmächte trieben die Veränderungsprozesse weitgehend allein voran, sodaß sich die Nichtpaktgebundenen zusehends – ähnlich der Friedensbewegung – in eine Zuschauer- oder Statistenrolle versetzt sahen. Sie taten sich schwer, sich auf die neue, für sie chancenreiche Weltlage einzustellen und vom bloßen Reagieren zum selbständigen Handeln zurückzufinden.

Das ist ihr gelungen. Von damals 25 Teilnehmerstaaten ist sie mit der Aufnahme Venezuela auf nunmehr 102 Mitgliedsländer Afrikas (51), Asiens (30), Lateinamerikas (18) und Südeuropas (3; Jugoslawien, Zypern, Malta) angewachsen. Sie repräsentiert heute den Großteil der Entwicklungsländer und ihre unterschiedlichsten sozialen Systeme, etwa die Hälfte der Weltbevölkerung und zwei Drittel der Mitgliedsstaaten in den Vereinten Nationen. Zweifellos haben die Nichtpaktgebundenen in diesen nahezu drei Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag insbesondere zur Verteidigung des Weltfriedens und zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems geleistet. Auf dem achten Gipfel der Nichtpaktgebundenen 1986 in Harare (Simbabwe) griffen sie erstmals das weltwirtschaftlich brisanteste Thema Schuldenkrise auf. (1)

Der mit dem Übergang zum Dialog USA-UdSSR 1987/88 angebahnte, neue globale Entspannungstrend, Abrüstungseinstieg und Prozeß politischer Verhandlungslösungen für Regionalkonflikte (Mittelamerika, Afghanistan, Golfkrieg, Angola/Namibia u.a.) forderte die Nichtpaktgebundenen zu einer – wenn auch verspäteten – Anpassung an die neuen Realitäten, zur Neubestimmung ihrer Strategie und vorrangigen

Dies schlug sich im jugoslawischen Entwurf der Belgrader Abschlußerklärung der gestaltete nieder, daß im Gegensatz zum achten Gipfel vor drei Jahren, die namentliche Anklage gegen die USA bzw. die sieben Westmächte unterblieb und Begriffe wie Imperialismus, Neokolonialismus fehlten. Loncar begründete ein so von „ideologischem“ Ballast gereinigtes Konzept mit „der Notwendigkeit, neue Initiativen in einem neuen konstruktiven Geist des Verhandelns und der Aussöhnung zu formulieren“. Nur auf diese Weise könne die Ost-West-Entspannung genutzt werden, um der Bewegung einen „neuen Atem“ zu verleihen. (3)

Die Debatte um diese unerlässliche Neuorientierung entbrannte in epischer Breite bereits auf der Außenministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen von Nikosia (Zypern) im September 1988. Die Weichen wurden auf ein aktiveres eigenes Einschalten in die internationalen Veränderungsprozesse, auf eine Verbreiterung der „gegenwärtigen Entspannung“ gestellt. (2) Auf dem Ministertreffen vom Mai 1989 in Harare wurde die Notwendigkeit bekräftigt, den Standort der Bewegung zu überdenken, die Prioritätensetzung zu überprüfen.

Als kaum strittig erwies sich denn auch auf dem Belgrader Gipfel das Aufgreifen neuer Fragen wie die Nutzung des Entspannungsprozesses für die wirtschaftliche Entwicklung, die Ökologie, Drogenbekämpfung und Menschenrechte. Kontroversen entbrannten hingegen über die Dauerhaftigkeit der Ost-West-Entspannung und darüber, wie weit Kooperations- und Konzessionsbereitschaft gegenüber den neokolonialistischen Zentren gehen könne.

Jugoslawiens Außenminister Budimir Loncar plädierte für eine grundsätzliche „Modernisierung“ und „Mäßigung“ des Konzepts der Blockfreiheit im Sinne eines pragmatischen, in jeder Hinsicht konfrontationsfreien Umgangs mit den Westmächten.

Dies stieß auf den Widerstand einer Vielzahl von Mitgliedsländern, nicht nur der aus Kuba, Nordkorea, Vietnam, Äthiopien, Libyen, Nicaragua, Südjemem u.a. bestehenden Gruppe der „Radikalen“. Ihnen ging die Anpassung zu weit. Ein derart versöhnlicher Umgang mit den Westmächten rüttelte aus ihrer Sicht an den Grundprinzipien, am in den 70er/80er Jahren schärfer antiimperialistisch akzentuierten Selbstverständnis der Bewegung. Außerdem widersetzten sie sich einer „politischen Naivität“ der globalen Entspannung, habe diese doch noch nicht hinreichend auf die regionalen Krisenzentren in der Dritten Welt durchgeschlagen. (4)

Simbabwes Präsident Robert Mugabe, der seinen Vorsitz in Belgrad an den jugoslawischen Staatspräsidenten Janez Drnovsek weitergab, warnte davor, im Namen von Reformen die Prinzipien der Nichtpaktgebundenen zu opfern: Denn, so Mugabe, „unser Zurückweisung von Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus... fußt auf grund-

sätzlichen Prinzipien und ist kein Verhandlungsgegenstand". Die TeilnehmerInnen des Belgrader Gipfeltreffens trugen dem schließlich Rechnung, indem sie in die Abschlußerklärung eine zusätzliche Passage aufnahmen, welche ihr Festhalten am Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Apartheid ausdrückte. Ferner stimmte die Gruppe der „Gemäßigten“ (Jugoslawien, Indonesien, Ägypten, Argentinien u.a.) einer Abänderung der Formulierung im Entwurf, „das weltpolitische Klima hat sich einschneidend verbessert“ in „das weltpolitische Klima hat sich verbessert, aber nicht ausreichend“ zu. (5)

Allgemeingut war in Belgrad die Feststellung, daß sich die wirtschaftliche Lage der Dritten Welt weiter dramatisch verschlechtert und die Schuldenlast von inzwischen 1,3 Bio \$ zu ihrem Haupteiden ausgewachsen habe. Mugabe wertete die 80er Jahre als für die Entwicklungsländer „verlorenes Jahrzehnt“. Er beklagte die mangelnde Be reitschaft des Westens, ernsthaft zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Notlage beizutragen und den seit 1981 ruhenden Nord-Süd-Dialog wiederzuleben.

Der Gipfel forderte die Bildung eines UNO-Forums, das Wege zur Lösung der Schuldenkrise erarbeiten solle. Den ärmsten Entwicklungsländern müßten unverzüglich die aus öffentlichen Krediten herührenden Schulden erlassen werden. Eine Kommission unter Leitung des tansanischen Ex-Präsidenten Julius Nyerere soll gleichlaufend den Ausbau der Süd-Süd-Zusammenarbeit vorantreiben.

Einen weiteren bemerkenswerten Neuanfang erbrachte Belgrad mit dem Aufgreifen der Ökologiefragen, wenngleich sich der Vorschlag des indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi, einen internationalen Umweltschutzfonds (Jahresaufkommen 18 Mrd \$) bei den Vereinten Nationen einzurichten, nicht auf Anhieb durchsetzen ließ. Mit ihm sollten vornehmlich umweltverträgliche Technologien entwickelt werden, welche frei von Restriktionen allen Ländern verfügbar zu machen wären. (6)

In der einmütig vom Belgrader Gipfel verabschiedeten Abschlußerklärung wurden sodann folgende Prioritäten für die politische Arbeit in den kommenden drei Jahren gesetzt:

Erstens gelte es, die Anstrengungen auf die Vertiefung von Friedens- und Abrüstungsprozessen zu konzentrieren. „Solange kein dauerhafter und stabiler Frieden auf der Grundlage einer umfassenden, lebensfähigen und realisierbaren Struktur internationaler Sicherheit erzielt ist, bleiben die Anstrengungen für Frieden, Abrüstung und die Beilegung von Streitfragen mit friedlichen Mitteln weiterhin unsere erste und vorrangigste Aufgabe.“

Zweitens ginge es darum, die vorteilhaften weltpolitischen Veränderungen zugunsten der gemeinsamen Suche nach wirksamen und akzeptablen Lösungen für die wirtschaftlichen Kernprobleme der Entwicklungsländer zu nutzen, d.h. für die wechselseitig verflochtenen Krisenfaktoren Auslandsverschuldung, Entwicklungsfinanzierung, ungleicher Handel, Rohstoffpreisverfall und Technologierückstand. Anzustreben seien Gipfeltreffen zur Nord-Süd- und Süd-Süd- Zusammenarbeit, wobei ein neuer Entwicklungskonsens gefunden werden müsse. Die Zunahme gegenseitiger „globaler Abhängigkeiten“ und „Ungleichgewichte“ gebiete verstärkte „Anstrengungen, die auf eine breitestmögliche Demokratisierung der internationalen Beziehungen gerichtet sind“.

Drittens wird die fortgesetzte Unterstützung des Rechts aller Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt, insbesondere derer, die kolonialer Unterdrückung, ausländischer Besatzung, Aggressions- und Interventionsakten ausgesetzt sind. Bis zum Ende des Jahrhunderts müßten die noch immer 20 Territorien unter Kolonialherrschaft restlos befreit sein.

Viertens sei angesichts der den Wäldern, Gewässern und der Atmosphäre drohenden Gefahren der Umweltschutz zu einem globalen Anliegen geworden. Ihnen müsse durch eine weltweite Zusammenarbeit sowie verstärkte umweltfreundliche Technologie- und Entwicklungshilfen für die Länder des Südens begegnet werden.

Fünftens wollen sich die Nichtpaktgebundenen fortan der Respektierung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, die Rechte der Frauen eingeschlossen, zuwenden. Die volle Verwirklichung der „grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten“ müsse zu einem Hauptanliegen der Bewegung gemacht, der Terrorismus in jeder Form abgelehnt werden.

Sechstens sollen die Rolle und Wirksamkeit der Vereinten Nationen gestärkt, ihre Aktionsfelder erweitert werden. (7)

Die von der Konferenz verabschiedeten, über 40 Entschlüsse zu Einzelfragen brachten eine teils gewichtige Rückendeckung für Befreiungskräfte und Verfechter politischer Lösungsprozesse von Regionalkonflikten.

Der Sanktionskurs gegen das Apartheidregime Südafrikas wurde bekräftigt. Dessen Anklage richtete sich zugleich gegen seine Unterdrückung im Innern wie gegen seine Sabotage des UN-Unabhängigkeitsplanes für Namibia. Der Gipfel übernahm die Erklärung der Organisation für Afrikanische Einheit vom August d.J. zu einer Verhandlungslösung in Südafrika (Wortlaut siehe Titelstory). Ähnliche Unterstützung wie der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) wurde auch der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zuteil, deren Vorsitzender Yassir Arafat erstmals auf einem internationalen Forum in seiner Funktion als Oberhaupt des Ende 1988 proklamierten Staates Palästina auftreten konnte. Der Gipfel befürwortete die Einberufung einer internationalen Nahost-Konferenz durch den UN-Sicherheitsrat und die Solidarität mit der palästinensischen Volksaufhebung, der Intifada.

Während es in Belgrad mißlang, den Irak und Iran zur Aufnahme von Direktverhandlungen für eine Friedensregelung zu bewegen, kam es zu einer afghanisch-iranischen Annäherung, da die Regierung Nadjibullah der Verpflichtung auf „den islamischen Status Afghanistans“ zustimmte. Beigeplichtet wurde in Belgrad dem Festhalten Kabuls am Genfer Abkommen (April 1988) und an einer innerafghanischen Dialogpolitik. Gütegeheißen wurden ferner die Dialogprozesse zu Mittelamerika, der Westsahara, Zypern und Kambodscha, dessen Sitz wie schon bei den letzten Gipfeltreffen leer blieb.

Mit dieser Prioritätssetzung und etlichen Neuansätzen scheinen die Nichtpaktgebundenen gewappnet, sich in den kommenden Jahren aktiver in die Veränderung der weltweiten Rahmenbedingungen einzubringen oder sich mit eigenen Initiativen (à la Gandhi) zu profilieren. So beschränkt das eigenständige Durchsetzungsvermögen der Bewegung auch sein mag, die weltpolitische Umbruchssituation begünstigt eine Reaktivierung ihres Gegenmachpotentials. Inwieweit dies gelingt, muß die Bilanz des 10. Gipfels im Jahr 1992, voraussichtlich auf lateinamerikanischem Boden (erster Bewerber bleibt Nicaragua), erweisen.

Anmerkungen  
1) Einschätzung und Dokumentarisches zum 8. Gipfel in Harare siehe in: AIB 11/1986, S. 4-8  
2) Zit. nach: epd-Entwicklungs politik, Frankfurt/M., Nr. 14/Jul 1989, S. 26  
3) Le Monde (LM), Paris, 5.9.1989  
4) Ebenda, 3./4. und 5.9.1989  
5) Nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 5.9.1989 und LM, 5.9.1989  
6) Nach: IHT, 5. und 6.9.1989  
7) Deklaration des 9. Gipfels der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, Belgrad, 7.9.1989



### südostasien informationen

#### Ende der Blockkonfrontation?

Heft Nr. 3/89

- Die neue sowjetische Asienpolitik (Exklusivartikel einer führenden sowjetischen Asienwissenschaftlerin)
- Auflösung der Blöcke im asiatisch-pazifischen Raum?
- Thailand: Vom Kalten Krieg zum heißen Markt
- Philippinen: Reaktion der Linken auf die neue internationale Lage?

Außerdem:  
aktuelle Nachrichten und Berichte zu Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Osttimor, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam; Termine; Literaturhinweise

Schwerpunkt des nächsten Hefts:  
**4/89 Chinesen in Südostasien**

### südostasien informationen

erscheint vierteljährlich  
Umfang: 64 S.;  
Einzelpreis: DM 6,-  
Jahresabonnement:  
DM 24,- für Einzelpersonen  
DM 48,- für Institutionen

bei der  
Südostasien-  
Informationsstelle  
Josephinenstraße 71  
D-4630 Bochum 1  
Telefon 0234/502748

# Raketen-Rüstungswettlauf

Im Sommer d.J. ließen zunächst Raketentests Indiens, dann Südafrikas aufhorchen. Den ersten erfolgreichen Test einer atomwaffenfähigen Mittelstreckenrakete verdankt das Apartheidregime der Zuarbeit Israels und des bundesdeutschen Rüstungskonzerns MBB. Ein Vorgang, der vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI als „äußerst beunruhigende Entwicklung“ eingestuft wird.

**D**ie Verbreitung ballistischer Raketen in der Dritten Welt hat im Westen eine ähnliche Besorgnis ausgelöst wie die Weiterverbreitung von Atomwaffen. Dies wurde durch den Golfkrieg noch unterstrichen. Trotz der 1987 verhängten Handelsbeschränkungen geht die Verbreitung dieser Waffen unvermindert weiter.

China allein produziert 31 verschiedene Raketentypen, 22 davon Lenkwaffen, von einfachen Kurzstreckenraketen bis hin zu interkontinentalen ballistischen Raketen (ICBMs) mit mehrfach unabhängig lenkbaren Wiedereintrittsgefechtsköpfen (MIRVs). Und das in London ansässige Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) hat 22 andere Länder der Dritten Welt identifiziert, die entweder ballistische Raketen gekauft oder hergestellt haben.

Neun Länder besitzen oder entwickeln relativ ausgereifte Boden-Boden-Raketen mit Reichweiten zwischen 600 km und mehr als 2000 km, die atomare Gefechtsköpfe tragen können. Der tatsächliche Grund für die Besorgnis des Westens aber ist in der Tatsache zu suchen, daß all diese Mittelstreckenwaffen lokal hergestellt werden und so praktisch unkontrollierbar sind.

Zu diesen Waffen gehört die Condor II Argentiniens mit einer Reichweite von 800 km, die in Kooperation mit Ägypten und dem Irak sowie mit der Hilfe westdeutscher Unternehmen entwickelt wird.

Die ägyptische Version, die Badr-2000, wird zweifellos neben dem Irak, der Finanzierungshilfe leisten soll, eine ganze Reihe weiterer Käufer im Nahen und Mittleren Osten finden. Der Irak selbst produziert bereits die Al-Abbas-Rakete mit 900 km Reichweite – eine weiterentwickelte Version der populären sowjetischen Scud B.

Weitere Beispiele aus dem Nahen und Mittleren Osten: Letztes Jahr kaufte Saudi-Arabien etwa 60 chinesische CSS-2 East Wind Raketen (Reichweite 2200 km), während Israel seine eigene Jericho III entwickelt, von der es heißt, sie habe eine Reichweite von 1450 km. Von Libyen ist bekannt, daß es an der 1000 km weit reichenden Sonda IV interessiert ist, die von Brasilien mit westdeutscher Hilfe entwickelt wird.

Der Wettlauf findet ebenfalls auf dem indischen Subkontinent statt, wo Indien im Mai d.J. seine Agni-Rakete testete, mit einer

möglichen Reichweite von 2500 km. Pakistan, einige Jahre nachhinkend, testete einige Monate zuvor eine mit chinesischer und möglicherweise sogar französischer Hilfe gebaute mehrstufige Ortungsrakete, die mit großer Wahrscheinlichkeit Grundlage für eine ähnliche Rakete ist.

Die Raketenentwicklung in der Dritten Welt ist so neu nicht: Ägypten z.B. hatte ein großes Raketenentwicklungsprogramm in den 50er Jahren, das erst gestoppt wurde, nachdem der israelische Geheimdienst die führenden Wissenschaftler und Ingenieure systematisch ermordet hatte. Israel, China, Argentinien und Brasilien haben seit Jahrzehnten Raketenentwicklungsprogramme.

Aber der Golfkrieg (1980-88) verschärfte die Sorgen des Westens. Es war der erste Regionalkonflikt, in dem solche Waffen zur Anwendung kamen – in Vietnam etwa waren Bomber die hauptsächlichen strategischen Waffen. Der Golfkrieg zeigte auch, wie leicht ein kriegsführendes Entwicklungsland seine eigenen Raketen selbst unter starken Handelsanktionen herstellen kann. Und obwohl es nicht direkt beteiligt war, schockierte Saudi-Arabien Washington, als es chinesische Raketen zur Abschreckung gegen den Iran erworb und der amerikanische Geheimdienst nichts über dieses Geschäft wußte, bis die Waffen stationiert waren.

Schließlich gab es noch Iraks Fabrikation und Gebrauch von chemischen Waffen und die Erkenntnis, daß Raketen ein ideales Einsatzmittel waren. Teherans Ängste vor dieser Möglichkeit waren ein Schlüsselfaktor der iranischen Annahme eines demütigenen Friedens.

Die von den Großmächten stationierten Mittel- und Langstreckenraketen sind hauptsächlich dazu bestimmt, entweder taktische atomare oder chemische Gefechtsköpfe zu tragen, da ihre Genauigkeit begrenzt ist. Ebenso wurde erkannt, daß alle Entwicklungsländer mit großen Raketenentwicklungsprogrammen auch gut eingerichtete Atomprogramme haben.

Die Antwort der USA darauf war die Begrenzung des Exports von „sensitiver“ Technologie, ein Schritt, der 1987 formalisiert wurde mit der Verfügung zur Kontrolle von Raketentechnologie (MICR). Sieben Staaten (die USA, Großbritannien, Japan,

Westdeutschland, Frankreich, Italien und Kanada) stimmten einem Exportverbot für alle vollständigen Raketen oder für Komponenten von Raketen, die eine Reichweite von mehr als 300 km bzw. eine Nutzlast von mehr als 500 kg haben, zu. Dies betraf insbesondere Technologie zur Lenkung (Gyrokope und Telemetrie), zum Wiedereintritt in die Atmosphäre (hitzebeständiges Material) und gekühlte flüssige Treibstoffe. Und es schloß Technologie ein, die für zivile Raumfahrtprogramme solcher Länder wie China, Indien und Brasilien gebraucht wurde.

Länder, die entschlossen waren, weiterzukommen, fanden allerdings andere Wege. Die meisten Entwicklungsländer mit einer gebildeten Elite verfügen durchaus über die Fähigkeit, Waffen zu verbessern, die schon in ihrem Besitz sind.

Die sowjetische Scud B mit einer Reichweite von 300 km ist ein besonders beliebtes Modell für Veränderungen, nicht zuletzt weil es aus vielen anderen Quellen neben der UdSSR bezogen werden kann – etwa aus Nordkorea oder China, die jetzt ihre eigenen Versionen bauen. Beide, der Irak und der Iran, haben im Golfkrieg veränderte Scuds eingesetzt. Der Irak hat seine Scuds genutzt, um die Al-Hussayn mit einer Reichweite von 600 km und die Al-Abbas mit einer Reichweite von 900 km herzustellen.

Scud-B-Rakete bei einer Militärparade in Teheran während des Golfkrieges



Andere Staaten haben einfach die Komponenten, die sie brauchten in geheimen Geschäften von privaten Unternehmen gekauft. Argentinien kaufte, was es für die Condor II brauchte, über westeuropäische Unternehmen. Verschiedene westdeutsche und italienische Unternehmen waren in den Handel einbezogen, an dem auch ägyptische Diplomaten beteiligt waren, die versuchten, Komponenten aus den USA zu schmuggeln. Darunter waren Raketenkuppen, eine Mikrowellenantenne, Bestandteile von Raketentreibstoff (Antioxidanzien 2246 und gepulvertes Aluminium) und ein Raketenleim (Versimide 125).

Andere Staaten haben sich an weiter entwickelte Verbündete der Dritten Welt um

## Liste der Raketenmächte

### Kurzstreckenraketen (bis 150 km):

Brasilien (Astros II-SS-60); China, Ägypten (Saqr-80); Indien (Trishul: 9 km, Akash: 27 km); Iran (Oghab: 40 km, Shakin II: 100 km, Nazeat: 130 km); Südkorea (Nike-Hercules); Pakistan (Hatif: 80 km, Acza: 5 km); Taiwan (Hsiung Feng).

### Raketen kürzerer Reichweite (150-500 km):

Argentinien (Condor I: 150 km); Brasilien (Avibras SS-300, MB EE: 150 km); China, Ägypten, Indien (Prithvi: 150 km); Israel (Jericho I); Libyen, Pakistan (Hatif II: 300 km).

### Raketen mittlerer Reichweite (über 500 km):

Argentinien (Condor II: 800 km); Brasilien (Sonda IV SS-1000); China, Ägypten (Badr-2000: 800 km); Indien (Agni: 2500 km); Iran (ohne Namen: 800 km); Irak (Al-Hussayn: 600 km, Al-Abbas: 900 km, Condor II: 800 km); Israel (Jericho II: 490-750 km, Jericho IIB: 800 km, Jericho III: 1450 km); Pakistan (ohne Namen: 2000 km).

### Technologiehilfe:

| von             | an                             |
|-----------------|--------------------------------|
| BRD             | Argentinien, Brasilien, Libyen |
| Italien         | Argentinien                    |
| Irak            | Argentinien, Ägypten           |
| Ägypten         | Argentinien                    |
| Koreanische VDR | Ägypten                        |
| Argentinien     | Ägypten, Irak                  |
| China           | Iran, Pakistan                 |
| Frankreich      | Israel                         |

(Dabei sind Modernisierungsprogramme nicht erfasst.)

Hilfe gewandt. Ägypten erhielt z.B. einige Hilfe von Nordkorea, um seine Kurzstreckenrakete Saqr 80 zu bauen und einige Scuds anzupassen. China half dem Iran, seine Kurzstreckenraketen Oghab, Shahin und Nazeat zu entwickeln und zu bauen sowie auch Scuds zu bearbeiten. Es half ebenfalls Pakistan, seine Kurzstreckenrakete Hat I und seine Mittelstreckenrakete Hat II zu entwickeln, die letztes Jahr getestet wurde. Pakistan wiederum bietet nun der Türkei seine Hilfe an.

Aber es gibt auch noch andere Gründe, warum der Bann des MICR solch ein Fehlschlag war. In erster Linie fehlt ihm jede Glaubwürdigkeit für die Entwicklungsländer, die eher seine Opfer als seine Partner sind. Sie sehen ihn als Wiederbelebung des atomaren Weiterverbreitungsverbots, von dem die meisten Staaten glauben, daß es vor allem geschaffen wurde, um den Tech-

nologietransfer zu verhindern und die Überlegenheit der Lieferanten aufrechtzuerhalten.

Zudem gab es viel Heuchelei bei der Umsetzung der Verfügung. Indien z.B. fühlte sich von Anfang an als ein Zielobjekt, wahrscheinlich wegen seiner engen Beziehungen zur UdSSR. Die Verfügung wurde eingeführt just einige Monate nachdem Indien seine Kurzstreckenrakete Trishul getestet hatte. Sie wurde strikt angewandt an den Punkten, wo es Neu-Delhis Raumfahrtprogramm betraf. Und die kürzlichen Tests der Agni wurden in den USA mit Rufen nach Handelssanktionen begleitet.

Indiens Antwort auf den Druck des Westens bestand darin, jeden Versuch, sein Raketen- und Raumfahrtprogramm rigide voneinander zu trennen, zu Fall zu bringen. Die erste Stufe der Agni ist identisch mit der ersten Feststoffantriebsstufe von Indiens Raumfahrtträger Rakete SLV-3. Die „Times of India“ kommentierte, daß dieser Wechsel der Politik längst überfällig gewesen sei. Denn der einzige Grund, eine zweigleisige Politik aufrechtzuerhalten, sei die Verhinderung von Sanktionen gegen den Technologietransfer für das Raumfahrtprogramm gewesen. Die MICR-Verfügung, so die Zeitung, hat „den Unterschied zwischen einem zivilen und einem militärischen Programm tatsächlich beseitigt, indem es keine solche Unterscheidung anerkennt.“

Demgegenüber wurden die strategischen Verbündeten des Westens ganz anders behandelt. Auf die Raketentests Pakistans wurde mit Schweigen und fortgesetzter Militärhilfe reagiert. Ähnlich hat der Westen ein blindes Auge für die Entwicklung der Rakete Jericho durch Israel, und die USA fahren fort, israelischen Unternehmen „Sternenkriegs“-Verträge zu übergeben. Die besondere Aufmerksamkeit für Argentiniens Condor II scheint weitgehend daher zu röhren, daß sie letztlich an arabische Staaten verkauft werden wird und so eine Bedrohung für Israel darstellt.

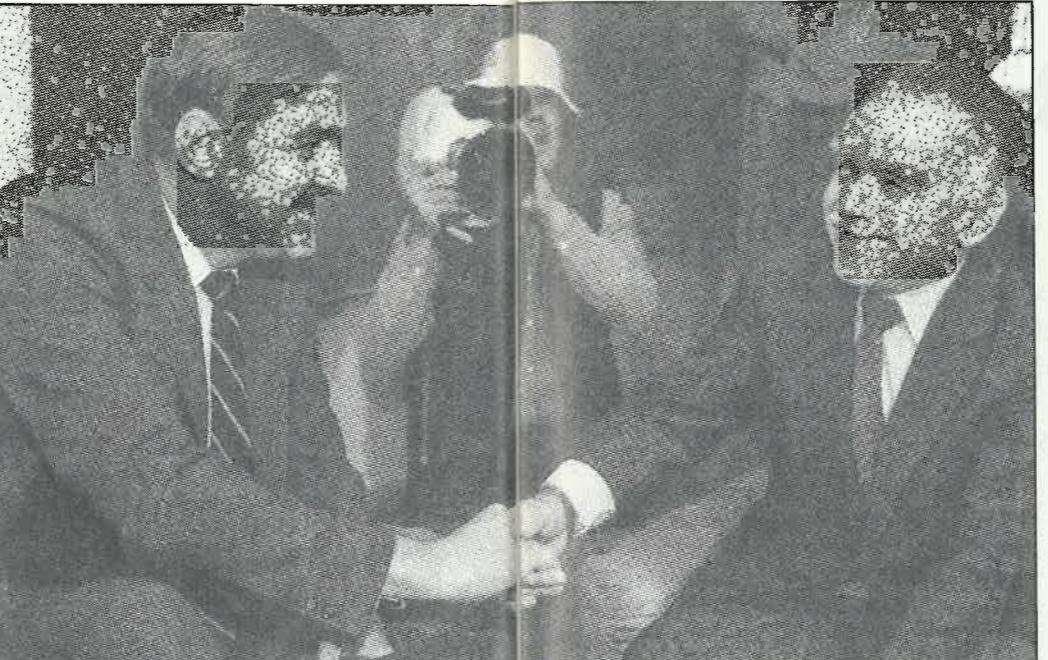
Viele Militärexperten geben nun zu, daß eine Raketenkontrolle unmöglich ist. Alles, was gebraucht wird, ist eine Gruppe von Technikern, eine Montagefabrik, Geld und Willenskraft, so Heinz Kopietz vom IISS. Alle notwendigen Komponenten können irgendwie beschafft werden, wenn ein Staat dazu entschlossen ist. Ein Unternehmen oder irgendein Beamter werden gewillt sein, das, was gebraucht wird, für einen entsprechenden Preis zu beschaffen. „Es ist eine Frage der Inkompetenz, der Bürokratie und eines riesigen Marktes, die nicht kontrolliert werden können“, sagt er.

Was MICR angeht, so bietet es überhaupt keine Anreize zur Einwilligung durch die Entwicklungsländer, zumal die betreffenden westlichen Staaten kaum ein gutes Beispiel abgeben. Geoffrey Kemp, Mitarbeiter an der US-amerikanischen Carnegie Foundation for International Peace, merkte in einem Kommentar zum Aufschrei über den Agni-Test an, daß zur gleichen Zeit die USA dabei waren, Westdeutschland zu bedrängen, es möge eine neue Rakete für Mitteleuropa entwickeln.

Dr. Bhupendra Jasana, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Royal United Services Institute in London, sagt, daß MICR „total kontraproduktiv“ sei. Er vergleicht sie mit der atomaren Nichtweiterverbreitung, welche mit der Verhängung von Beschränkungen für den Transfer atomarer Technologie lediglich Staaten angespornt habe, ihre eigenen Möglichkeiten schneller zu entwickeln. „Zusammenarbeit ist nötig, um Kontrolle zu erreichen“, sagt er. „Sonst werden die Staaten heimlich arbeiten, um das zu erreichen, was sie wollen. Es mag so länger dauern, aber am Ende werden sie es schaffen.“

Raketen werden in der Dritten Welt zunehmend als ein Statussymbol und als unentbehrlich für die regionale Sicherheit in potentiellen Konfliktgebieten angesehen. Und da die Reichweite der Raketen immer größer wird, wird auch die Rechtfertigung ihrer Entwicklung dringender. Entwicklungsländer, insbesondere jene mit hochentwickelter Technologie, wollen als Gleiche von den Großmächten behandelt werden, und für die Raketenkontrolle mag dies wesentlich sein.

Staaten wie Indien und Argentinien können nicht länger lediglich als Objekte eines



Raketenpartner bei einer Begegnung im November 1984: Südafrikas Außenminister „Pik“ Botha und Israels Ministerpräsident Yitzhak Shamir (r.).

Abkommens behandelt werden. Sie müssen aktiv einbezogen werden, wenn es Erfolg haben soll. Luftkommandeur Jasjit Singh, Direktor am indischen Institute of Defence Studies, argumentiert, daß die Entwicklung der Agni-Rakete nicht nur eine Frage der nationalen Sicherheit sei, sondern auch eine Möglichkeit zur Abrüstung biete. „Indien könnte anbieten, die Agni-Rakete zu eliminieren, vorausgesetzt alle landgestützten Mittelstreckenraketen würden weltweit vernichtet“, sagt er.

(QUELLE: South, London, August 1989, S. 102-106)

## Rüstungskollaboration Israel – Südafrika

## Die Drohung mit der Atomrakete

10 Jahre ist es her, daß US-Satelliten den berüchtigten „Doppelblitz“ über südafrikanischem Gebiet im Indischen Ozean feststellten, was allgemein als Bestätigung eines israelisch-südafrikanischen Atombombentests in der Atmosphäre angesehen wurde. Neuerdings deuten Berichte darauf hin, daß Pretoria inzwischen über die Mittel verfügt, eine Rakete zu starten, die fähig ist, mit einem Atomsprengkopf Ziele in allen Frontstaaten zu treffen.

Das jüngste Kollaborationsunternehmen zwischen den beiden Staaten ist eine südafrikanische Version einer israelischen Jericho-II-Rakete mit einer maximalen Reichweite von 1.500 km. Sie bedroht unmittelbar den Gürtel afrikanischer Staaten von Angola bis Tansania. Im Vergleich zur gegenwärtigen Herstellung einer Atombombe ist die Herstellung einer Rakete, die sie befördern kann, die technologisch schwierigste Aufgabe. Südafrika ist jetzt dem wachsenden Klub der Schwellenländer beigetreten, die über die Fähigkeit verfügen.

Eine Bestätigung für diese beunruhigende Entwicklung war im Juli d.J. die Mitteilung Pretorias über den erfolgreichen Start einer „Trägerrakete“ bei der Einweihung des neuen Testgeländes von Overberg am Kap. Auch wenn der staatliche Rüstungskonzern Armscor verantwortlich zeigte, scheint es wenig zweifelhaft zu sein, daß

Heute ist Armscor der größte Konzern Südafrikas, mit 90.000 Beschäftigten und über 900 privaten Zulieferfirmen. Eine Überprüfung der Produktionspalette Armscors zeigt das Ausmaß der israelischen Unterstützung bei der Entwicklung dessen, was als „gemeinsame Waffenindustrie“ bezeichnet wurde.

Was die wichtigsten Waffensysteme betrifft, so ist der südafrikanische Oliphant-Panzer eine Kopie der von Israel verbesserten Centurions, ist die seegestützte Schiffabwehr Rakete Skorpion der israelischen Gabriel unheimlich ähnlich und das Cheetah-Bodenkampfflugzeug, das von Präsident Botha als ein Beispiel der hausgemachten Fähigkeiten Armscors gelobt wurde, hat die Kfir als Grundlage, die in Tel Aviv hergestellt wird.

Die größte Verletzung des Waffenembargos war der gut belegte Fall des Diebstahls der Pläne für eine 155-mm-Feldhaubitze aus der kanadisch-US-amerikanischen Space Research Corporation in den 70er Jahren durch israelische Agenten. Die Haubitze, die in Südafrika als G5 bekannt ist, ist noch immer eine der fortgeschrittensten ihrer Art. Geheimdienstkreise glauben, daß eine Atomgranate, die aus einer dieser auf einem südafrikanischen Kriegsschiff angebrachten Kanonen abgeschossen wurde, für den Atomblitz verantwortlich war, der 1979 von einem US-amerikanischen Vega-Spionagesatelliten registriert wurde.

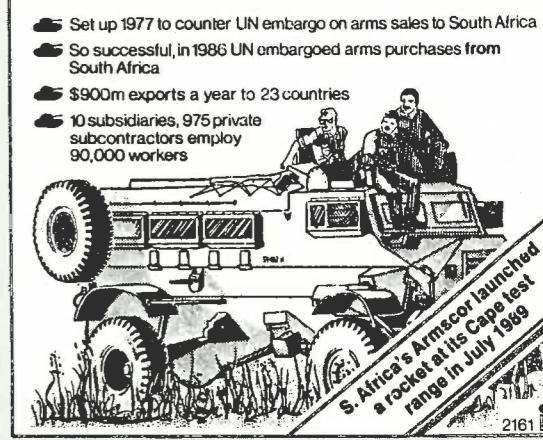
Israel hat offiziell der Forderung des US-Außenministeriums von 1987, die Belieferung Südafrikas mit Waffen einzustellen, entsprochen. Aber, wie Jane Hunter, eine Spezialistin für die israelisch-südafrikanischen Beziehungen erklärt, haben die Israelis bereits „Südafrika die Ansätze einer Waffenindustrie des 20. Jahrhunderts verschafft“. Von größerem Wert für Südafrika als der Verkauf von kompletten Waffensystemen ist fortgeschrittene Technologie, die es Südafrika erlauben wird, seine eigenen Ausrüstungen zu produzieren und anzupassen und die es beginnt, erfolg-

reich in der ganzen Welt auf den Markt zu bringen. Pretoria hat das Geld, um bestens ausgebildete ausländische Experten anzulocken.

Unter den Fakten, die Südafrikas kürzlichen Versuch betreffen, sich die britische Starstreak-Luftabwehr Rakete zu beschaffen, war die Enthüllung, daß frühere Angestellte des Raketenherstellers Shorts aus Belfast bereits in Afrika arbeiteten. Gleichfalls half der Einsatz ehemaliger Techniker der französischen Firma Aerospatiale, die den Alouette-Hubschrauber herstellt, Südafrika, den daraus abgeleiteten Alpha-XH-1-Kampfhubschrauber zu entwickeln. Aber Israel bleibt die Hauptquelle beim Technologiehandel.

Jane Hunter glaubt, daß Südafrika ein stiller Partner bei mehreren wichtigen israelischen Waffenprogrammen ist, indem es die Finanzen zur Verfügung stelle und mit der entwickelten Technologie belohnt würde. Atlas z.B., ein Zulieferer von Armscor, konnte seine Grundlage an Fachwissen durch den Zugang von israelischen Luft- und Raumfahrtexperten erheblich ausbauen, nachdem das Projekt des fortgeschrittenen Kampfflugzeuges Lavi aufgegeben worden war. Die Jericho-Rakete scheint ein entsprechender Fall zu sein. Sie ist jedoch nicht nur die logische Erweiterung von Südafrikas Fähigkeit, eine Atombombe herzustellen, sondern Teil eines we-

### ARMSCOR: Produces ballistic missile



sentlich umfassenderen militärischen Modernisierungsprogramms. Während anscheinend fast überall im Südlichen Afrika der Frieden ausbricht, hat Pretoria seinen Verteidigungshaushalt um 20 % auf 2,28 Mrd. \$ erhöht. Es gibt vielleicht eine Verbindung mit der blutigen Nase, die sich seine Streitkräfte bei der Schlacht von Cuito Cuanavale in Angola im letzten Jahr holten, als erstmals eine schwarzafrikanische Armee sich mit den Südafrikanern in einem konventionellen Krieg anlegte und ein Patt erzwang.

Die Lieferung von britischen Harrier-Flugzeugen an Simbabwe, die während des Falklandkrieges ihre Überlegenheit über die argentinischen Mirages (mit denen die südafrikanischen Luftstreitkräfte ausgerüstet sind) unter Beweis stellten, ist eine weitere unheilvolle Warnung für die Generäle in Pretoria. Südafrika ist nicht nur entschlossen, einen technologischen Vorsprung gegenüber seinen Nachbarn zu behalten. Der Besitz einer Waffe wie der Jericho-Rakete ist eine ernste Bedrohung für die Frontstaaten, gegen die diese sich nicht verteidigen können. Wenn Israel die Jericho III zur Verfügung stellt, wären Länder, die so weit entfernt sind wie Kenia, in Reichweite.

(QUELLE: New African, London, September 1989, S.21-22)



Verabschiedung der letzten sowjetischen Soldaten Mitte Februar 1989

## GESPRÄCH MIT NODARI SIMONIA

Lehren aus dem sowjetischen Afghanistan-Engagement

# Einen anderen Weg gab es auch damals

Die Bewältigung des Afghanistan-Traumas ist mit dem sowjetischen Truppenabzug keineswegs abgeschlossen. Vielmehr ist sie von grundsätzlicher Bedeutung für die Ausgestaltung der neuen Außenpolitik im Zeichen der Perestroika. Prof. Nodari Simonia, als Vizedirektor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen einer ihrer Exponenten, zieht Schlußfolgerungen aus der sowjetischen Afghanistanpolitik. Mit ihm sprach in Moskau Wolfram Bröner.

**F**RAGE: Michail Gorbatschow sprach unlängst bei der Behandlung des Staatshaushalts von Afghanistan als einem Übel, einer wirtschaftlichen Bürde der alten Außenpolitik der Sowjetunion. Wie stark ist Ihres Erachtens dieser Faktor als einer der Beweggründe für die Änderung der sowjetischen Außenpolitik zu gewichten?

N. SIMONIA: Ich glaube nicht, daß einige amerikanische Politiker und Wissenschaftler recht haben, wenn sie sagen, die Sowjets seien wegen Afghanistan dazu gezwungen worden, ihre Einstellung zur Außenpolitik zu ändern. Ich erinnere daran, daß wir die Veränderung begannen, nachdem Gorbatschow an die Macht gekommen war, nachdem er seine neuen Ideen für das Innere und Äußere formuliert hatte.

Ausschlaggebend war ein völliger Wandel unseres Herangehens an den Sozialismus in unserem Land, an weltweite Entwicklungen. Und folglich war unsere veränderte Haltung gegenüber Afghanistan eine



Folge dieses Neuen Denkens, nicht umgekehrt.

FRAGE: Und wie hoch gewichten Sie den militärischen Faktor? Ist die sowjetische In-

tervention in Afghanistan nicht ein Zeichen für seine vormalige Überbewertung?

N. SIMONIA: Gewiß. In der vorausgegangenen Zeit neigten wir immer wieder zu militärischen Methoden der Lösung von Problemen.

Wenn wir das Afghanistan-Problem in einem weiteren Sinn nehmen, war meine Haltung von Anfang an die, daß unsere Regierung und Parteiführung einen Fehler gemacht haben. Es geschah aus einem Mangel an Wissen darüber, was Afghanistan ist. Es ist ein Jammer, aber während dieses Zeitraums wurden eine Menge Fehlentscheidungen getroffen ohne jegliche ernsthafte wissenschaftliche Kenntnis der uns umgebenden Länder.

Es kam mir wirklich merkwürdig vor, daß mein Orient-Institut nur ein paar Blocks vom Zentralkomitee der KPdSU entfernt war, aber sie uns nie um Rat fragten.

FRAGE: Heißt das, daß die DRITTE-

WELT-Experten in der Ära Breschnew bei wichtigen Entscheidungen meist außen vor blieben? Und wie sieht es heute aus?

N. SIMONIA: Sie baten zwar um unsere Hilfe, aber nicht um wissenschaftlichen Rat.

Das wurde von Gorbatschow schon geändert. Jetzt stehen wir in ständigem Kontakt mit dem Zentralkomitee der KPdSU, mit dem Außenministerium und mit anderen Abteilungen, die sich mit Aspekten unserer Auslandsbeziehungen in Wirtschaft und Politik befassen.

FRAGE: Sie bezeichneten das sowjetische Afghanistan-Engagement 1979/80 als Fehlentscheidung. Wie lautet Ihre inhaltliche Begründung?

N. SIMONIA: Meiner Auffassung nach war es ein Fehler, weil sich zu jener Zeit schon ziemlich klar abzeichnete, daß das Problem mit militärischen Mitteln unmöglich zu lösen war. Afghanistan ist ein sehr dezentralisierter Staat auf einem niedrigen Niveau der sozialökonomischen Entwicklung, oder, wie die Marxisten es nennen, der Formationsentwicklung. Es war noch nicht einmal voll entwickelter Feudalismus, mit Einsprengseln von Stammesbeziehungen in der gesamten Struktur der Gesellschaft. Deshalb kann man das Problem in einem solchen Land nicht mit der Anwendung von militärischen Mitteln, also mit Methoden lösen, die für andere Niveaus der gesellschaftlichen Entwicklung geeignet sind.

FRAGE: Und wie lautet, einmal abgesehen von den immensen menschlichen Opfern (UdSSR 13 833 Tote, Afghanistan Hunderttausende), Ihre Verlustbilanz?

N. SIMONIA: Ich unterstreiche nochmals, daß der unser Land aus der Afghanistan-Fehlentscheidung erwachsene Schaden nicht nur ein wirtschaftlicher war, nicht nur im Problem des Geldausgebens bestand, sondern auch ein politischer und moralischer Verlust war.

Sie brachte ferner eine Reihe indirekter Verluste mit sich. Dies einmal, weil unser Afghanistan-Engagement unsere Beziehungen mit einer ganzen Reihe von Entwicklungsländern verschlechterte. Dies zum anderen, weil es unsere Beziehungen zu vielen entwickelten Ländern verschlechterte, mit den USA, mit westeuropäischen Ländern.

Es verminderte also die Möglichkeit unserer Teilnahme an der weltweiten Arbeitsteilung, an Zusammenarbeit und Handel. Und es kostete uns eine Menge neuer Technologien, zu deren Erwerb wir ansonsten die Gelegenheit gehabt hätten. Dieser Schaden war also groß.

Hier ist zu fragen, warum der durch Afghanistan verursachte Schaden solche Ausmaße annahm. Er wurde durch die USA und einige westliche Regierungen zu dieser Zeit künstlich hervorgerufen. Sie benutzten es einfach als Vorwand, die Beziehungen zu unserem Land zu verschlechtern und einen größeren Schaden anzurichten, als der direkte Schaden durch Afghanistan selbst war.

FRAGE: Es gab ja bereits vor dem sowjetischen Einmarsch vom Dezember 1979 eine vom CIA angeleitete Intervention in Afghanistan. Lassen Sie dies als Rechtfertigung für die sowjetische Militärintervention nicht gelten? War dies Ihres Erachtens kein triftiger Grund?

N. SIMONIA: Natürlich gab es bereits im vorhinein diese imperialistische Intervention, weil die USA mit dieser Art Politik an vielen Orten engagiert waren. Sie denken, daß ihre nationalen Interessen in jedem beliebigen Teil der Welt verteidigt werden müßten und mischen sich überall ein, sei es in Haiti, Panama, in Grenada, im Libanon, ja sogar in den Philippinen. Deshalb war der militärische Interventionismus üblich für sie, aber er war nicht üblich für mein Land. Das ist es, warum ich die vorherige Führung meines Landes beschuldigt habe, einen Fehler gemacht zu haben und vom wirklich marxistischen Herangehen an das Problem abgewichen zu sein.

FRAGE: Für Breschnew war damals das Hauptargument, daß die sowjetischen Sicherheitsinteressen gefährdet gewesen seien und daß die Entscheidung der NATO, Cruise Missiles und Pershing II in Westeuropa zu stationieren, zur gleichen Zeit fiel. Denken Sie, daß das nicht schwerwiegend genug war?

N. SIMONIA: Gewiß war das ein Grund, das kann ich nicht bestreiten. Aber es war kein entscheidender Grund. Warum?

In diesem Fall könnten Sie genausogut die Türkei benutzen, die NATO-Mitglied ist. Sie könnten den Iran benutzen – nicht jetzt, natürlich, aber in der Zeit, als der Schah an der Macht war. Die NATO-Mächte können alles um uns herum benutzen, um moderne

**NIEMAND IST IN DER LAGE,  
DIE ENTWICKLUNG DES  
POLITISCHEN KAMPFES IN  
DIESER ART VON LÄNDERN ZU  
KONTROLIEREN**

Waffen gegen unser Territorium in Stellung zu bringen.

Und wenn in Afghanistan ein zusätzlicher Standort für diese Raketen drohte, so war das natürlich nicht gut und erfreulich. Aber es ist in der globalen Strategie nicht entscheidend.

FRAGE: Westliche Medien berichteten kürzlich, daß es 1980 oder 1981 ein Memorandum kritischer Wissenschaftler in der UdSSR gegeben habe, in dem die Afghanistan-Intervention als falsch analysiert und eine politische Alternative vorgeschlagen wurde. Daschitschew sei einer der Autoren gewesen. Können Sie uns etwas näher dazu sagen?

N. SIMONIA: Es war kein Memorandum, sondern lediglich ein von Wissen-

schaftlern – darunter federführend Daschitschew – unterschriebenes Papier, in dem sie versuchten, ihren kritischen Standpunkt, ihre Herangehensweise zu erläutern und Ratschläge zu geben. Dieses Papier wurde in meinem früheren Institut angefertigt, dem Orient-Institut der Akademie der Wissenschaften, mit Sitz in Moskau.

Die Hauptidee der Wissenschaftler zu dieser Zeit bestand darin, daß Afghanistan kein Land war, in dem man militärisch intervenieren konnte, und daß das sehr gefährlich für unsere gutnachbarlichen Beziehungen mit Afghanistan und anderen Ländern sein würde. Das Papier gab den Ratschlag, daß alle diese Probleme nur auf der Grundlage von irgendeiner Art Kompromiß gelöst werden könnten.

Wenn Sie meine Meinung zu jener Zeit nehmen, und ich stehe heute noch zu 100 % auf diesem Standpunkt: Es war nicht möglich, die politische Macht der regierenden Demokratischen Volkspartei nur durch militärische Methoden zu stärken. Denn diese Partei selbst war zu dieser Zeit nicht genügend festgestigt.

Sie betrieb eine zu radikale, abenteuerliche Politik im Innern und schmälerte dadurch sehr stark ihre soziale Basis. Die Stimmung des Volkes wechselte von Sympathie zum Negativen, zu Haß. Die VDPA-Vertreterlichen haben sich das Problem selbst geschaffen.

FRAGE: Der stellvertretende Außenminister Woronzow sagte Anfang Mai d.J., daß Washington in Afghanistan Rache für Saigon nehmen wolle, anstatt sich an das Generalkommen von April 1988 zu halten. Sehen Sie die derzeitige Haltung Washingtons ähnlich?

N. SIMONIA: Es ist schade, ich hatte die Hoffnung, daß es in der US-Administration vernünftigere Leute gäbe. Denn wenn wir Fehler machen, bedeutet das nicht, daß sie die Fehler wiederholen müssen.

Ich glaube, sie machen einen Fehler, wenn sie die Lage in Afghanistan nur von einer Warte aus betrachten: Das ist ein großes Problem für die Sowjetunion, diese ist der Gegner, und wir können uns daran erögten. Aber die Wirklichkeit ist nicht so einfach.

Das Problem besteht darin, daß, wenn es in Afghanistan eine weitere fundamentalistische Administration geben wird, auch die USA nichts davon haben werden. Sie haben ihre Lektion aus der Iran-Erfahrung in der Ära Khomeini nicht gelernt. Aber bekanntlich zeigt uns die Geschichte: Niemand ist in der Lage, die Entwicklung des politischen Kampfes in dieser Art von Ländern zu kontrollieren.

Wenn Sie den Dschinn, den Geist, aus der Flasche herauslassen, so sagt das Sprichwort im Orient, dann können Sie den Dschinn nicht mehr zwingen, in die Flasche zurückzukehren.

FRAGE: Sie hegen demnach kaum Hoffnung in eine baldige Revision der US-Afghanistanpolitik?

N. SIMONIA: Das Problem ist, daß sie

sich jetzt auf eine gefährliche taktische Herangehensweise auf diese Probleme verstehen, und daß sie einige strategische Aspekte des Problems nicht wahrnehmen. Sie bestehen sehr hartnäckig auf einer militärischen Lösung, darauf, daß Najibullah gestürzt werden muß.

Was soll das? Ich bestehe nicht darauf, daß Najibullah die einzige führende Person in diesem Land sein muß. Es ist auch gar nicht Najibullah, der in Frage steht, oder irgendeine andere Person. Es ist eine Frage des herrschenden Regimes.

Wer soll das Regime ersetzen? Ich kann zur Zeit keine reale Alternative sehen, denn die Gegenkräfte sind gespalten, liegen alle mit sich selbst im Streit. Und sie vermögen

nisse.

Eine Auswirkung ist die, daß sie stolzer auf sich selbst sind, mehr auf sich selbst vertrauen, und zwar aufgrund des Kampfes in Jalalabad. Ich möchte von Sieg sprechen, weil sie es dem Feind nicht gestattet haben, ihnen eine Niederlage zuzufügen. Das stärkte ihre Moral und ist wichtig für sie.

**FRAGE:** Inwieweit ist es Ihres Erachtens zutreffend, die Erfahrungen der Sowjetunion in Afghanistan mit der Vietnam-Erfahrung der USA zu vergleichen?

**N. SIMONIA:** Ich denke, das ist nur in einem sehr allgemeinen Sinn vergleichbar, und zwar insoweit, als es in beiden Fällen ein sehr kleines Land und eine Großmacht, die militärisch eingriff, betrifft. In dieser

er, einzugreifen.

Es gab für die Amerikaner in Vietnam nicht die Art von Verpflichtungen, die wir in Afghanistan hatten, weil es ein fortgeschritteneres Regime war. Es neigte zu Abenteuerlust, es machte Fehler, war nicht weise genug, aber es war ein mit uns befreundetes Regime.

Es ist also ein völliger Unterschied. Formell haben wir nichts verletzt. Amerika hingegen hat Verletzungen begangen. Denn, das geht heute aus Veröffentlichungen in den USA von seriösen Wissenschaftlern klar hervor, daß sie eine Provokation im Golf von Tongking angezettelt haben, um dem Kongress einen Vorwand zu liefern, dem Kriegsbeginn zuzustimmen. Es war also ein künstlicher Krieg.

**FRAGE:** Welche Handlungsalternativen boten sich Moskau 1979 angesichts der akuten Krise des Revolutionsregimes? Gab es überhaupt welche, außer seinen Sturz hinzunehmen?

**N. SIMONIA:** In der afghanischen Angelegenheit gab es meiner Meinung nach genug Möglichkeiten, andere Methoden zu benutzen, wirtschaftlichen und politischen Druck. Wir hätten sogar militärische Ausrüstungen anstatt Truppen entsenden können. Und es gab Ansätze zu versuchen, den Konflikt zu lösen und zu einem vernünftigen Kompromiß zu kommen.

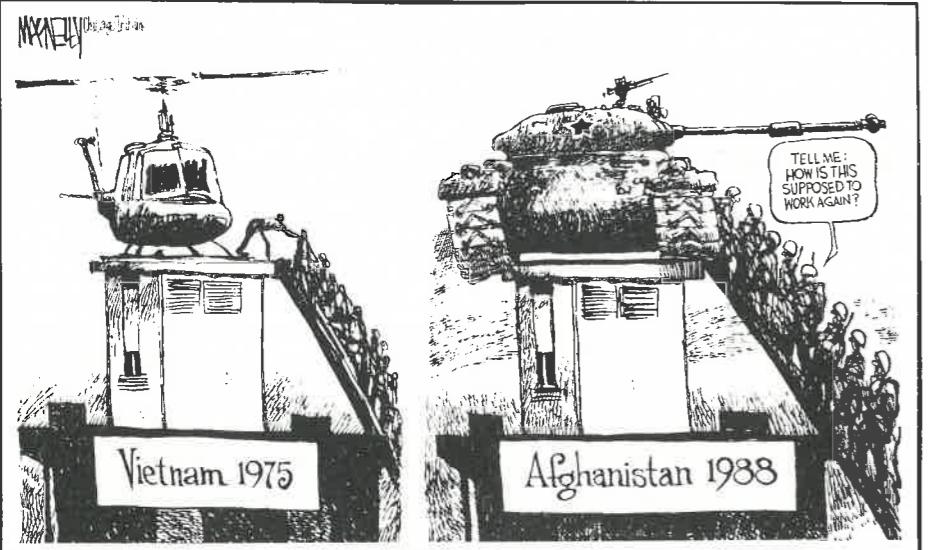
Es wäre möglich gewesen, mit dem traditionsgebundenen Teil der Opposition vernünftige Kompromisse zu schließen. Aber das wurde nicht getan, weil es zu dieser Zeit keinen weisen Mann in der sowjetischen Führung gab. Männer wie Breschnew hatten nicht genug Einfälle, um eine weiterfahrene Außenpolitik zu betreiben. Das ist es, warum alles so gekommen ist.

Der Vergleich mit Vietnam ist deshalb meiner Meinung nach wissenschaftlich nicht korrekt. Aber im allgemeinen stimme ich dem zu, daß es nicht Aufgabe einer Großmacht sein kann, Truppen in irgendwelche kleinen Länder zu schicken und militärisch einzugreifen. Dem stimme ich zu, das ist eine Ähnlichkeit, und ich verurteile es, daß diese Politik auch von meiner Regierung betrieben wurde.

**FRAGE:** Meinen Sie nicht auch, daß letztlich diese Gleichsetzung von Afghanistan mit Vietnam, besonders im Februar dieses Jahres, auch eine propagandistische Flucht nach vorne war? Die US-Meinungsmacher hatten suggeriert, daß die Sowjets ihr Saigon erleben würden, daß nun ihr Personal wie 1975 in Saigon in wilder Flucht Kabul würde verlassen müssen...

**N. SIMONIA:** Richtig, aber dieses Wunschszenario hat in Afghanistan nicht funktioniert. Mehr noch, das Regime ist immer noch da, nachdem wir gegangen sind, anders als in Südvietnam.

Afghanistan war unser Nachbar, wir hatten einen unterschriebenen Freundschaftsvertrag mit diesem Land, und es gab eine ganze Reihe von Hilfesuchen, von Taraki bis zu Amin. Wir haben Telegramme darüber in Moskau. Sie bat uns, militärisch einzugreifen, und wir zögerten über ein Jahr lang. Erst dann machten wir den Feh-



Prognose in US-Medien 1988 (Chicago Tribune): „Sag mir wie das noch einmal funktionieren soll“

es nicht, auch nur in einer einzigen Stadt wie Jalalabad die Macht zu ergreifen, geschweige denn im gesamten Afghanistan.

Worin besteht also der Nutzen dieser Leute? Nur darin, daß sie das Blutvergießen verlängern und der Sowjetunion Probleme machen.

**FRAGE:** Zielen die sowjetischen Vorschläge weiterhin auf eine breite Koalitionsregierung unter Einschluß der Demokratischen Volkspartei ab?

**N. SIMONIA:** Ja, jeder, der Vernunft im Kopf hat, ist dazu eingeladen, sich zu beteiligen, jedermann, auf gleichberechtigter Grundlage. Es ist natürlich einfach, das zu sagen. Es ist schwieriger, das zu verwirklichen. Aber es ist notwendig und an der Zeit, es zu verwirklichen. Es ist die einzige Lösung für dieses Land.

**FRAGE:** Wie bewerten Sie die Aussichten der Regierungsseite nach Jalalabad?

**N. SIMONIA:** Daß sich die sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan zurückzogen, hatte eine gute Auswirkung auf die Lage des herrschenden Regimes. Es wurde dazu gezwungen, über alle seine Handlungen nachzudenken, Lehren daraus zu ziehen.

Die Kräfte um die VDPA müssen sich festigen, sich selbst stärken. Und sie müssen bis zum Ende kämpfen, wenn sie überleben wollen. Sie haben diese Art von Schlußfolgerungen gezogen, und wir sehen erste Ergebnisse.

## Kultur

Interview mit dem ecuadorianischen Maler Oswaldo Guayasamin

# Kunstlose Macht gegen machtvolle Kunst

Anlässlich der Amtseinführung des sozialdemokratischen Präsidenten Rodrigo Borja im August 1988 stellte der ecuadorianische Maler Oswaldo Guayasamin, einer der besten Maler und Bildhauer dieses Jahrhunderts, ein 360 qm großes Wandgemälde für den Plenarsaal des Kongresses seines Landes fertig. Da ein Bild einen Nazihelm mit den Buchstaben „CIA“ darstellte, drohte Washington, die Amtseinführung zu boykottieren, die Wirtschaftshilfe einzustellen. Frank Fitzgerald und Ana Rodriguez interviewten Guayasamin.

**F**RAGE: Können Sie zuerst etwas über sich selbst und Ihre politische Entwicklung als Künstler sagen?

**O. GUAYASAMIN:** Nun gut, als ich 15 Jahre alt war, war ich bereits zweimal aus politischen Gründen von der Schule für Schöne Künste (in Quito) geflogen. Ich dachte damals schon über die soziale Wirklichkeit der Welt um mich herum nach, über die Indios, die Kinder, die in den Straßen schlafen, über die Armut.

Seit meiner Jugend war der Großteil meiner Arbeit immer den einfachen Menschen gewidmet. Später reiste ich zwei Jahre lang durch diesen Kontinent, von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, von Mexico nach Patagonien. Während der folgenden sechs Jahre arbeitete ich an einer umfangreichen Reihe von Gemälden, die ich „Huacayñan“ nannte, ein Ketschua-Wort, das „Straße der Tränen“ bedeutet.

Nachdem ich dies 1951 beendet hatte, begann ich eine weitere lange Serie von Gemälden, „das Zeitalter des Zorns“. Dafür brauchte ich sieben Jahre. Ich reiste zu fast allen Konzentrationslagern Europas, zu allen Konfliktschauplätzen, Städten und Ländern des 2. Weltkrieges. Ich machte Skizzen und Zeichnungen, um die Ungeheuerlichkeit, die unser Jahrhundert ist, zu malen. Denn unser Jahrhundert ist das ungeheuerlichste der menschlichen Geschichte. In meiner Kindheit, als ich sieben oder acht Jahre alt war, betrafen die ersten Dinge, die ich sah, den 1. Weltkrieg. Dann kam der spanische Bürgerkrieg und dann der 2. Weltkrieg; später die Hungersnöte Afrikas und alles, was auf diesem Kontinent stattgefunden hat.

Und jetzt male ich eine dritte Serie über Zärtlichkeit. Diese Reihe von Gemälden – ich habe bereits etwa 50 – werde ich „Während ich lebe, gedenke ich immer Deiner“ nennen. Sie ist meiner Mutter gewidmet, die sehr jung starb, weil sie sehr hart arbeitete. Ich bin das älteste von 10 Kindern, aufgewachsen in Armut mit einem indianischen Familiennamen, etwas, was als wirk-

lich „entsetzlich“ angesehen wurde. Ich möchte diese Reihe allen Müttern der Welt widmen.

Ich möchte der Welt sagen: Warum reichen wir uns nicht alle die Hand? Warum sind wir nicht vereint? Warum gibt es Grenzen, Flaggen, Nationalhymnen, die uns zu Feinden machen? Wann werden wir in Harmonie leben? Es ist meine Hoffnung, wenigstens auf diesem Kontinent so etwas zu erleben.

**FRAGE:** Sie sprechen sich oft für die lateinamerikanische Einheit aus. Welche Art von Einheit und zu welchem Zweck?



**O. GUAYASAMIN:** Wenn wir ein kohärentes Amerika sein können, auf der Grundlage dessen, was wir mit unseren Händen machen können, auf der Basis unserer Kultur, unseres Wissens, Schaffens, mit unserem Tanz, unserer Musik, unseren Bildern,

schen 1500 und 2000 \$. Warum? Ich bin vollständig gegen jedwede Formel zur Bezahlung dieser Schulden. Lateinamerika hat bereits das Doppelte dessen bezahlt, was geliehen wurde, und noch immer sind wir den Schulden und den Zinsen, die immer höher werden, nicht entronnen. Aus diesen Gründen sollte es eine lateinamerikanische Einheit geben.

**FRAGE:** Sprechen wir vom Wandgemälde. Wie kam es dazu, daß Sie es schufen?

**O. GUAYASAMIN:** Ende 1987 bat mich eine nationale Kongreßkommission, ein Wandgemälde für den Parlamentspalast zu schaffen. Wie immer stimmte ich zu.

Ich habe mehr als 5000 Bilder in meinem Leben gemalt, und sehr wenige sind hier in Ecuador. Die meisten sind in privaten Sammlungen und in den Museen der ganzen Welt. Es ist deshalb sehr wichtig für mich, Werke in Ecuador zu schaffen. Deshalb stelle ich im allgemeinen für eine solche Arbeit nichts in Rechnung. In diesem Fall verlangte ich nur Geld für die Materialien und für den Zweck, meine Helfer zu bezahlen. Außerdem ist von Bedeutung, daß ich bei der Unterzeichnung eines Vertrages als erste Bedingung verlange: Alles, was ich herstelle, muß unverändert belassen werden.

**FRAGE:** Dies ist in der Tat eine Bedingung, die die US-Regierung nicht annehmen will, zumindest was den kleinen Teil Ihres Wandgemäldes betrifft, der sich auf die CIA bezieht. Aber offensichtlich handelt Ihr Wandgemälde von viel mehr als der CIA. Könnten Sie bitte seine verschiedenen Aspekte erläutern?

**O. GUAYASAMIN:** Es hat erstens einen symbolischen Teil: zwei enorme Hände, fast acht Meter hoch, die versuchen, die präkolumbianische Sonne zu berühren, über der ein Kondor, das Symbol der Anden und Lateinamerikas schwebt. Dies symbolisiert das Streben unserer Völker aus fast ganz Lateinamerika, zu unseren eigenen Wurzeln zurückzukehren. Es gibt einen alten Wunsch, unsere alte Kultur zurückzugewin-

nen, nicht sie zu wiederholen, sondern als Schritt in die Zukunft zu wissen, wohin wir gehen. Dies ist der mehr oder weniger symbolische Teil des Wandgemäldes.

Zweitens gibt es eine Geschichte, die in diesem Land unbekannt ist, die die Mächtigen während der ganzen 160 Jahre der Ecuadorianischen Republik unterdrückt haben. Deshalb gibt es Portraits und Zitate von fast unbekannten historischen Figuren auf diesem Wandgemälde. Ich habe sie hervorgehoben, da ich eine andere Geschichte Ecuadors erzähle, nicht die Geschichte, die sie uns als Kinder lehren.

Es gibt auch Portraits und Zitate von gut bekannten Figuren wie Bolívar und Alfaro. (1) Alfaro war ein außerordentlicher Mann. Er war ein Liberaler, aber der Liberalismus war damals nicht wie heute die Kraft einer ungeheuren und schrecklichen Bourgeoisie. Er war wie ein Sozialist oder Marxist heute ist. Sie zerstörten diesen Mann in den Straßen von Quito. Ich zeichnete ihn wie er ein Feuer anzündet. Es ist eines der größten Porträts auf dem Wandgemälde.

Der dritte Teil beschreibt das Land zu dem Zeitpunkt, als ich das Wandgemälde malte. Es gibt verzweifelte Arbeiter und Bauern, die den trockenen Boden pflügen. Es gibt Mestizenkinder, schwarze Kinder, indische Kinder, weiße Kinder, d.h. Kinder aus allen menschlichen Gruppen, die unsere Nationalität ausmachen. Es gibt die Folter, die unter der letzten Regierung schlimmer waren, als unter den Militärdiktaturen, die wir in diesem Land hatten. (2)

Es gibt eine Freske, die die Bezeichnung der „Aufschrei“ trägt. Es ist eine Gruppe von Köpfen mit geschlossenen Mündern, die miteinander vermischt sind. Wenn wir das Fresko verfolgen, öffnen sich ihre Münder nach und nach, bis wir schließlich zu drei unterschiedlichen Köpfen kommen, die mit einem einzigen Mund einen großen Schrei ausstoßen.

Der vierte Teil des Wandgemäldes be-

steht aus vier Personen, die negativ gemalt und in einer Einbuchtung der Wand plaziert sind. Da ist der erste Präsident Ecuadors, der die Indios versklavte. Da ist der Kopf eines Generals ohne Gesicht. Da ist ein Porträt, das drei Figuren vermischt, die zivile Diktatoren waren. Da ist die CIA mit der Maske einer Person mit einem Nazihelm und den Buchstaben „CIA“.

**FRAGE:** Sagen Sie bitte mehr darüber, warum Sie einen Nazihelm mit den Buchstaben „CIA“ benutzt haben.

**O. GUAYASAMIN:** Zweifellos ist die Rechte in den USA, zuerst mit Reagan und jetzt mit dem neuen Präsidenten, die extreme Rechte. Diese extreme Rechte steht trotz ihrer neuen Formen in Zusammenhang mit dem europäischen Faschismus. Daran gibt es keinen Zweifel; so ist es histo-

### DAS WANDGEMÄLDE STEHT FÜR DAS ERBE LATEINAMERIKAS UND WIRD DIE CIA GEWISSE ÜBERDAUERN

risch. Nun, innerhalb der Regierung Nordamerikas, ist die CIA der ausführende Arm mit dem Revolver in den Händen. Sie ist der Vollstrecker des schmutzigen Krieges. Deshalb der Nazihelm, der nicht nur ein Nazihelm ist.

Ein anderer Teil entstammt einem beeindruckenden nordamerikanischen Film über den Vietnamkrieg. Es ist der Helm des neuen Soldaten, der aus den USA kommt.

**FRAGE:** In den letzten Monaten haben Vertreter der USA Druck auf die ecuadorianische Regierung ausgeübt, Ihr Wandgemälde zu verändern. Der US-Botschafter hat hier sogar damit gedroht, die gesamte Wirtschaftshilfe zu streichen. Was ist Ihre Reaktion?

**O. GUAYASAMIN:** Es ist einfach un-

glaublich. Der US-Botschafter will, daß der Präsident des Kongresses, die zweite Macht im ecuadorianischen Staat, mit einem Farbtopf auf eine Leiter steigt und die Buchstaben „CIA“ entfernt. Darin liegt Arroganz und ein bißchen Khomeini. Der Botschafter hat nicht die Tötung eines Schriftstellers beföhrt, aber die Haltung ist dieselbe.

Der Präsident unseres Kongresses sagte darüber etwas sehr Wichtiges: „Wie ist es möglich, daß Sie eine solche Sache vorschlagen, wenn jeder Bescheid weiß über das, was sie in Vietnam getan haben, was sie in Mittelamerika getan haben, und über die Militärdiktaturen auf diesem Kontinent?“ Die CIA ist verantwortlich für die Diktatur Pinochets, für die Diktaturen Brasiliens, Argentiniens, Uruguays, Boliviens. Die Einmischung der CIA hier in Ecuador war ähnlich direkt.

**FRAGE:** Denken Sie, daß die Kontroverse über Ihr Wandgemälde jetzt beendet ist?

**O. GUAYASAMIN:** Nein, ich glaube nicht. Jeder weiß, daß der Präsident der USA Direktor der CIA war und daß der US-Botschafter in Ecuador der CIA angehört. Zweifellos haben sie ihre Chancen bei dieser ecuadorianischen Regierung und diesem Kongreß verspielt. Aber sie hoffen, daß ein anderer Kongreß die Veränderung vornehmen wird.

Aber das ist unmöglich. Erstens erklärte das Antiimperialistische Tribunal unseres Amerika (3), das im letzten November hier tagte, das Wandgemälde zu einem „Erbe Lateinamerikas“. Die Senatoren der Anden-Gruppe gaben die gleiche Erklärung ab und demonstrierten damit, daß dies bereits eine kontinentale Angelegenheit ist. Zweitens sind die Guayasamin-Stiftung, meine Kinder und Enkel, Eigentümer des Wandgemäldes, mit Künstlerrechten bis 50 Jahre nach meinem Tod. Drittens schützt das ecuadorianische Gesetz die Rechte eines Künstlers.

Ferner hat Ecuador das „Gesetz über den Schutz der intellektuellen Rechte“ der UNESCO unterzeichnet. Von einem streng legalen Standpunkt aus betrachtet, ist das Wandgemälde unberührbar. Weder diese noch irgendeine andere Regierung könnte es verändern. Vielleicht könnte eine Militäregierung es verändern, aber legal ist es nicht möglich.

Das Wandgemälde besteht aus Akrylfarben, die mit Marmorpulver vermischt und auf Fiberglasplatten aufgetragen wurden. Die Buchstaben bestehen aus Bronze. Das Wandgemälde wird mindestens tausend Jahre überdauern. Die CIA wird verschwinden und das Gemälde wird noch immer da sein. (QUELLE: NACLA, Report on the Americas, New York, Nr. 2 / Juli 1989, S. 4-6)

#### Anmerkungen

- 1) General Eloy Alfaro war ecuadorianischer Präsident von 1895-1911
- 2) Unter der Regierung von Leon Febres Cordero (1984-1988), die mit der Reagan-Administration eng verbündet war, verschwanden schätzungsweise 1500 Ecuadoreaner
- 3) Organisation führender linker Intellektueller aus Lateinamerika und der Karibik

## Stichwort

# Hamburger

Etwas mehr als ein Jahr ist es her, daß der Hamburger-Konzern McDonald's mittels massivem Druck das Fast-food-Informationsbüro VOLKSMUND von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) abnabeln konnte, und so dessen Arbeit stark gefährdet. Was war geschehen?

Bis zur Veröffentlichung des Aktionsaufrufs anlässlich des letztjährigen Welternährungstages am 15.10.1988 unterstützte die EKD finanziell das VOLKSMUND-Büro. Provokiert durch den Aufrufstitel „Bürger gegen Burger – Das Hackfleisch-Imperium stoppen!“ drohte McDonald's nicht nur mit gerichtlichen Schritten, sondern – was für die EKD viel bedrohlicher schien – auch mit dem kollektiven Kirchenaustritt sämtlicher MitarbeiterInnen. Für die EKD standen damit 1,4 Mio DM auf dem Spiel.

Natürlich war diese Austrittsdrohung nur geblufft. Es ist schon ein Skandal, daß es einem Riesenkonzern möglich ist, seine Mitarbeiter von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft fernzuhalten; daß dies nun aber auch bei der Kirchenmitgliedschaft funktionieren kann, daran haben wohl die Verantwortlichen bei McDonald's selbst nicht geglaubt. Leider hatte aber der Bluff Erfolg gehabt: Die EKD wollte VOLKSMUND keine Unterstützung mehr geben und gefährdeten so die Durchführung des Aktionstages. (Glücklicherweise konnte der Aktionstag dann doch mit Hilfe von Spenden finanziert werden.)

Zur inhaltlichen Seite des Streites läßt sich folgendes sagen: Das größte Geztere von Seiten des Fastfood-Riesen gab es bei den von VOLKSMUND erhobenen Vorwürfen, es existierten Zusammenhänge zwischen der Hamburger-Produktion und der Ausbeutung von Menschen in der Dritten Welt. Ein von der EKD eingesetzter Gutachter bestätigte diesen Zusammenhang. McDonald's mußte daraufhin einräumen, daß Soja aus der Dritten Welt in den Futtertrögen der zu Hamburgern verarbeiteten Rinder landet.

Im Großen betrachtet, sind es zwei eng zusammenhängende Problemkreise, die das Verhältnis zwischen Hamburger-Produktion hier und Ausbeutung dort beschreiben. Da ist erstens die Frage der Abholzung des Regenwaldes in vielen Ländern vor allem Mittel- und Südamerikas, um Weide-land für Rinder anzulegen. In Costa Rica beispielsweise waren noch 1950 72% des Landes mit tropischem Regenwald bedeckt. Heute sind es gerade mal noch 26%. Der Wald wurde für die Rinderzucht gerodet, da das hochverschuldete Land Devisen braucht.

Die IWF- und Weltbanktherapie lautete

hier genau wie in anderen Ländern: Neue Kredite zur Schuldentlastung sind an Exportsteigerungen gebunden. So wurden jedes Jahr 90.000 t Rindfleisch exportiert. Hauptabnehmer waren die Fastfood-Ketten in den USA – McDonald's, Burger King, Wimpy's.

1987 stellte allerdings Burger King den Import von Fleisch aus Regenwaldgebieten ein. Verkauft wurde dieser Schritt als Sieg des ökologischen Gewissens innerhalb der Firmenleitung. Das tatsächlich ökologische Gewissen verkörperten jedoch in erster Linie die Gruppen innerhalb der Fastfood-Boykott-Bewegung in den USA. Allein ihren Aktionen war es zu verdanken, daß Burger King letztlich zu diesem Schritt gezwungen war.

Genau dieser Schritt steht aber bei McDonald's noch aus. Man behauptet dort steif und fest, es sei nicht wahr, daß der Konzern überhaupt Rindfleisch aus der Dritten Welt importiere. Dagegen läßt sich sagen, daß das Fleisch, was McDonald's zumindest in die USA importiert, hinter den Grenzen „anonymisiert“ wird. In den US-amerikanischen Häfen bekommt es einfach den Stempel der US-Landwirtschaftsbehörde verpaßt und gilt dann als einheimisches Fleisch.

Der zweite Problemkreis im Ausbeutungsverhältnis Hamburger contra Dritte Welt liegt in der Tatsache begründet, daß der Anbau von Futtermitteln für europäische und US-amerikanische Rinder in den Ländern der Dritten Welt geschieht. Das hat mehrere Konsequenzen: Zum einen geht es auch hier wieder um die Frage des Exports zur Bedienung des Schuldendienstes.

Vor die (Schein-)Alternative gestellt, Nahrungsmittel für die einheimische Bevölkerung zu produzieren oder Kraftfutter für europäische Rinder und Schweine, können die meisten Länder kaum anderes als letzteres tun. In erster Linie geht es dabei um den Sojaanbau in Ländern wie Brasilien und Paraguay. Einige Zahlen können das Dilemma verdeutlichen: Brasilien produzierte 1982 auf ca. 8,2 Mio ha Ackerland Sojabohnen für den Export. Auf der gleichen Ackerfläche hätten Schwarzbohnen angebaut werden können, die den Eiweißbedarf von 35 Mio Menschen befriedigt hätten, oder Mais, ausreichend für den Kalorienbedarf von etwa 59 Mio BrasilianerInnen.

Zum zweiten: Der Anbau von Sojabohnen verstärkt den Trend hin zur Monokultur. Dies ist deshalb zwangsläufig, weil Soja in der Regel von einheimischen Großgrundbesitzern oder ausländischen Agro-Business-Konzernen auf riesigen Flächen angebaut wird. In Brasilien sind heute etwa 20% des Ackerlandes von Soja-Großbauern unter



„Wir machen alles für dich“

den Pflug genommen. Hier berührt sich der zweite sehr eng mit dem ersten Problemkreis: Den immer ausgedehnteren Anbauflächen muß der tropische Regenwald weichen. Nach wenigen Jahren sind die Böden ausgelaugt, dann muß wieder neuer Wald gerodet werden.

Zum dritten zieht der Futtermittelanbau unmittelbar soziale Folgen nach sich: Sahen am Anfang des Soja-Booms zu Beginn der 70er Jahre viele Kleinbauern ihre Zukunft im Sojaanbau, da sich durch einen Exportstop der USA für Soja die Preise auf dem Weltmarkt verdoppelt hatten und zunächst auch auf kleineren Anbauflächen relativ hohe Gewinne zu erzielen waren, so änderte sich die Lage doch recht schnell.

Bereits in der zweiten Hälfte der 70er Jahre sanken die Weltmarktpreise, der Anbau lohnte sich nur noch auf riesigen Flächen mit hohem Einsatz von Pestiziden. Was folgte, war die massenhafte Landflucht der Bauern in die Ballungsräume, wo sie das ohnehin schon riesige Heer an arbeits- und perspektivlosen Slumbewohnern weiter vergrößern halfen.

Die Kehrseite: Die Fastfood-Industrie expandiert immer weiter. McDonald's, Burger King und Wimpy's machen traumhafte Gewinne und sind gerade dabei, auch die Zentren der Großstädte in der Dritten Welt zu erobern. In Rio de Janeiro und São Paulo wird fast jeden Monat eine neue McDonald's Filiale eröffnet.

„McDonald's – Essen mit Spaß“. Bleibt nur noch zu fragen, wer denn wohl den meisten Spaß dabei hat.

Martin Schuck



Wandgemälde Guayasamins im Plenarsaal des ecuadorianischen Kongresses

## Von Sandino zu Fonseca

In Nicaragua allgegenwärtig und weit über die Landesgrenzen hinaus ist Augusto Cesar Sandino zum Mythos geworden. Dem kleinen „verrückten General“ gelang es in den 20er Jahren, die damals schon größte Militärmacht USA aus Nicaragua zu vertreiben. In diesem antiimperialistischen Kampf schuf er sozialpolitisch und ideologisch die Grundlagen für seine Enkel, die als Sandinisten den Kampf für eine gerechtere Gesellschaft erneut aufnahmen. Frank Niess hat sich die Mühe gemacht, in Archiven zu wühlen, und den Mythos Sandino auf eine reale Grundlage zu stellen. Herausgekommen ist

**Frank Niess, Sandino. Der General der Unterdrückten. Eine politische Biographie, Pahl-Rugensteiner Verlag, Köln 1989, 332 S., 19,80 DM, die im deutschen Sprachraum umfangreichste**

heit der Bevölkerung zugute kamen. Wie so viele begann der Kampf mit einer Niederlage und zeichnete sich im weiteren zwar durch konsequentes, teilweise aber auch ausgesuchte grausames Verhalten gegen den Feind aus. Unterbrochen durch teilweise monatelange Schlappen (ein irregeleiteter Aufenthalt in Mexiko beispielsweise) konnten Sandino und sein Volksheer den politischen Preis für die direkten militärischen Aktionen der USA in Nicaragua so hochtreiben, daß sich die USA genötigt sahen, sich zurückzuziehen und Sandino vordergründig 1930 von einem Sieg ausgehen konnte.

Entscheidend dafür waren aber nicht nur die militärischen Erfolge, sondern die Propaganda von Freunden und Genossen im Ausland sowie die bürgerliche Öffentlichkeit in den USA, die nicht länger „einsehen“ wollte, wofür „ihre boys“ im Feindesland sterben mußten. Trotzdem gewannen die USA langfristig: Mit der Installierung der „nicaraguanischen“ Nationalgarde schufen sie nicht nur die Voraussetzung für den letzten Sieg über den General der Unterdrückten, sondern auch für die 50jährige Famielidiktatur Somozas.

Hier zeigten sich die konzeptionellen Schwächen Sandinos, der zwar ein scharfumrissesenes Feindbild, nicht jedoch scharfsinnige und langfristige Analysen über das Wesen des Imperialismus hatte. Auch wenn er jede Kampfpause nutzte, sich soviel als möglich zu bilden, fehlten dem General der Praxis die Theorie und ein Konzept. Seine politischen Visionen von Nationalismus, Anti-imperialismus, Internationalismus und seine sozialreformerischen Ideen mußten erst maßgeblich von Carlos Fonseca, dem Gründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), aufgegriffen und konkretisiert werden, ehe sie im nie abgebbten Kampf gegen den Yankee-Imperialismus soziale Realität werden und Gestalt annehmen konnten. Sandinos sträfliche Naivität kostete den nicht ganz 40-jährigen das Leben und bedeutete für sein Genossenschaftsprojekt am Rio Coco und seine entwaffneten Gefolgsleute das Ende.

Der Roman

Lieselotte Kramer-Kaske und Jochen Kaske, Der Hoffnungsgeneral. Die letzten Jahre des Augusto César Sandino. Militärverlag der DDR, Berlin 1989, 493 S., 13,50 DM

beschreibt sich auf die letzten Jahre des Befreiungskampfes und verzichtet zugunsten einer durchgehenden Verklärung der Helden und Helden auf größere Kontraste. Abenteuer, Frauen, schillernde Gestalten füllen entlang der sorgfältig recherchierten historischen Wahrheit ein Stück nicaraguanische Geschichte – ob es nach dem Willen des Verlages auch einen „Schlüssel zum Verständnis der sandinistischen Revolution“ gibt, ist anzuschließen der Schwülstigkeit und eher schnulzenhaften Darstellung zu bezweifeln.

Carlos Fonseca, Unter den Fahnen Sandinos. Ausgewählte Schriften, Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf 1988, 371 S., 18,80 DM

Carlos Fonseca, geboren 1936 unter ärmlichen Verhältnissen und gefallen 1976 im Kampf gegen die Somoza-Diktatur, ist einer der Gründer der FSLN. Mit seinen Ideen und durch seine Taten wurde er

zu einem Wegbereiter des neuen Nicaragua, dessen Sieg er nicht mehr erleben durfte. Sein Tod riß eine große Lücke, aber dennoch prägen seine Konzeptionen weiter die Arbeit der FSLN, in der er wie im revolutionären Nicaragua immer „presente“ ist.

Die „Ausgewählten Schriften“ enthalten neben scharfen Anklagen und politisch-historischen Analysen des Somoza-Regimes Aufsätze zur Strategie des politischen und militärischen Kampfes und Flugblätter Fonsecas. In seinen Essays über Sandino und seiner politischen Agitation brachte er den Kampf Sandinos, der von Somoza nicht nur umgebracht, sondern auch geschichtlich in „Wort und Werk“ ausgelöscht werden sollte, auch gegen anfänglichen Widerstand aus dem eigenen Reihen wieder in das nicaraguanische Bewußtsein und machte seinen Kampf zum Programmschwerpunkt der neuen Befreiungsbewegung.

Es ist ein Verdienst des Verlages, das sicher unverzichtbare, aber wohl schwer verkäufliche Hintergrundmaterial zusammengestellt zu haben. Man sollte sich das Buch sichern, bevor die kleine Auflage vergriffen ist.

Helmut Schaaf

## LESERBRIEF

### Sind Herzls Territorialansprüche belegbar?

Ich finde Eure Zeitschrift sehr gut. Besonders interessieren mich Beiträge betr. Israel/Palästina. Ich weiß, daß Herzl die Grenzen des Judenstaates „vom Euphrat bis zum Strom in Ägypten“ bezeichnet hat. Aber in welchem seiner Werke? Im „Der Judenstaat“ oder im „Altneuland“? Ich würde Euch für diese Information sehr dankbar sein.

SYMA POPPER, MÜNCHEN

Zu Ihrer Anfrage hinsichtlich der von Herzl, dem Gründer der zionistischen Bewegung, gestellten Territorialansprüche des Judenstaates kann ich Ihnen nur zustimmen, daß diese Forderungen häufig zitiert, aber nur selten quellenmäßig belegt werden.

Diese Forderungen sind in den Tagebüchern Herzls zu finden: Theodor Herzl, Tagebücher, 3 Bände, Berlin 1922, hier konkret in: Bd. 1, S. 391, Notiz vom 26.4.1896 und Bd. 2, S. 171, Notiz vom 9.10.1898. Entsprechende Hinweise gibt es bei: Viktoria Waltz/Joachim Zschiesche, Die Erde habt ihr uns genommen. 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina, Dortmund 1986, S. 32 und S. 403.

Ähnliche Äußerungen sind zu finden in den Briefwechseln Herzls mit Lord Rothschild sowie in den Grenzdefinitionen der Zionistischen Organisation bei den Mandatsverhandlungen der Versailler Friedenskonferenz 1919. In „Der Judenstaat“ ist dagegen nur allgemein von der Forderung nach einer jüdischen Heimatstätte die Rede. F.D.R.D. INGRID EL-MASRY, MARBURG



# INFOS ZUR SOLIDARITÄT

## Entwicklungspolitik

### Trendwende gefordert

Wie ein Wahlkämpfer tingelte Entwicklungminister Jürgen Warnke (CSU) am „Informationstag Dritte Welt“, dem 12. September d.J. durch die Lande, um unter dem schrägen Motto „Die Welt gehört allen“ für Unterstützung der offiziellen Entwicklungspolitik zu werben. Damit in 150 Orten eine runderne positive Bilanz von nunmehr 30 Jahren Bonner Entwicklungspolitik serviert werden konnte, ließ die Prominenz Kritisches außen vor.

Dabei hätte der am 1. September von Warnke in Bonn vorgestellte entwicklungspolitische Jahresbericht 1988 Grund genug zur Selbstkritik geboten. Im Zuge lag die öffentliche Entwicklungshilfe (größter Adressat war Afrika) im Vorjahr mit 8,3 Mrd DM zwar um 5,4 höher als im Vorjahr, aber verglichen mit 1983 sank ihr Anteil am Bruttonsozialprodukt (BSP) von damals 0,48 auf nun 0,39 %. Damit hat sie sich zunehmend von der UNO-Pflichtmarke von 0,7 % entfernt – wahrlich kein Ruhmesblatt für die reiche BRD. Und die im Haushaltsplan des Entwicklungshilfeministeriums für 1989 vorgesehenen 7,1 Mrd DM sind um 700 Mio geringer als ursprünglich geplant.

Die SPD, die ein Absinken der BSP-Quote auf 0,3 % befürchtet, forderte eine Aufstockung des Etats um die 1988 aus früheren Entwicklungshilfegaben zurückgeflossenen Gelder (Zins- und Tilgungsleistungen) in Höhe von 1,23 Mrd DM und durch Kürzungen des Militäretats. Sie forderte ferner eine stärkere Konzentration auf sozial und ökologisch ausgerichtete Projekte: ländliche Entwicklung, Ausbildung, Umweltschutz u.a.. Diese sollten insbesondere die Bedürftigsten, vor allem Frauen, soziale Reformen und Menschenrechte fördern helfen.

## Ökologie

### Volksentscheid gegen FCKWs

Angesichts des fortschreitenden Abbaus der lebensschützenden Ozonschicht haben sich Kulturschaffende wie Senta Berger, Ina Deter, Udo Jürgens, Hanna Schygulla, Karlheinz Stockhausen u.v.a. mit einem Aufruf für einen Volksentscheid über das sofortige Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) an die Öffentlichkeit gewandt. Die aggressiven UV-B-Strahlen, die infolge des Ozonabbaus auf die Erde trafen, schädigten das Erbgut, ließen Hautkrebs entstehen, würden die Meeresalgen zerstören und schließlich mit 17% zum Treibhauseffekt beitragen.

Die Kulturschaffenden weisen darauf hin, daß die beiden deutschen Produzenten Kali Chemie und Hoechst 112.000 t dieser Stoffe produzieren, obwohl klar sei, daß in allen Anwendungsbereichen FCKWs durch andere, umweltverträgliche Stoffe ersetzt werden könnten. Sie erklären: „Wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß unsere Kinder an Hautkrebs erkranken, weil wir zu

träge waren, dem Zerstörungswahnsinn entgegenzutreten.“ Deshalb gelte es, den Volksentscheid zum Verbot von FCKWs zu erzwingen. Aufruf und Unterschriftenlisten können angefordert werden bei: Anti-FCKW-Initiative, Prinz-Albrecht-Str. 43, 5300 Bonn.

Angesichts des öffentlichen Drucks haben Umweltminister Klaus Töpfer und die CDU/CSU-Faktion Ende September/Aufgang Oktober einige Verbotsmaßnahmen vorgeschlagen. So soll ein „Verwendungs- und Notwendigkeitsnachweis“ für FCKW-haltige Sprays erbracht werden. Der Einsatz von FCKWs in Weichschäumen und in „nutzlosen Produkten“ wie Verpackungsmaterial solle sofort untersagt werden.

## Filme

### Nicaragua, El Salvador

Der Film „Feuer aus den Bergen“ (60 Min., 16 mm, Farbe, Original mit deutschen Untertiteln), den die US-Amerikanerin Deborah Shaffer 1987 in Nicaragua drehte, ist jetzt im bundesdeutschen Verleih erhältlich. Er lehnt sich an die Autobiographie des sandinistischen Kommandanten Omar Cabezas „Die Erde dreht sich zärtlich, companera“ an.

Am Beispiel des Lebensweges Cabezas und mit Hilfe historischer Originalaufnahmen zeigt der Film das Entstehen der revolutionären Bewegung, ihre Kämpfe und schließlich ihren Sieg 1979. Der Film schildert die Schwierigkeiten, mit denen die siegreiche Revolution zu kämpfen hat: den Contra-Krieg, das Wirtschaftsembargo und die katastrophale ökonomische Lage. Die Erläuterungen von Cabezas und die verschiedenen InterviewpartnerInnen verdeutlichen den Weg, den Nicaragua gegangen ist und gehen mußte.

Der Film eignet sich zur Einführung in das Thema Nicaragua, ist aber auch für Menschen, die in der Nicaragua-Solidarität aktiv sind, von Interesse. Er kann bezogen werden bei: CON Film, Postfach 10 65 45, 2800 Bremen, Tel. 04 21 / 34 24 14.

Am 19. Oktober d.J. startete der Delta Filmverleih den Spielfilm „Romero“ (USA, 94 Min. Farbe) in den bundesdeutschen Kinos. Er schildert den Weg des salvadorianischen Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero von seiner Ernennung im Frühjahr 1977 bis zu seiner Ermordung

Ein Film von Deborah Shaffer

Musik von Charlie Haden



am 24. März 1980 durch Todesschwadronen. Dabei wird der Wandel des anfangs konservativen Kirchenmanns unter dem Eindruck der Massenarmut und der blutigen Repression der Militärs um aktiven Kämpfer gegen das Militärregime und für die Interessen der Ärmsten nachgezeichnet.

Regie führte der Australier John Duigan. Hauptdarsteller ist Raul Julia, ein gebürtiger Puerto-Ricaner, der in den USA lebt („Der Kuß der Spinnenfrau“ und „Mond über Parador“). Produziert wurde der Film von dem katholischen Priester und Filmmann Ellwood E. Kieser, der 23 Jahre lang das mehrfach ausgezeichnete religiöse Programm „Insight“ für US-Fernsehstationen produziert hatte. Für seinen Film „Romero“ mochten die TV-Riesen ABC, NBC und CBS kein Geld locker machen. Sie stuften ihn als „zu heikel und zu deprimierend“ ein.

Nachdem Kieser 3,5 Mio \$ durch Spenden aufgebracht und mit dem Drehbuchautor John Sacret Young ausführlich vor Ort recherchiert hatte, konnte der Film in Angriff genommen werden.

## Medien

### Dritte-Welt-Zeitschrift für Kinder

„SAMSOLIDAM“ – so heißt eine von der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) herausgegebene Dritte-Welt-Zeitschrift für Kinder im Alter von 8-12 Jahren. „SAMSOLIDAM“ erscheint dreimal im Jahr in einer Auflage von 2500 Exemplaren, hat 28 Seiten und berichtet darüber, wie Kinder in der Dritten Welt ihrem Alltag erleben. Dabei sind es immer bestimmte Schwerpunktthemen (z.B. Regenwald, Kinderarbeit, Minderheiten), die pro Ausgabe behandelt werden. Die Hefte sind zudem eine bunte Mischung aus spannenden Geschichten, interessanten Sachinformationen, Buchtips und einer Spielseite. Außerdem gibt es noch Kochrezepte und jede Menge lustiger Comics.

„SAMSOLIDAM“ kostet als Einzelheft 3 DM, im Jahresabonnement 9 DM. Bestellungen nimmt die ASW, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/2 51 02 65, entgegen.

## Iran

### Dokumentations- und Forschungszentrum in Paris

Das Iranische Zentrum für Dokumentation und Forschung, das seit 1986 in Paris arbeitet, hat sich zum Ziel gesetzt, WissenschaftlerInnen zu unterstützen, die sich mit der politischen und sozialökonomischen Entwicklung des Iran beschäftigen. Das Zentrum verfügt über umfangreiche Dokumentationen über die verschiedenen politischen Strömungen, über Wirtschaft, Landwirtschaft und -flucht und der inländischen und Exilpresse. InteressentInnen wenden sich an: CIDR, B.P.352, 75327 Paris Cedex 07.

# KURZINFORMATIONEN

Belize

## Konservative verlieren Wahlen

Bei den Wahlen vom 4. September d.J. im mittelamerikanischen Belize konnte der Kandidat der Vereinigten Volkspartei (PUP), George Price, einen knappen Sieg erringen. Price' sozialdemokratisch orientierte Partei, die 1984 nach 34 Regierungsjahren erstmals der konservativen Vereinigten Demokratischen Partei (UDP) unterlegen war, gewann 15 der 28 Parlamentssitze.

Mit ihrem Votum erteilten die ca. 83.000 Wahlberechtigten des, 1981 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassenen, Landes der US-freundlichen Politik des Staatschefs Manuel Esquivel (UDP) eine Absage. Esquivels völlige Öffnung zugunsten ausländischer Investitionen, besonders im Tourismussektor, hatte einen raschen ökonomischen Aufschwung begünstigt, jedoch die sozialen Gegensätze in dem Vielvölkerstaat (50% englischsprachende Schwarze und Mulatten, 34% spanischsprachende Mestizen, 12% Indianer, 5% Asiaten, 2% Weiße) verschärft. Der neue Ministerpräsident Price sprach sich in seinem Wahlprogramm deshalb für eine gemischte Wirtschaftsform aus, um alle Bevölkerungsgruppen am Wirtschaftswachstum zu beteiligen.

Die Landwirtschaft (30% Anteil am Bruttonprodukt 1984) bildet die ökonomische Basis des Landes. Neben dem Anbau von Zucker, Bananen und Zitrusfrüchten entwickelte sich in den 80er Jahren der illegale Anbau von Marihuana, trotz US-Vernichtungskampagnen, zu einer wichtigen Devisenquelle.

Kambodscha

## Vietnam zog ab

Mit der Rückkehr von weiteren 26.000 Soldaten hat Vietnam den Abzug seiner Truppen aus Kambodscha am 26. September d.J.

Die letzten vietnamesischen Soldaten verlassen Kambodscha



abgeschlossen. Bereits im April d.J. hatte Hanoi angekündigt, dies zu tun, auch wenn es zu keiner Verhandlungslösung im Konflikt kommen sollte. Ende August d.J. war eine internationale Kambodscha-Konferenz in Paris gescheitert (siehe DRITTE WELT 10/1989, S. 5 ff.).

Mit dem vietnamesischen Abzug ist den Westmächten, China und der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) der wichtigste Vorwand für die Unterstützung der Gegner der Regierung Hun Sen genommen. Während westliche Beobachter von einem vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen ausgehen, behauptet China, daß weiterhin 100.000 als Kambodscha-verkleidete Vietnamesen im Land seien. China verlangt nach wie vor eine Beteiligung der Roten Khmer an einer Übergangsregierung.

Um ihre angeschlagene Verhandlungsposition aufzubessern, haben die Roten Khmer und auch die Einheiten Sihanouks und Son Sanns an der thailändischen Grenze mit einer Offensive begonnen. Dabei haben sie nach eigenen Angaben mehrere kleine Ortschaften erobert.

Nach Aussage des thailändischen Ministerpräsidenten Chatichai Choonhavan haben sich die drei Gruppen und die Regierung Kambodschas geeinigt, eine neue Friedenskonferenz unter Beteiligung Frankreichs und der ASEAN-Staaten abzuhalten.

China

## Regimegegner organisieren sich

Auf einer Tagung vom 22.-24. September d.J. in Paris gründeten chinesische Oppositionelle eine Föderation für ein Demokratisches China (FDC). An dem Treffen nahmen 150 StudentInnen, Intellektuelle und Unternehmer aus China sowie VertreterInnen aus Taiwan, Hongkong, Macao und chinesischer Volksgruppen aus aller Welt teil.

Im Manifest der FDC wird festgestellt, die Kommunistische Partei Chinas habe ein System errichtet, in dem sich der „stalinistische Totalitarismus mit dem orientalischen Despotismus“ vermischt.

Die Geschichte beweise, „daß das System der Diktatur einer Einheitspartei ein unheilbares Leiden in sich birgt, das nur mit dem System selbst verschwindet.“

Nach dem Vorbild der französischen Revolution stehe eine demokratische Revolution auf der Tagesordnung, mit den Prinzipien „Menschenrechte – soziale Gerechtigkeit – Marktwirtschaft – Ende der Einparteidiktatur“. Die Abkehr vom Sozialismus wird u.a. so begründet: „Die Bürger ... vom Recht auf Eigentum zu entfremden, ist eine der wichtigsten Ursachen für die wirtschaftliche Stagnation und die politische Diktatur.“ Die TeilnehmerInnen, zu denen auch ein Vertreter der Taiwanesischen Kuomintang und der dort zugelassenen Opposition gehörte, erklären, „mit großer Aufmerksamkeit die Demokratisierung Taiwans“ zu verfolgen.

Zum Vorsitzenden der FDC, die von Auslandschinesen finanziert wird, wurde der ehemalige Berater von Zhao Ziyang, Yan Jiaqi, gewählt, zu seinem Stellvertreter der Studentenführer Wu

Kaixi und zum Generalsekretär Wan Runnan, der frühere Direktor der privaten Beijinger Elektronik-Firma Stone. Zu den eingeladenen Gästen gehören u.a. der Schauspieler Yves Montand und der Philosoph André Glucksmann, die sich in den letzten Jahren mit einer Kampagne gegen die Nahrungsmittelhilfe an Äthiopien hervorgetan haben, sowie ein Vertreter der polnischen Solidarnosc.

Libanon

## Friedensplan wurde angenommen

Im libanesischen Bürgerkrieg hat die Wiederaufnahme der Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga am 22. September d.J. zu einem vorläufigen Waffenstillstand und ersten Gesprächen über politische Reformen geführt.

Der Waffenstillstand wurde möglich, nachdem Christenführer General Aoun seinen Widerstand gegen den 7-Punkte-Friedensplan der Arabischen Liga aufgegeben hatte. Die Hauptforderung Aouns nach dem Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon ist in dem Plan nicht enthalten. Verlangt wird dagegen ein vollständiger israelischer Rückzug aus ihrer selbsterklärten Sicherheitszone im Südlibanon, ein allgemeiner Waffenstillstand und eine Blockade weiterer Waffenlieferungen auf dem Seeweg, die Bildung einer libanesischen Sicherheitskommission zur Überwachung des Waffenstillstands, eine Verfassungsreform sowie die Bildung einer Allparteienregierung und die Wahl eines Präsidenten.

Erst nach Beendigung und Festigung einer politischen Umgestaltung des Libanon sollen die Regierungen in Beirut und Damaskus Umfang und Dauer der syrischen Truppenpräsenz im Libanon festlegen, fordert ein ebenfalls von der Arabischen Liga erarbeiteter Entwurf einer „Nationalen Versöhnungscharta“. Abgelehnt wurden die Vorschläge der Arabischen Liga lediglich von Drußen-Führer Dschumblatt und Amal-Führer Berri.

Die im Friedensplan der Arabischen Liga vorgesehenen Verhandlungen der Mitglieder des libanesischen Parlaments über politische Reformen, die, da im Ausland geführt, keine Gesetzeskraft haben können, begannen planmäßig am 30. September d.J. im saudischen Taif. Die Parlamentarier erzielten dabei eine grundsätzliche Einigung über eine Verfassungsreform zugunsten einer gleichgewichtigen Sitzverteilung zwischen Christen und Moslems im libanesischen Parlament. Als problematisch für den Befreiungsprozeß könnte sich hingegen die Regelung der syrischen Truppenpräsenz im Libanon erweisen.

Panama

## Staatsstreich gegen Noriega gescheitert

Am 3. Oktober d.J. ist ein Putschversuch gegen den Oberkommandierenden der panamaischen Streitkräfte, General Noriega, ge-

scheitert. Unter Führung von Offizieren aus den mittleren Rängen hatten 200 Soldaten das Hauptquartier der Armee in Panama-Stadt besetzt und über den offiziellen Radiosender die Absetzung Noriegas und weiterer fünf hoher Offiziere bekanntgegeben. Sie kündigten die Abhaltung von freien Wahlen an, anerkannten aber den am 1. September d.J. eingesetzten Präsidenten Francisco Rodriguez (siehe DRITTE WELT 10/1989, S. 46).

Nach sieben Stunden hatten Elitesoldaten unter Führung Noriegas das Hauptquartier zurückerobern. Die meisten Putschisten sollen festgenommen oder getötet und fünf in die US-Basis Fort Clayton geflüchtet sein. Noriega, dessen Sturz die USA seit drei Jahren unter dem Vorwand betreiben, er sei am Drogenhandel beteiligt, erklärte, Washington stecke hinter dem Putschversuch. Er verwies darauf, daß US-Truppen den Zugang zum Fort Amador versperrt hätten, wo fünf seiner Elitekompanien stationiert seien.

US-Präsident Bush bedauerte das Fehlschlagen des Putsches, bestritt aber eine Beteiligung der USA. Sein Sprecher, Marlin Fitzwater, erklärte aber, die USA hätten vorher von dem Putschversuch gewußt. Drei Tage zuvor hatte der neue Chef des Südkommandos der US-Truppen in Panama, General Maxwell Thurmann, bei seiner Amtseinführung erklärt, er werde sich dem Kampf gegen den Rauschgifthandel und gegen „tyrannische Regimes“ in Lateinamerika, sprich: gegen Nicaragua und Panama, widmen.



Ökologie

## Weltenergiekonferenz

Vom 18.-22. September d.J. fand im kanadischen Montreal der 14. Kongress der Weltenergiekonferenz mit 4.000 Delegierten aus über 100 Ländern statt.

Auf der Konferenz zogen Experten eine erüchternde Bilanz. Entgegen den Forderungen der Klimakonferenz von Toronto im Juni 1988 gehen sie davon aus, daß sich der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß zwischen 1985 und 2020 um 40-75% erhöhen wird. In Toronto war noch davon die Rede gewesen, daß er bis 2050 um 50% gesenkt werden könnte. Der Anstieg sei v.a. der industriellen

Entwicklung der Schwellenländer geschuldet, die ihren Energieverbrauch verdoppeln und damit einen Anteil an der Welt nachfrage von 43% erreichen.

Womöglich werden durch diese Entwicklungen die Befürchtungen wahr, daß sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der gegenwärtig bei jährlich 21 Mrd t liegt, bis 2030 verdoppelt haben könnte. Dadurch dürfte sich die Mitteltemperatur auf der Erde zwischen 1,5 und 4,5°C erhöhen, was zu irreversiblen Umweltschädigungen führen würde. Auf den Gebieten, auf denen solche Entwicklungen eingeschränkt werden könnten – Energieeinsparung und Alternativenergien – sehen die Experten zwar Entwicklungschancen, aber keine durchschlagende Wirkung beim Ersatz fossiler Energieträger. Lediglich 1,5-3% sollen Alternativenergien zum globalen Energieangebot beitragen können.

Die Weltenergiekonferenz tritt für die Schaffung von internationalen Institutionen ein, die künftige energiepolitische Entscheidungen koordinieren und Forschungsanstrengungen verstärken sollen. Der 15. Kongress der Weltenergiekonferenz wird 1992 in Madrid stattfinden.

Abrüstung

## Neue Anstöße zur Beseitigung der chemischen Waffen

Neue Hoffnungen auf ein Vorankommen bei der Beseitigung der chemischen Waffen keimten im September d.J. auf. Zunächst einigten sich beim amerikanisch-sowjetischen Außenministerentreffen am 24. September in Washington die beiden Weltmächte auf einen Datenaustausch und gegenseitige Inspektionen in Sachen C-Waffen.

Tags darauf wartete US-Präsident George Bush bei seiner ersten Rede vor der UN-Vollversammlung in New York mit Vorschlägen zum Abbau dieser Massenvernichtungswaffen auf. Er regte an, Washington und Moskau sollten als ersten Schritt hin zum weltweiten Verbot aller C-Waffen jeweils mindestens 80% ihres Bestandes (geschätzt 30.000 bzw. 50.000 t) vernichten und sich zuvor auf gegenseitige Kontroll-Inspektionen verständigen. Sofern es der Genfer Konferenz gelinge, einen multinationalen Vertrag über ein umfassendes C-Waffen-Verbot abzuschließen, seien die USA bereit, gemeinsam mit der UdSSR 98% ihrer Vorräte innerhalb von acht Jahren zu zerstören. Die restlichen 2% sollten zwei Jahre nach der Unterzeichnung dieses Vertrages durch alle Länder beseitigt werden.

Bush verwies auf Schwierigkeiten, die C-waffenfähigen Staaten der Dritten Welt in diese internationalen Bemühungen einzubeziehen. In der Tat hat von den 20-22 Staaten, die über solche Waffen oder ein Herstellungspotential verfügen, außer den USA und UdSSR nur der Irak deren Besitz zugegeben. Und allein die beiden Weltmächte veröffentlichten bislang Angaben über Umfang und Stationierungsorte ihrer C-Waffen. Dies kann indessen nicht Bushs Einflechten von Vorbereigungen und sein Aussparen der allein von den USA hergestellten binären Waffen und der Weiterproduktion von Giftgas rechtfertigen.

Der sowjetische Außenminister Eduard Schevardnadse ging in seiner Antwort auf Bush vor dem Weltforum denn auch deutlich über dessen

Vorschläge hinaus. So schlug er die schnellstmögliche radikale Zerstörung oder vollständige Liquidierung der sowjetischen und amerikanischen Bestände „auf zweiseitiger Basis“ sowie einen Produktionsstop, binäre Waffensysteme inbegriffen, vor. Ferner regte er eine Verzichtserklärung auf den Einsatz von C-Waffen „unter allen Umständen“ an. Schließlich müßten rigorose Kontrollen eingerichtet werden, um den Produktionsstop zu sichern.

Mit jedem weiteren Schritt in diese Richtung steigen die Aussichten, daß das Vorhaben der Pariser-C-Waffen-Konferenz vom Januar d.J. (siehe DRITTE WELT 3/1989, S. 5 ff.) eingelöst werden und auch hinsichtlich der Nichtweiterverarbeitung in der Dritten Welt eine Verständigung erzielt werden kann.

## Termine

4.-5.November

Seminar „Das wirtschaftliche Erbe Chiles nach 16 Jahren Militärdiktatur“ in Walberberg bei Bonn. Anmeldung: Chile-Informationsbüro, Frauenstr. 3-7, 4400 Münster, Tel. 02 51 / 66 18 05.

10.-12. November

Entwicklungs-politisches Seminar „Spielend leicht verändern“ in Bielefeld. Anmeldung: BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel. 05 21 / 6 05 50.

11.-12. November

Tagung „Globale Herausforderungen. Europa und die Dritte Welt“ in Frankfurt. Anmeldung: Juso-Bundeskreis, R. Röscheisen, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1.

17.-19. November

Seminar „Menschenrechte und Demokratisierung in Lateinamerika“ in Bielefeld. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 0 57 33 / 68 00.

17.-19. November

Seminar „Philippinen – Probleme und Perspektiven des Befreiungskampfes“ in Frankfurt. Anmeldung: Aktionsgruppe Philippinen, Uhlandstr. 9, 5444 Polch, Tel. 0 26 554 / 61 05.

17.-19. November

Seminar „Regenwald und Ökologie in Thailand“ in Freudenstadt. Im Rahmen des Thai-Deutschen Dialogs (TDD). Anmeldung: Umweltzentrum, z.Hd. Frau Haas, Bleichstr. 3, 7290 Freudenstadt/Schwarzwald, Tel. 0 74 41 / 14 28.

17.-19. November

Seminar „500 Jahre Kolonialismus“ in 5653 Leichlingen. Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040 / 39 31 56.

17.-19. November

Seminar „Hunger und Landrechte. Die Menschenrechtsarbeit bei FIAN“ in 7061 Lichtenwald-Hegenlohe. Anmeldung: FIAN-Sekretariat, Postfach 102 243, 6900 Heidelberg, Tel. 0 62 22 / 5 01 08.

18. November

BUKO-Frauenkoordinierungstreffen. Ort wird bei Anmeldung bekanntgegeben. Anmeldung: BUKO (s.o.)

**DRITTE WELT**

# **WIR VERSCHENKEN BÜCHER**

**AN ALLE DIE UNS EIN DRITTE WELT JAHRESABO VERMITTELN**

**EINFACH DIE ABO-KARTE IN  
DER HEFTMITTE AUSFÜLLEN**

**z.B.**



**z.B.**



**PRÄMIENWUNSCH EINTRAGEN  
ODER DIE VOLLSTÄNDIGE  
PRÄMIENLISTE ANFORDERN**

**UND AB GEHT DIE LUZIE...**

**ARCHIV**